



Essay
Georg Kastner
Aktuelles
Netzwerktag und
Studienjahres-
eröffnung
Akkreditierung des
Qualitätssicherungs-
systems
Im Fokus
Schriftenreihen
der AUB

andrassy

NACHRICHTEN

2014
Sommersemester

NACHRICHTEN
DER
ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

IMPRESSUM

6. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (4. Jahrgang, 1. Ausgabe), Auflage: 1000 Stück, Erscheinungsdatum: 17.02.2014

Herausgeber: Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy Universität Budapest

Vi.S.d.R.: Dóra Frey

Lektorin: Éva Zádor

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Peter Schützhold

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Manuskripte sinngerecht zu kürzen und zu bearbeiten.

Abbildungen: S. 39 unten: Adam Pribil, S. 47: Gregor Hafner, S. 57 unten: Péter Wendel.

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte der weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität Budapest (im Speziellen bei Szecsódi Balázs oder den jeweiligen AutorInnen) oder diese sind gemeinfrei.

Andrassy Universität Budapest

Pollack Mihály tér 3.

H-1088 Budapest

Telefon: +36 1 266 3101

Fax: +36 1 266 3099

uni@andrassyuni.hu

www.andrassyuni.eu

USz-Id-Nr.: HU18173967

2014/1

Zahlreiche ExpertInnen trafen sich bei der Tagung über Nachhaltigkeitsstrategien in Europa

SEITE 23



INHALT



Feierliche Eröffnung des 12. Studienjahres an der AUB – S. 13



Schriftenreihen der AUB – S. 16



Festliches Symposium und Podiumsdiskussion über Andrássy und Deák – S. 28

VORWORT	2
DESINTEGRATION IN DER HABSBURGMONARCHIE Gedanken zum Gedenkjahr 2014 – Prof. Dr. Georg Kastner	3
AKTUELLES - Vierter Netzwerktag an der AUB, Feierliche Eröffnung des 12. Studienjahres und Diplomübergabe, 10. Andrássy-Ball, Qualitätssicherungssystem der AUB erfolgreich akkreditiert, AUB ist University of National Excellence	12
IM FOKUS - Schriftenreihen der AUB	16
FORSCHUNG UND TAGUNGEN - Wettbewerbsfähigkeit und Bildung, Macht – Medien – Mitteleuropa, Good Governance und gesellschaftliche Repräsentation, Nachhaltigkeitsstrategien in Europa, Die EU-Donauraumstrategie auf dem Prüfstand, Tuning Gender Studies, Symposium über Andrássy und Deák, Internationaler Expertenworkshop über das humanitäre Völkerrecht, Doktorandentagung "Ver-rückte Lebenswelten"	19
STUDIERENDE UNTERWEGS - Waldviertel Akademie 2013, MIDAS Aron Ballot Study Visit, Exkursion nach Brüssel, Exkursion nach Mazedonien und in den Kosovo	34
NACHRICHTEN DES ALUMNI-VEREINS - Neues Präsidium, Alumni-Stammtisch in Wien, Abendessen in Brüssel, Weihnachtsempfang der KAS-StipendiatInnen	37
KURZE NACHRICHTEN - Universität, Fakultäten, Doktorschule, Donau-Institut, Personalien	39

Vorwort

Liebe Freunde und Partner
der Andrássy Universität,

die Semesterferien mit Prüfungsstress und feierlich-fröhlichen Tagen um die Jahreswende sind nun zu Ende, und ein neues Semester steht wieder vor der Tür. Dabei können wir uns auf einen guten Start verlassen, dieses Mal vielleicht noch mehr als gewöhnlich: Im September 2013 wurde die AUB „University of National Excellence“, und im Oktober erhielten wir den positiven Bescheid von der Evaluationsagentur Baden-Württemberg (evalag), dass die AUB im deutschen Sprachraum akkreditiert wurde – als erste unter den ausländischen Universitäten. Die vielen persönlichen und offiziellen Glückwünsche zeigten uns erneut den breiten und wachsenden Freundes- und Partnerkreis, über den wir verfügen, und das ist bei unserer jungen Universität eine überaus erfreuliche und angenehme Erfahrung. Die Zahl unserer Partner hat sich in der Tat vergrößert: So konnten in der jüngsten Zeit neue Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet werden, und mit unseren „alten“ Partnern hat sich eine zunehmend engere Zusammenarbeit entwickelt. Neue Projekte, Workshops, Ringvorlesungen sind das Ergebnis dieser aktiven wissenschaftlichen Tätigkeit von Südtirol bis Kroatien, von der Hamburger School of Business Administration bis zur „Hasan Prishtina“ Universität in Priština, im Kosovo. Von den – im wahrsten Sinne des Wortes – hervorragenden Veranstaltungen werden Sie auf den nächsten Seiten einen Eindruck gewinnen können, und wir berichten gerne über diese Aktivitäten, denn sie markieren immer deutlicher die besondere Funktion der AUB, nämlich die Förderung der



wissenschaftlichen Kommunikation, des Wissenstransfers in unserer Region. Die grundsätzliche „Mission“ der AUB, eine Brückenfunktion zwischen dem „alten“ und „neuen“ Europa einerseits und zwischen den EU-Ländern und der näheren Umgebung, d.h. den EU-Kandidatenländern, andererseits wahrzunehmen, wird zu einem zunehmend zentralen und auch für alle Außenstehenden deutlich sichtbaren Anliegen unserer Universität. Auch das von uns kürzlich erstellte Exzellenzprogramm für unsere Universität betont diese zentrale Funktion und sieht vor, mit den Universitäten der Kandidatenländer, der Länder des Westbalkans, eine Zusammenarbeit einzuleiten bzw. zu vertiefen. So plant das Donau-Institut, ein „Andrássy Forum for Western Balkan Studies“ einzurichten, gemeinsam mit unseren deutschsprachigen Partnern, aber auch mit Partnern aus den Visegrád-Staaten. In engem Zusammenhang damit wird selbstverständlich auch der Donauraum weiterhin im Auge behalten: Nach der internationalen Konferenz „Die

EU-Donauraumstrategie auf dem Prüfstand“ im Oktober 2013 wird 2014 beispielsweise ein Projekt mit dem Titel „Neue Instrumente regionaler Governance im Donauraum“ starten, um die regionalen Möglichkeiten, Mängel und Potenziale in diesem Bereich zu erforschen bzw. aufzuzeigen. Das Jahr 2014 wird aber auch ein Jahr der Erinnerung sein: Vor hundert Jahren brach der Erste Weltkrieg aus, vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer und vor 10 Jahren erlebten wir die EU-Erweiterung Richtung Ostmitteleuropa, einen Schritt, den ich als die Wiedervereinigung Europas ansehe. Diese für unsere Gegenwart und Zukunft so wichtigen Ereignisse werden an der AUB mit Einbeziehung unserer Partnerinstitutionen und -institute sowie Experten in einer Reihe von Konferenzen gewürdigt und aus verschiedener Sicht interdisziplinär gewertet.

Erfolge bringen immer auch neue Initiativen mit sich, mit besonderen Herausforderungen, mit hohen Erwartungen aber auch mit neuen Chancen. Ich bin zuversichtlich, dass wir – die Mitarbeiter, Kollegen, Freunde, Partner und Förderer der AUB – uns all dessen bewusst sind und eben deshalb ein schönes und interessantes Sommersemester erleben werden.

Mit besten Wünschen und herzlichen Grüßen

Ihr

András Masát
Rektor

Desintegration in der Habsburgmonarchie

Gedanken zum Gedenkjahr 2014



von
Prof. Dr. habil. Georg Kastner

Schon seit längerem wirft das Gedenkjahr 2014 seine Schatten voraus: Zahlreiche Publikationen, Dokumentationen, Vorträge und Veranstaltungsankündigungen zeugen davon, dass die kommenden Monate zumindest in historischer Sicht vom Ausbruch des „Großen Krieges“, der heute gemeinhin als der „Erste Weltkrieg“ bezeichnet wird, geprägt sein werden. Tatsächlich war dieser vierjährige Waffengang, wie immer man ihn auch nennen will, ein Elementarereignis, das vor allem den mitteleuropäischen Raum in bis dahin nicht gekannter Weise veränderte. Die Welt von 1918 und die darauf folgende sollte mit der Welt vor 1914 zumindest im Donaunraum nur mehr wenig gemein haben. Damit waren die Tage eines Staates gezählt, der bis dahin die einigende Klammer über zahlreiche Nationalitäten im Donaubecken gewesen war. Seither lebt die Habsburg- oder Donaumonarchie nur mehr in zumeist verklärten Erinnerungen. Dennoch ist sie nahezu hundert Jahre nach ihrem Untergang präsent wie eh und je. Sie fasziniert! Nicht nur jene Menschen, die in Ländern leben, die aus ihr hervorgegangen sind, sondern historisch Interessierte aus aller Welt kennen sie mehr oder weniger gut. Sie ist nach wie vor präsent in Film und Literatur, vielleicht weniger in der bildenden Kunst, wo allerdings das Flair des späten Habsburgerreiches für Rekordsummen bei Versteigerungen sorgt. Das Klimt-Jahr 2012 – ohne Habsburgmonarchie undenkbar! Der Tourismus hält die Reminiszenz an die „gute alte Zeit“ am Köchel. Was schön ist, erkennt man immer erst, wenn man es nicht mehr hat – so sagt man.

Dass die Donaumonarchie untergegangen ist, ist also evident. Nicht einmal der dümmste Tourist sucht heute in Schönbrunn, Gödöllő oder auf dem Prager Hrad nach Nachkommen des einst mächtigsten Geschlechts Europas. Warum das Habsburgerreich untergegangen ist, ist schnell erklärt: „Der Nationalitätenstreit war die Hauptursache und mit dem guten alten Kaiser starb auch die Monarchie. Sein Großneffe, der tatsächlich letzte Kaiser, bleibt trotz Seligsprechung meist unter der Wahrnehmungsschwelle.“

Ist es wirklich so einfach? War es tatsächlich nur der sich der jahrhundert-

langen Unterdrückung widersetzende nationale Freiheitsdrang der ein angeblich überholtes System hinwegfegte? Schluss, aus, vorbei! Wegen Unreformierbarkeit durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgelöst? Bei näherer Betrachtung hält diese einfache These nicht lange stand! Immer wieder finden sich Anzeichen dafür, dass geschickte Nationalitätenvertreter die Gunst der Stunde 1918 einfach nutzten. Das so genannte Selbstbestimmungsrecht der Völker war eine gute amerikanische Propaganda, kam aber de facto kaum zur Anwendung, und dort wo es angewandt wurde, erwiesen sich die Menschen eher dem früheren Gebiet verwurzelt, sowohl in Kärnten wie auch in Sopron¹. Weder die Tschechen noch die Slowaken oder Kroaten, geschweige denn die Südtiroler oder Siebenbürger wurden gefragt, wie sie selbst bestimmen wollten, sondern wurden einfach neu gebildeten oder erweiterten Staaten zugeschlagen.

Wer aber tötete dann den Doppeladler? War es der „Nationalitätenhader“, wie es nicht nur Zeitgenossen, sondern vor allem diejenigen, „die es nach 1918 immer schon gewusst hatten“, behaupteten und behaupten? War es der Krieg, in den man aus eigentlich nicht wirklich nachvollziehbaren Gründen eintrat und den man militärisch nicht gewinnen konnte? War es die Unmöglichkeit, einen Vielvölkerstaat im Herzen Europas so zu führen, dass alle damit zufrieden sein konnten? War es der Druck von außen? War das zugegebene angeschlagene Reich tatsächlich unreformierbar, und was waren die desintegrativen Kräfte, die am Vorabend des Ersten Weltkrieges hier offenbar herrschten?

Eine umfassende Antwort auf diese Fragen ist in der für einen solchen Beitrag gebotenen Kürze natürlich nicht möglich. Zudem wäre es wahrscheinlich selbst für ein Autorenkollektiv eine ziemliche Herausforderung, wirklich

¹ Am 10. Oktober 1920 votierten rund 60 Prozent der Bevölkerung im Abstimmungsgebiet für einen Verbleib bei Österreich und gegen einen Anschluss an das Königreich SHS, und das, obwohl rund 70 Prozent der Bevölkerung zur slowenischsprachigen Volksgruppe gehörten. Bei der Volksabstimmung in Odenburg/Sopron und Umgebung entschieden sich am 14. bzw. 16. Dezember 1921 rund 65 Prozent der Bewohner für einen Verbleib bei Ungarn.

alle fraglichen Details zu klären. Es ist jedoch durchaus möglich, einige Probleme und Entwicklungen zu benennen und damit einen Anstoß für das Nachdenken im Gedenkjahr zu geben. Einer einleitenden – aber meines Erachtens notwendigen – Definition, was dieser Staat unter der Herrschaft der Habsburger eigentlich war, was ihn ausmachte, folgt eine Darstellung des Nationalitätenproblems, eine Bewertung des Ausgleichs von 1867, der vielfach als Versuch zur Krisenbewältigung eingestuft wird, um schließlich auf die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg eingehen zu können. Um eines vielleicht vorwegzunehmen: Ganz so unreformierbar, wie man manchmal glauben machen möchte, war die Donaumonarchie nämlich nicht!

Habsburg- oder Donaumonarchie – Versuch einer Definition

Was war eigentlich genau die Habsburg- oder Donaumonarchie? Auch wenn diese Frage auf den ersten Blick sehr simpel und für manchen vielleicht etwas deplatziert zu sein scheint, so einfach wie man glaubt, ist sie gar nicht zu beantworten:

Fürst Aleksandr Mihailovič Gorčakov, während des Krimkrieges russischer Gesandter in Wien und später russischer Außenminister, soll einmal gesagt haben: „L'Autriche n'est pas un Etat, c'est un gouvernement!“ [Österreich ist kein Staat, das ist eine Regierung]. Rund 60 Jahre später soll ein anderer Staatsmann, der französische Präsident Georges Clemenceau gesagt haben „L'Autriche ce qui reste.“ [Österreich ist das, was überbleibt], und das war nicht sonderlich viel. Zwischen diesen beiden Sätzen liegen mehrere Änderungen im mitteleuropäischen Staatsgefüge und eine Geschichte, die heute gerne als „logischer Weg in den Abgrund“ beschrieben wird, wenn auch vielleicht nicht mit derart drastischen Worten. Bei oberflächlicher Sicht mag diese Meinung durchaus logisch erscheinen. Der Vielvölkerstaat im Donaunraum, ein Völkerkerker mit überbrodelnder Bürokratie, mit dem sich niemand außer ein paar degenerierten und an ihren Posten klebenden Adeligen identifizieren konnte, ist das plakative Bild, das nicht nur die populärwissenschaftliche, sondern

auch die Fachliteratur gerne zeichnet. Hinzu kommt der mindestens ebenso plakative Terminus der „unterdrückten Nationen“, die jahrhundertlang geknechtet darauf warten mussten, bis sie sich endlich frei entfalten konnten, was die spätere Vertreibung der „bösen Unterdrücker“ – sprich aller Deutschsprachigen – nach dem Zweiten Weltkrieg auch rechtfertigen sollte. Und dann ist da auch noch die Schwierigkeit, dass gerade die von diesen beiden Zitaten eingegrenzte Epoche Kaiser Franz Josephs gerne zusätzlich verklärt und damit vollkommen verdreht dargestellt wird. Es verwundert, dass noch nirgendwo die These aufgestellt wurde, die Monarchie sei deshalb nicht früher zerfallen, weil man den lieben guten alten Kaiser nicht enttäuschen wollte! Zudem ist die Zeit Franz Josephs nach Meinung vieler tatsächlicher HistorikerInnen wie auch HobbyhistorikerInnen ohnehin schon gänzlich erforscht. Letztere These von der gänzlichen Erforschung stellte zum Beispiel der österreichische Militärgeschichtler Christoph Allmeyer-Beck Anfang der 1970er Jahre auf, um dann erst recht wieder über die franzisko-josephinische Epoche zu publizieren. Angesichts derartiger Rezeptionen könnte man meinen, k. u. k. würde für „Kult und Kitsch“ stehen, ein Eindruck den man angesichts zahlreicher Filme, die ab den 1950er Jahren gedreht wurden, durchaus bekommen kann. Das Bild breiter Bevölkerungsschichten ist geprägt von einem zuerst hauptsächlich gut-aussehenden und später dann guten und weisen Kaiser mit typischem Vollbart, zwischen Karlheinz Böhm² und Paul Hörbiger³ und einer vor allem hübschen, volkstümlichen, sympathischen und später dann eher missverstandenen leidenden Kaiserin, die manche von Romy Schneider auch bildlich nicht mehr unterscheiden können. Bei soviel Kult und Kitsch, stehen die Historikerinnen und Historiker zwangsläufig auf verlorenem Posten, müssen sie sich doch immer zwangsweise dafür entschuldigen, einen Mythos zu zerstören, einen Mythos, der sowohl im heutigen Österreich als auch im heutigen

Ungarn eine liebgewordene Tradition ist, von der man zwar insgeheim weiß, dass sie falsch ist, aber irgendwie schön ist sie ja doch!

Und mit dem berühmten Kürzel k.u.k. ist man auch schon mitten in einer Problematik, die die Beschäftigung mit dem Thema noch zusätzlich erschwert, denn in Wirklichkeit gibt es für das zu betrachtende Gebilde so viele Benennungen, dass es nicht immer einfach ist, der entsprechenden Zeit den korrekten Namen zuzuordnen. Man spricht also von einer Sache, die man vielleicht sogar falsch definiert: Donaumonarchie, Habsburg- oder manchmal auch Habsburgermonarchie, Habsburgerreich, österreichisches Kaiserreich, Österreich-Ungarn, österreichisch-ungarische Monarchie – zahlreiche Namen für ein und dieselbe Sache und größtenteils eigentlich formal nie ganz richtig!

Der erste wirklich einheitliche Name existierte mit der Bezeichnung Kaisertum Österreich ab 1804, präzisiert durch die Auflösung des alten Imperium Romanum zwei Jahre später, wodurch Franz II. endgültig seine nur mehr auf dem Papier bestehenden Herrschaftsrechte über einen Großteil der deutschsprachigen Länder verlieren sollte. Das Reich der Habsburger wurde damit ein mehrheitlich slawisches. 1867 verschwand mit dem Ausgleich die Bezeichnung des Kaisertums Österreich offiziell. Der nicht-ungarische Reichsteil nannte sich nun „die im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder“. Was blieb, war allerdings der Kaiser von Österreich, der aber parallel auch betont als König von Ungarn tituliert wurde. Dass er eigentlich auch noch den Königstitel von Böhmen und Kroatien führte sowie zig andere Herrschaftsbezeichnungen, übersah man großzügig, was weder die Böhmen noch die Kroaten sonderlich freute. Der offizielle Name von „den im Reichsrath vertretenen Königreichen und Ländern“ war viel zu lang, als dass er dauerhaft Einzug in die Literatur oder gar in den allgemeinen Sprachgebrauch hätte finden können, weshalb man ab 1916 wieder offiziell zum Titel Kaisertum Österreich, neben dem Königreich Ungarn, zurückkehrte. Um die Verwirrung endgültig auf die Spitze zu treiben, agierten Franz Joseph und sein ihm

nachfolgender Großneffe Karl I. oder in Ungarn der IV. entweder als k.u.k., also kaiserlich österreichisch und königlich ungarischer Herrscher, aber auch als k.k., was soviel wie kaiserlich-österreichisch königlich böhmischer-Herrscher (für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder) bedeutete, oder aber als k.u. als königlich-ungarischer Herrscher. Man braucht kein Psychiater zu sein, um eine derartig schizoide Titulatur als nicht gerade integrativ zu bezeichnen.

Bei soviel auseinander strebender Aufteilungsrhetorik stellt sich natürlich die Frage, was quasi der Kitt war, der all diese Nationalitäten – Tschechen, Slowaken, Polen, Magyaren, Rumänen, Serben, Kroaten Bosnier, Italiener, Slowenen, Ruthenen, Juden und Deutschsprachige – dann doch irgendwie zu einem Staat zusammenfügte, beziehungsweise gab es einen solchen tatsächlich oder nur virtuell? Um den Anfang zu finden, muss man fast 300 Jahre zurückgehen:

Am 19. April 1713, einem Mittwoch, verkündete der knapp anderthalb Jahre zuvor zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches gekrönte Habsburger Karl VI., in Böhmen der II., in Ungarn der III., vor seinen versammelten geheimen Räten ein neues Gesetz, das fortan zur rechtlichen Grundlage seines Reiches werden sollte. Diese so genannte Pragmatische Sanktion charakterisierte der k.k. Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh im Jahre 1913 anlässlich des 200-Jahr-Jubiläums sehr treffend: „Zweihundert Jahre sind verflossen seit dem Tage, da weiland Kaiser Karl VI. die Pragmatische Sanktion promulgierte und damit das Haus- und Staatsgesetz schuf, das das fundamentale Grundgesetz unserer Monarchie ist. Auf den Prinzipien der am 19. April 1713 als endgültige und unabänderliche Rechtsnorm verkündeten Erbfolgeregelung war der unteilbare und unzertrennliche Verband entstanden, der die Macht und Größe des Reiches der Habsburger verbürgte. Die Pragmatische Sanktion bezeichnet eine Wende in der Geschichte unseres Vaterlandes. Sie war der Ausgangspunkt neuen staatlichen und politischen Lebens, und ist noch gegenwärtig die Grundlage, auf welcher die wichtigsten öffentlich-rechtlichen Institutionen der

² Karlheinz Böhm (geb. 1928) verkörperte in der Sissi-Trilogie den jungen Kaiser Franz Joseph.

³ Paul Hörbiger (1894-1981) stellte den alten Kaiser Franz Joseph u. a. in dem Film „Die Deutschmeister“ dar.

Monarchie ruhen.“

Tatsächlich setzte die Pragmatische Sanktion damit fest, dass die bis dahin unter der Person des Kaisers in Personalunion vereinigten Königreiche und Länder hinkünftig „indivisibiler ac inseparabiliter“ oder aber ein Staat wären, womit die Konstruktion mehrerer eigentlich selbstständiger Länder, die zufällig über den gleichen Herrscher verfügten, überwunden war. Einzig in der bereits angesprochenen Titulatur lebten die alten Gebietsbezeichnungen weiter, jedoch nicht, um damit irgendwelche Eigenständigkeit zu betonen, sondern rein aus kaiserlicher Eitelkeit. Diese war gerade bei Karl VI. so sehr ausgeprägt, dass er bis zu seinem Tod den Titel eines spanischen Königs trug, seine Töchter als spanische Infantinnen titulierte und seinen bald nach der Geburt verstorbenen Sohn als Prinz von Asturien beerdigen ließ, während er dem neuen spanischen König Philipp V. das Tragen des Titels Erzherzog, seit Karl V. auch in Spanien üblich, erbost untersagte.

Damit war der erste Schritt in Richtung eines einheitlichen Staates bestehend aus den Besitzungen der Habsburger gesetzt. Man kann hier natürlich einwenden, dass niemand tatsächlich die Untertanen gefragt hatte, ob sie das eigentlich wollen würden, das neue Gebilde also im Grunde kein Staat gewesen sei, weil er über kein einheitliches Staatsvolk verfügte. Hierzu muss man festhalten, dass es den breiten Bevölkerungsmassen vollkommen egal war, ob sie nun in einem Gesamtstaat oder in einem kleinen unabhängigen Land lebten. Das Donaubecken war ob seiner heterogenen Siedlungspraxis national so uneinheitlich, dass die Bildung auch nur eines einzigen einheitlichen Nationalstaates praktisch unmöglich war, von mehreren ganz zu schweigen. Geschlossene Siedlungsgebiete einzelner Nationen und Nationalitäten gab es seit dem Mittelalter nicht mehr, so es sie davor überhaupt gegeben hatte, und erst die diversesten Umsiedlungsaktionen des 20. Jahrhunderts, um nicht den Begriff der gewaltsamen Vertreibung zu verwenden, schufen national homogene Gebiete. Der politische Konterpart des Kaisers war nicht das Volk, sondern der vielmehr lokale Adel oder die Stände, und die ließen sich in den

folgenden Jahren ihre Anerkennung der Pragmatischen Sanktion mit allerlei Zugeständnissen abkaufen. Als letztes der von Karl VI. regierten Königreichen und Ländern billigte Ungarn, oder besser dessen in Pressburg tagender Reichstag 1723 die Pragmatische Sanktion, womit schließlich alle Teile bekundet hatten, auch tatsächlich einen gemeinsamen Staat aufbauen zu wollen. Dies wurde später, vor allem um die Mitte des 19. Jahrhunderts, gerne vergessen.

Auch wenn die internationalen Mächte ihre noch zu Lebzeiten des Kaisers gemachten Garantieerklärungen nach dessen Tod rasch widerriefen, so erfolgte im Frieden von Aachen 1748 eine abermalige internationale Bestätigung, sodass spätestens ab diesem Jahr das multinationale Reich der Habsburger eine international anerkannte Tatsache war: ein echter und kein virtueller Staat.

Ungefähr 70 Jahre nach der Erklärung von 1713 versuchte Karls Enkelsohn Kaiser Joseph II. einen Schritt weiterzugehen und wollte die festgelegte Unteil- und Untrennbarkeit auch mit einer das ganze Reich umfassenden Organisationsreform besiegeln. Hier formierte sich rasch ein Widerstand der einzelnen Stände, was gerne als eine „erste nationale Manifestation gegen von oben gesetzte Germanisierungstendenzen“ gesehen wird, da ja Joseph mit seiner Reform die deutsche Amtssprache einführen wollte. In Wahrheit ging es dem aufbegehrenden Adel jedoch nicht um sprachliche Vorlieben, denn in realiter sprachen sie zu dieser Zeit eigentlich alle der Einfachheit halber Deutsch, ebenso wie sie fünfzig Jahre zuvor vorwiegend französisch gesprochen hatten, es ging vielmehr um einen massiven Verlust an persönlichen Rechten, den Joseph mit der Zerschlagung des überbordenden Föderalismus erreichen wollte. Der Gesamtstaat war absolut kein Problem, solange der Adel ungeschoren blieb.

Die Torpedierung der josephinischen Ideen sollte sich aber langfristig noch rächen. Im Wesentlichen blieb es nach Josephs Tod, der bald nach der Rücknahme der meisten Reformen erfolgte, sowohl unter seinem Bruder Leopold II. als auch unter dessen Sohn Franz II. oder I. und schließlich auch unter des-

sen Nachfolger Ferdinand dem Gütigen weitgehend ruhig. Dafür sorgte schon allein der Druck von außen in Form des Kaisers der Franzosen namens Napoleon Bonaparte. Leben und leben lassen, war das Motto in dem das Herrscherhaus und der Adel in föderaler Eintracht zusammenlebten, wobei aber besonders die Epoche des Biedermeier diese Ruhe nur mehr mit extremer Polizeigewalt aufrechterhalten konnte.

Das Nationalitätenproblem

Die während des Vormärz kanalisiert nationaler Strömungen führten schließlich 1848 zur Eruption. Der Versuch, die revolutionären Tendenzen nach ihrer gewaltsamen Niederschlagung durch ein neoabsolutistisches Regime wieder zu unterdrücken, scheiterte bald. Spätestens mit der von Kaiser Franz Joseph persönlich verlorenen Schlacht von Solferino 1859 wurde deutlich, dass man die nationalen Begehrlichkeiten nicht ad infinitum gewaltsam unterdrücken konnte, vor allem, wenn diese von den internationalen Gegnern eifrig geschürt wurden. Allerdings war das Verhältnis zwischen Gesamtstaat und den Nationalitäten nicht ganz so schlecht, wie es vielleicht der Krieg gegen den aufständischen ungarischen Adel im Jahre 1848/49 den Anschein macht. Ebenfalls 1848 hatte František Palacký seinen berühmten Brief an die verfassunggebende Versammlung in der Frankfurter Paulskirche geschrieben, in dem er nicht nur seine Meinung, sondern auch die zahlreicher anderer Slawen auf den Punkt brachte: „Sie wissen, dass der Süd-Osten von Europa, die Grenzen des russischen Reichs entlang, von mehreren in Abstammung, Sprache, Geschichte und Gesittung merklich verschiedenen Völkern bewohnt wird, – Slawen, Magyaren und Deutschen, um der Griechen, Türken und Schkipetaren nicht zu gedenken, – von welchen keines für sich allein mächtig genug ist, dem übermächtigen Nachbarn im Osten in alle Zukunft erfolgreichen Widerstand zu leisten; das können Sie nur dann, wenn ein einiges und festes Band sie alle miteinander vereinigt. Die wahre Lebensader dieses nothwendigen Völkervereins ist die Donau: seine Centralgewalt darf sich daher von diesem

Strome nicht weit entfernen, wenn sie überhaupt wirksam sein und bleiben will. Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müsste im Interesse Europa's, im Interesse der Humanität selbst sich beilegen, ihn zu schaffen.“

Palacký wirkt in der Nachschau betrachtet fast prophetisch. Nach dem Zerfall der Monarchie sollte sich rasch zeigen, dass die selbstständig gewordenen Kleinstaaten dem Druck von Westen und Osten nichts entgegenzusetzen hatten. Sowohl der Nationalsozialismus mit seinem Drang nach Osten als auch der in der Gegenbewegung daher kommende Kommunismus überrollte einfach das, was im Donaauraum früher einmal habsburgisch war. Winston Churchill blickte fast wehmütig auf frühere Zeiten zurück, als er 1946, also nicht einmal hundert Jahre nach Palackýs Brief meinte: „From Stettin in the Baltic to Trieste in the Adriatic an Iron Curtain has descended across the Continent. Behind that line lie all the capitals of the ancient states of Central and Eastern Europe. Warsaw, Berlin, Prague, Vienna, Budapest, Belgrade, Bucharest and Sofia; all these famous cities and the populations around them lie in what I must call the Soviet sphere, and all are subject, in one form or another, not only to Soviet influence but to a very high and in some cases increasing measure of control from Moscow“. Der Druck Moskaus hatte sich also, wie es die Befürchtung Palackýs gewesen war, durchgesetzt!

Natürlich stellt sich die berechtigte Frage, inwieweit der Traum von Palackýs Völkerverein realistisch war. War nicht Österreich doch ein Völkerkerker? Auch hier zeigt sich, dass es tatsächlich vor allem Kräfte von außen waren, die den nationalen Hader anfachten. Allen voran das Russische Reich, das bewusst jegliche panslawistische Tendenz förderte, war direkter und indirekter Motor an den beiden wesentlichsten nationalen Fronten. Einerseits versuchte es, die Tschechen auf seine Seite zu ziehen, andererseits stand man auch als Schutzmacht hinter Serbien, das seine jugoslawischen oder besser großserbischen Ideen nur durch einen Zugewinn auf Kosten der Habsburger umsetzen hätte können. Dieser Panslawismus war und ist bis heute eine von vielen als ent-

scheidend verstandene Kraft, unter der die Habsburgmonarchie letztendlich zusammenbrechen musste.

Oder vielleicht doch nicht? Wie stark war der Panslawismus wirklich? Robert A. Kann, der mit seinem zweibändigen Werk über das Nationalitätenproblem in der Habsburgmonarchie vor mehr als fünfzig Jahren ein bis heute unumgängliches Standardwerk zur Problematik verfasst hat, schätzt die Entwicklung des Panslawismus bis 1914 eher gering bis bestenfalls symbolisch ein. Auch während des Ersten Weltkriegs wird dem Panslawismus im tschechischen Bereich meist viel zu viel Einfluss zugetraut. Richard Lein, der sich intensiv mit den Dissertationen tschechischer Soldaten auseinandergesetzt hat, zeigt in seinen Forschungen, dass die Absetzbewegung der Tschechen wesentlich geringer war, als der nationale Mythos darzustellen versucht. Letztendlich standen 40.000 so genannten „tschechischen Legionären“, also zum russischen Heer übergelaufenen k.u.k. Soldaten tschechischer Herkunft, rund 1.000.000 tschechischer Soldaten in der k.u.k. Armee gegenüber, die bis zum Ende des Weltkriegs für ihren Kaiser kämpften. Übersehen wird auch, dass es zwischen Russland und Böhmen eine nicht unbedeutende slawische Volksgruppe in siebenstelliger Höhe gab, die dem Panslawismus rein gar nichts abgewinnen konnte, da sie unter dem russischen Imperialismus besonders zu leiden hatte, nämlich die Polen.

Selbst jene Politiker, die später zu den Gründungsvätern der Tschechoslowakei gehören sollten, waren am Vorabend des Ersten Weltkriegs durchaus loyal zum Gesamtstaat gestanden. Weder Tomáš Garrigue Masaryk, der schon damals als geistiger Vater einer tschechischen Emanzipation galt, noch der junge Edvard Beneš waren vor 1914 durch besonders separatistische Töne aufgefallen. Ganz im Gegenteil forderte Masaryk eine Föderalisierung der Monarchie, die auch allen anderen Nationalitäten zugute kommen sollte. Für ihn war das nationale Problem vielmehr ein soziales. Schließlich musste ein Tscheche, der beruflich erfolgreich sein wollte, zwangsläufig erst einmal Deutsch lernen, während die deutschsprachigen auf das Tschechische eher verzichteten, außer in den wirklich al-

ten, dem Land verbundenen Adelsfamilien. Laut Masaryk verlor ein tschechischer Jugendlerner dadurch mindestens zwei Jahre, die er während seiner beruflichen Laufbahn kaum aufholen konnte. Diese Problem versuchte man in den letzten Jahren der Monarchie, dadurch zu lösen, dass für die nächsten Jahre ein Übergangszeitpunkt geschaffen wurde, zu dem zumindest alle staatlichen Beamten alle in der entsprechenden Region üblichen Sprachen beherrschen mussten, was nun wieder eher die nicht-deutschsprachigen bevorzugte. Die Maßnahme sollte allerdings nicht mehr greifen, denn die Übergangsfrist endete in den 1920er Jahren, und da war die Monarchie schon Geschichte.

Auch der panslawistische Einfluss im Süden der Monarchie war wohl weit geringer, als das Attentat von Sarajevo und die großserbische Propaganda vermuten lassen würden. Die Kroaten galten als besonders „schwarz-gelb“ also habsburgtreu, was sich aus dem für die kroatische Identität wichtigen Bekenntnis zur katholischen Kirche erklären lässt. Schließlich war der österreichische Kaiser und ungarische König der katholische Herrscher schlechthin, der bis 1908 sogar über eine Veto bei der Papstwahl verfügte. Selbst die mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina seit 1908 endgültig zur Monarchie gehörenden Muslime waren nicht wirklich separatistisch einzustufen, brachte ihnen ja das 1912 erlassene Islamgesetz weitgehende Sonderrechte. Die serbische Propaganda war also weit weniger erfolgreich gewesen, als dies in der Nachschau vielleicht dargestellt wird, womit ein weiterer Mythos an Strahlkraft verliert. Gerade unmittelbar nach dem Attentat 1914 kam es zu heftigen Ausschreitungen von Kroaten und Muslimen in Bosnien gegen Serben, in die sich die offiziellen Behörden übrigens nicht einmischten. Eine Grundstimmung gegen die Monarchie, ein „Wegwollen um jeden Preis“ gab es sicher nicht. Vielmehr gab es eine Reihe von Fehlern in der Administration unter Kaiser Franz Joseph, die die Geduld der kleinen Völker zusehends auf eine größere Probe stellten, allerdings war diese Tendenz zweifellos nicht unumkehrbar. Die Kroaten waren besonders deshalb verstimmt, da ihre 1848 gezeigte Loyalität dem Kaiser

gegenüber mittelfristig nicht honoriert wurde und sie mit dem Ausgleich 1867 wieder unter vorwiegend magyarische Herrschaft kamen, woran auch der ungarisch-kroatische Subdualismus nicht viel ändern konnte. Es waren besonders Kleinigkeiten des täglichen Lebens, die die Grundstimmung nachhaltig vergifteten. So zum Beispiel das ungarische Eisenbahngesetz, das in allen Zügen und an allen Bahnhofschaltern – auch in Kroatien – die Verwendung der ungarischen Sprache vorschrieb, was wiederum gerade der einfachen Bevölkerung das Leben erschwerte. Dass die südslawischen Völker aber alles andere als einträchtig waren, zeigte sich bereits wenige Jahre später im sogenannten Königreich SHS, und die Spätfolgen entluden sich am Ende des 20. Jahrhunderts im blutigen Jugoslawienkrieg, dessen Wunden bis heute nicht geheilt sind.

Der Ausgleich von 1867

Der Nationalismus war es also nicht, oder zumindest nicht ausschließlich, der den Zusammenbruch der Monarchie herbeiführte. Seine Bedeutung wird wahrscheinlich sogar nach wie vor überschätzt. Es mag vielleicht verwundern, aber gerade jene Maßnahme, die als Schritt in Richtung einer Entspannung abzielte, der Ausgleich des Jahres 1867, war eigentlich ein Kardinalfehler, der die weitere Entwicklung innerhalb der Monarchie aufs höchste anspannte. Nach der Niederlage bei Königgrätz und dem damit verbundenen Ausscheiden aus dem Deutschen Bund war dem Kaiser und seinen Ratgebern klar, dass nur eine innere Reform den Fortbestand der Monarchie langfristig sicherstellen konnte. Aber anstatt einer großen Lösung, bei der man die Wünsche aller Nationalitäten hätte befriedigen können, entschied man sich für den Weg des geringsten Widerstands und suchte eine Lösung nur mit den Magyaren zu finden, da die Deutschsprachigen und die Magyaren in „ihrem“ Reichsteil jeweils eine gute relative Mehrheit erreichten. Die große Chance, den damals zweifelsfrei noch viel stärker zusammengefühten Gesamtstaat des Kaiserreiches Österreich in einen modernen, föderalen Bundesstaat mit gleichberechtigten Nationen umzubauen,

ließ man ungenutzt verstreichen. Für eine solche radikale Änderung war Franz Joseph viel zu unbeweglich und feig.

Die in beiden Reichsteilen in der Minderzahl bleibenden Slawen fühlten sich vor den Kopf gestoßen, vor allem weil sie 1848 und 1849 anders als die Magyaren im Großen und Ganzen loyal zum Herrscherhaus gestanden waren. Sowohl die Art und Weise, wie man an den Ausgleich heranging, als auch der übergroße Interpretationsspielraum sorgten dafür, dass die seit längerem bestehenden Probleme nicht geringer, sondern im Gegenteil sogar größer wurden. Da war zum einen die Tatsache, dass man den Ausgleich nie zur Gänze schriftlich festgelegt hatte und er genau genommen auch nur vom Königreich Ungarn angenommen wurde. Während der noch nicht gekrönte ungarische König mit dem ungarischen Adel verhandelte, stellte er als österreichischer Kaiser alle vor vollendete Tatsachen. Auch eine offizielle Übersetzung jener Vereinbarungen, die schriftlich fixiert worden waren, gab es nicht, was auf beiden Seiten zu haarsträubenden Auslegungen führte. Hinzu kamen endlose Debatten über die Bedeutung einzelner Worte, die die Entscheidungsfindung zusätzlich lähmten. Auch die alle zehn Jahre notwendigen Ausgleichsverhandlungen zwischen den beiden Delegationen, die eigentlich getrennt tagten und äußerst kompliziert zusammengesetzt waren, wirkten nicht gerade entspannend. In der Endzeit der Monarchie gab es beispielsweise das Problem, ob der Leiter des gemeinsamen Kriegsministeriums nun Reichskriegsminister und nur Kriegsminister zu heißen habe. Aus Sicht der magyarischen politischen Elite war die seit 1867 gebräuchliche Bezeichnung Reichskriegsminister allmählich zum Affront geworden. Für sie war klar, dass es sich bei den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern und Ungarn um zwei voneinander unabhängige Staaten in Personalunion handelte. Man war nämlich zu Beginn des neuen Jahrhunderts hier zusehends der Meinung, dass der Ausgleich von 1867 nur der Beginn eines langfristigen Prozesses sei, an dessen Ende ein eigenständiger ungarischer Staat stehen würde, in dem die politische Macht ausschließlich bei der He-

gemonialnation der Magyaren läge. So gesehen waren gegen Ende der Monarchie gerade jene politischen Früher, die man mit dem Ausgleich zufrieden stellen wollte, wesentlich separatistischer als jene, die man 1867 vor den Kopf gestoßen hatte.

Im ersten Dezennium des 20. Jahrhunderts fungierten neben der Frage, wie die Benennung von Minister bzw. Ministerium lauten sollte, auch weitere militärische Fragen wie Rekrutenbewilligungen oder Kommandosprache als politisches Schlachtfeld. Die gemeinsame Armee war aus dem Grund so ein heikler Bereich, weil sie neben dem Herrscherhaus sicherlich das wesentlichste Symbol für die staatliche Zusammengehörigkeit war. Gerade deshalb war sie den Anhängern einer Zwei-Staaten-Lösung ein Dorn im Auge. Hierzu bemerkte der in Sarajevo ermordete Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand im Tagebuch seiner Reise um die Erde: „Es ist sehr erfreulich zu sehen, wie die Angehörigen der verschiedensten Nationalitäten und Länder kameradschaftlich verbunden sind. Deutsche aus Niederösterreich, namentlich aus Wien, aus Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und aus anderen Ländern, Slaven aus Böhmen, dem Küstenland und aus Dalmatien, Italiener und Magyaren sind bunt durcheinandergewürfelt. Das Hauptkontingent, insbesondere an Unteroffizieren, liefern die südlichen Länder. Unbeschadet der Nationalität jedes Einzelnen fühlt sich die polyglotte Mannschaft im Dienstverbände unter einer stolzen, wundervollen Flagge zur Einheit zusammengefasst. Hierdurch wird das Bewusstsein der Vereinigung aller Nationalitäten unter einem Herrscherhause und in einem gemeinsamen Vaterlande genährt und gekräftigt – gewiss eine erzieherische Wirkung des Heeresdienstes, die nicht sorgfältig genug gepflegt und gefördert werden kann.“ Gerade dieser integrativen Wirkung wollte man durch die Schaffung einer eigenen ungarischen Armee, beziehungsweise durch die Aufwertung der ungarischen Honvéd aktiv entgegenwirken.

Im anderen Reichsteil sah man das freilich anders! Nicht nur für die politische Elite in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, sondern

auch für das Herrscherhaus selbst, war der Ausgleich von 1867 der Endpunkt einer Entwicklung gewesen, was Andrássy Gyula der Ältere durchaus respektieren konnte, worin er sich von seinem Sohn aber wesentlich unterschied. Zudem waren – und das konnte kaum geleugnet werden – die beiden Reichsteile, oder nach ungarischer Sicht Teilreiche, in wesentlichen Punkten miteinander verbunden. So gab es eine gemeinsame Außenpolitik, die schon erwähnte gemeinsame Verteidigungspolitik und natürlich eine gemeinsame Finanzierung der beiden sowie selbstverständlich einen gemeinsamen Herrscher, der nun über ein streng paritätisch besetztes Gefolge verfügte und sich auch zeitweise in Budapest aufhielt. Während er in den im Reichsrath vertretenen Königreichen und Ländern seinen Einfluss auch ausnutzte, ließ er in Ungarn die Zügel oft schleifen, überließ weitgehend dem Reichstag das Feld und legte nur in Extremfällen sein Veto ein. Er hatte die ungarische Verfassung beschworen, und Franz Joseph war durchaus ein Mann, der einen Eid auch wider besseres Wissen einhielt, was die von einigen ungarischen Politikern geförderte Auseinanderentwicklung sicher begünstigte. Das Königreich Ungarn war eindeutig der Gewinner des Ausgleichs, denn die Wirtschaft machte in den Jahren nach 1867 einen merkbaren Sprung nach vorne, was sich auch anhand der Quoten für den gemeinsamen Haushalt, die alle zehn Jahre den Wirtschaftsleistungen angepasst wurden, zeigen lässt. Allerdings war nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die innere politische Entwicklung sehr unterschiedlich. Während man in den im Reichsrath vertretenen Königreichen und Ländern eine mehr und mehr pragmatische bis liberale Nationalitätengesetzgebung zuließ, war das Königreich Ungarn dagegen äußerst restriktiv, was sich zum Beispiel in der Auflösung des einzigen slowakischen Gymnasiums zeigte. Gerade die herrschende Schicht war mit den Nationalitäten alles andere als zimperlich, was zwangsläufig weiteren Konfliktstoff lieferte.

Aber auch in den im Reichsrath vertretenen Königreichen und Ländern war nicht alles eitel Wonne. Neben den schon angesprochenen Spannungen zwischen Deutschsprachigen und

Tschechen herrschte auch in den anderen gemischtsprachigen Gebieten selten Ruhe. Selbst wenn hier wohl Masaryks These von der Wechselwirkung zwischen nationalen und sozialen Fragen eine Rolle gespielt haben dürfte, gab es auch noch Probleme, die nicht unmittelbar damit zusammenhingen. Hier ist in erster Linie der erwachende Deutschnationalismus zu nennen, der zutiefst antiklerikal sich auch gegen das Herrscherhaus und damit die wesentlichste Säule der Monarchie wendete. Fast als hätte es die letzten 50 Jahre nicht gegeben, versuchten die Aktivisten für eine großdeutsche Lösung zu agieren. „Ohne Habsburg ohne Rom erbauen wir Germanias Dom.“ Man kann den Habsburgern viel vorwerfen, Deutschnationalen waren sie – im Unterschied zu vielen eher niederen Adeligen – sicher nicht!

Österreich-Ungarn am Vorabend des Großen Krieges

Dies sind also die großen Rahmenbedingungen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts und damit in den letzten Jahren der Donaumonarchie vorherrschten. Weit entscheidender waren allerdings zahlreiche Kleinigkeiten, die sich zu einem mächtigen Problemkomplex summieren.

Da wäre zuallererst eine geradezu katastrophale Außenpolitik zu nennen. De facto war Österreich-Ungarn in einer ausweglosen Situation: Der Dreibund bestehend aus k.u.k. Monarchie, dem Deutschen Kaiserreich und Italien bot weit mehr Nach- als Vorteile. Durch das feste Bündnis mit dem nördlichen Nachbarn war eine Annäherung an das Russische Reich erschwert, ja sogar fast ausgeschlossen. Eine solche wäre aber aus mehrerer Hinsicht wünschenswert gewesen, denn sie hätte zweifellos die panslawistische Agitation weitgehend entschärft, und zudem hätte Serbien einen seiner wesentlichsten Verbündeten im Kampf um eine Vereinigung aller Südslawen verloren. Der Balkan war genau jene Region, die für die Monarchie als Expansionsgebiet gesehen wurde, wenngleich eine solche Expansion durchaus auch nur wirtschaftlich und nicht unbedingt territorial hätte erfolgen müssen. Hier vertraten die einzelnen Gruppierungen innerhalb der

Monarchie unterschiedliche Ansichten. Wie schon erwähnt, waren die panslawistischen Tendenzen sicher nicht staatsgefährdend, ihr Wegfallen hätte aber sicherlich zu einer inneren Beruhigung beigetragen, da die gemäßigten Kreise gestärkt und die radikalen geschwächt worden wären, was einer Lösung der nationalen Probleme sicher entgegengekommen wäre. Neben der extrem erschwerten Normalisierung der habsburgisch-russischen Beziehungen, hatte man mit Italien übrigens einen Bündnispartner, der nicht nur versteckt, sondern teilweise offen irredentistische Tendenzen innerhalb der Monarchie unterstützte.

Hinzu kam auch noch, dass einige Spitzenvertreter der Armee, wie zum Beispiel der Chef des Generalstabs, Franz Conrad, demonstrativ mit den Säbeln rasselten, wenn auch gegenüber bezwingbaren Gegnern wie zum Beispiel Serbien oder Montenegro. Das Verhältnis zwischen der Führung des Außenamts und der Führung der Armee war zumeist angespannt. Außerdem tauchte sogar der eigene Bündnispartner Italien in den Kriegsplänen einiger Militärs immer wieder als potentieller Gegner auf, was teilweise knapp unter dem diplomatischen Supergau anzusiedeln war. Die schon erwähnte offene irredentistische Agitation der Italiener band zwar auch diesen die Hände, allerdings sind Bündnispartner, die einander misstrauen, eher suboptimal.

Auch das nicht unbedingt geschickte Vorgehen bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1908 trug nicht gerade dazu bei, das internationale Ansehen der Monarchie zu verbessern. Abgesehen davon, dass die Sinnhaftigkeit dieses Schrittes nicht ersichtlich war, wusste man in Wahrheit ja gar nicht, was man mit dem annektierten Gebiet eigentlich machen sollte. Ein Anschluss an das Königreich Ungarn kam für Wien nicht in Frage, da dies die Position Ungarns zweifellos gestärkt hätte. Ein Anschluss an die im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder kam weder für Wien noch für Budapest in Frage. Die k.k. Regierung befürchtete zu Recht, dass damit das slawische Element so stark profitieren würde, dass die Vormachtstellung der Deutschsprachigen endgültig gebrochen worden wäre. Und Buda-

pest lehnte eine derartige Zuordnung aus den selben Gründen ab, wie Wien jene an Ungarn, nämlich aus Angst vor der entscheidenden Aufwertung der Machtbasis des anderen. So fand man ein halbherziges Provisorium, das bis zum Ende des Ersten Weltkriegs und somit der Monarchie bestehen bleiben sollte: Man unterstellte das neue Gebiet dem gemeinsamen Finanzministerium, wodurch allerdings wiederum die These Auftrieb erhielt, dass es sich bei der Donaumonarchie doch eher um einen Gesamtstaat, denn um zwei Einzelstaaten handelte.

Bei der Auswahl seiner Außenminister bewies der alternde Kaiser nicht gerade ein glückliches Händchen. Weder Agenor Gołuchowski der Jüngere noch Alois Lexa von Aehrenthal, dem das äußerst unglückliche Vorgehen bei der Annexion Bosniens vorgeworfen werden muss, oder Leopold Graf Berchtold, der wiederum für das ebenfalls problematische Verhalten während der Julikrise verantwortlich zeichnete, agierten besonders glücklich, der Spitzendiplomat und spätere Außenminister unter Kaiser Karl I. Ottokar Graf Czernin, der von einigen Fachkolleginnen und -kollegen mitunter für ein politisches Talent gehalten wird, bewies mit der so genannten Sixtus-Affäre 1918 schließlich ebenfalls, dass die Außenpolitik nicht zu den Stärken der k.u.k. Monarchie gehörte.

Gerade die letzten anderthalb Jahrzehnte im Leben Kaiser Franz Josephs liefern ein ambivalentes Bild. Einerseits wurde und wird gerade der alte Kaiser als letztes Symbol des Einheitsstaates gesehen, wie in der Einleitung schon erwähnt wurde. Der gute Landesvater, der wie Everybody's Grandpa in einer eigenen Sphäre agiert, der eigentlich immer schon da war und ohne den sich niemand die Welt, geschweige denn die Monarchie vorstellen konnte. Wie sein Vorfahre, der erste Habsburger am Beginn der fast durchgängigen Reihe an Kaisern aus dem mitteleuropäischen Herrscherhaus, Friedrich III., war Franz Josephs Leistung aber vor allem eine biologische: Er hatte alle seine Gegner überlebt. Kossuth war (übrigens noch betagter als Franz Joseph) 1894 verstorben, Bismarck vier Jahre später, Garibaldi sogar schon 1882. Verständlich, aber teilweise auch töd-

lich war sein Hang, sich mit Männern seiner Altersklasse und Haltung zu umgeben. Hier ist zum Beispiel Friedrich von Beck zu nennen, bis 1906 Chef des österreichischen Generalstabs, der wie der Kaiser Jahrgang 1830 und damit zum Zeitpunkt seiner Pensionierung aufgrund eines völlig in den Sand gesetzten Manövers 76 Jahre alt war. Zu dieser Zeit gab es zudem einen äußerst skurrilen Zwischenfall, als ein k.u.k. General während eines anderen Manövers an Altersschwäche verstarb. Obwohl der Kaiser offensichtlich müde war, und unter den zahlreichen Schicksalsschlägen, die das Leben für ihn bereit gehalten hatte, litt, wehrte er sich gegen jegliche Veränderung, ob nun Modernisierungen oder eine Abgabe der Macht.

Dies führte auch zu einer Vergrößerung der Unterschiede in den beiden Reichshälften, während des letzten Dezenniums. 1907 wurde in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht eingeführt, und das trotz Widerstands von höchsten Stellen. Auch der Kaiser war davon nicht überzeugt, gab aber schließlich nach. In Ungarn dagegen wurde das allgemeine Wahlrecht zwar immer wieder diskutiert, jedoch verhinderte die politische magyarische Elite die Umsetzung bis zum Ende der Monarchie erfolgreich, was besonders die Vormachtstellung der Magyaren zementierte und das mit königlicher Billigung. Der Regent hatte also kein Problem über Untertanen zweier Klassen zu herrschen, was die Engstirnigkeit des alten Kaisers ziemlich deutlich zeigt. Während sich im Wiener Reichstag die Nationalitäten zumindest ansatzweise wiederfinden konnten, besetzten die Magyaren im ungarischen Reichstag rund 400 der 453 Sitze und das bei einem Bevölkerungsanteil von knapp unter 50 Prozent. Es fällt auf, dass Parteien, die einander sonst ablehnend gegenüberstanden, in diesem Punkt allgemeine Einigkeit demonstrierten. Lediglich die Sozialdemokraten traten für das allgemeine Wahlrecht ein, frei von nationalen Vorlieben war aber selbst die Arbeiterpartei nicht.

Durch diese starke Repression gegen die Nationalitäten im Königreich Ungarn kam es auch nicht zu einer durchaus

sinnvollen Annäherung an Rumänien, das aufgrund der gemeinsamen Konfliktstellung zu Serbien sicherlich eine logischer Verbündeter gewesen wäre. Auch hier zeigte sich, dass die schwache Performance in der Außenpolitik innenpolitisch bedingt war.

All das demonstriert aber, dass sich praktisch kaum eine desintegrative Stoßrichtung festmachen lässt, die man für das Zerfallen der Monarchie an der Donau hauptsächlich verantwortlich machen kann. Denn letztendlich waren alle diese Schwierigkeiten lösbar! Es waren die genannten zahlreichen Kleinigkeiten, die man in der Nachschau als Impulse sehen kann, die aber bei weitem nicht stark genug waren, einen Länderkomplex zu zerstören, der über Jahrhunderte gewachsen war. Wie sich später zeigte, waren ja auch die Alternativen illusionär. Der angeblich so sehr gewollte gemeinsame Staat der Tschechen und Slowaken hielt nicht sonderlich lange und wäre ohne hegemonialen Druck aus Moskau wahrscheinlich schon viel früher zerfallen. Gleiches gilt für das angebliche Völkerparadies der Südslawen. Gut zehn Jahre nach seiner Gründung sicherte nur eine Königsdiktatur sein Überleben, und nach dem Krieg war es der Versuch des ehemaligen k.u.k. Soldaten Josip Broz, durch eine Volksdemokratie die nationalen Spannungen zu unterdrücken, bis diese ab 1991 dann zu einem noch heftigeren Ausbruch führten.

Die k.u.k. Monarchie war keineswegs unreformierbar. Reformen scheiterten einfach an der Altersstarrsinnigkeit des betagten Monarchen. Egal welches der zahlreichen Konzepte, ob von Thomas Masaryk oder Karl Renner, Ignaz Seipel oder Otto Bauer, Aurel Popovici oder Wenzel Frind, Kronprinz Rudolf oder Erzherzog Franz Ferdinand, sie alle zielten auf eine Föderalisierung ab, verbunden mit einer weitgehenden kulturellen Autonomie. Der Erste Weltkrieg legte all das auf Eis, und als der Krieg zu Ende war, gab es nichts mehr, was man hätte reformieren können. Kulturell hatte sich die Einigung des Donauraums längst vollzogen. Schauspieler waren durchwegs mehrsprachig. Selbst nationale Künstler hatten kaum jene Berührungängste, die von Politikern immer wieder herbeigeredet wurden. Für Léhar Ferenc war es eine vollkom-

mene Selbstverständlichkeit seinen bis dato größten Erfolg „Die lustige Witwe“ in Wien uraufführen zu lassen, wo damals der später selbst äußerst erfolgreiche Komponist Robert Stolz musikalischer Leiter war. Andererseits gab es kaum einen deutschsprachigen Jungschauspieler, der es sich leisten konnte, nicht die berühmte „Tour durch die Provinz“ zu unternehmen. Hatte man ein Jahr in Karlsbad, Teplitz-Schönau oder Temesvár „überlebt“, so war man reif für größere Aufgaben, dann winkte vielleicht ein Engagement an der Wiener Josefstadt, dem Hoftheater, einem großen Theater in Budapest oder Prag oder sogar am Deutschen Theater in Berlin.

Ein weiteres Beispiel war der junge Regisseur Mihály Kertesz. Er hatte kein Problem in den 1910er Jahren ein Angebot des Alexander Graf Kolowrat anzunehmen und in den Dienst der Wiener Sascha-Film zu treten, von wo aus er den Sprung nach Hollywood schaffte und als Michael Curtiz zur Regielegende wurde. Gerade im Kulturellen funktionierte der Gesamtstaat trotz oder vielleicht sogar wegen der Mehrsprachigkeit ausgezeichnet. Er ließ sich auch nicht vom Ersten Weltkrieg zerstören, sondern lebte in der Zwischenkriegszeit einfach weiter. Erst der Nationalsozialismus mit seinem Rassenwahn vertrieb und ermordete mit den Juden auch eine wesentliche Basis der mitteleuropäischen Kultur.

War also alles nur Propaganda? Bei genauer Betrachtung der Akten zeigt sich ziemlich deutlich, dass die Habsburgmonarchie zwar angeschlagen, der Staat aber sicher nicht instabiler als zahlreiche andere war. Die Probleme, mit denen Russland zu kämpfen hatte, waren da schon ein ganz anderes Kaliber. Letztendlich war sicherlich der unter Franz Joseph entstandene Reformstau verbunden mit dem unnötigen Ersten Weltkrieg die Hauptursache für den Untergang der Donaumonarchie, weil der Krieg die notwendigen Reformen zu lange hinauszögerte. Oder um auf die eingangs gestellte Frage einzugehen: Der Doppeladler beging eigentlich Selbstmord!

Zwei Zitate beschreiben diese Situation besonders eindrucksvoll: Das erste stammt von Bethlen István aus dem Jahre 1932: „The Austro-Hungarian

monarchy may have been badly organized; possibly some of the nations living on its territory lacked sufficient freedom or autonomy; the monarchy's leaders surely committed political mistakes; but, looked at from the angle of our present preoccupations, the Austro-Hungarian monarchy, in point of fact, was nothing but a political and economic Pan-Europe of the small nations of the Danube basin.“

Das zweite stammt von Erzherzog Franz Ferdinand, also jenem Mann, dessen Tod den Ersten Weltkrieg auslöste, einen Krieg, gegen den er selbst sich paradoxerweise Zeit seines Lebens massiv zur Wehr gesetzt hatte. Allen Versuchen des von ihm protegierten Generalstabschefs Conrad, ihn doch endlich für einen Präventivschlag gegen Serbien zu gewinnen, pflegte er entgegenzuhalten: „In Serbien gibt es nur Schafe und Zwetschkenbäume!“ Österreich-Ungarn hatte nach Meinung des Thronfolgers selbst ausreichend davon. Für ihn bedeutete Krieg gegen Serbien gleichzeitig Krieg gegen Russland, und dazu meinte der Erzherzog: „Wenn Österreich und Russland gegen einander in den Krieg ziehen, werden sich die Habsburger und die Romanows gegenseitig vom Thron schießen.“ Damit sollte der verhinderte Kaiser Franz II. leider Recht behalten!



Aktuelles

Vierter Netzwerktag an der AUB



Zahlreiche Studierende nahmen die Gelegenheit wahr und informierten sich über ihre Karrieremöglichkeiten bei den Ausstellern auf der Karrieremesse

Zum diesjährigen Andrássy-Netzwerktag konnten noch mehr Unternehmen und Institutionen an der AUB zur Karrieremesse begrüßt werden als in den vorangegangenen Jahren.

Zahlreiche Studierende und AbsolventInnen informierten sich an den Ständen über ihre Karrieremöglichkeiten und am Nachmittag besuchten Interessierte das netzwerkbildende Programm der Fakultäten, der Doktorschule sowie des Donau-Institutes der AUB. Während des Netzwerkabends sorgten die Sixtones für den musikalischen Höhepunkt des Tages.

Am Donnerstag, dem 12. September 2013 begann der vierte Andrássy-Netzwerktag mit der Karrieremesse im Spiegelsaal der AUB, wo sich den Studierenden und AbsolventInnen 26 Unternehmen und Institutionen präsentierten. Die Messe wurde von Prof. Dr. András Masát, dem Rektor der AUB, eröffnet. Unter den Ausstellern waren namhafte Firmen wie ALDI, Aon Hewitt, Audi Hungaria, BP European Business Service Centre, Deutsche Lufthansa AG, MOL, SPAR oder auch Tata Consultancy Services vertreten.

Zur Messe eingeladen waren auch Studierende der Central European University (CEU).

Nach der Messe konnten Interessierte am Nachmittag das netzwerkbildende Programm der drei Fakultäten (Internationale Beziehungen, Mitteleuropäische Studien, Vergleichende Staats- und Rechts-

wissenschaften), der Doktorschule und des Donau-Institutes besuchen. Die wissenschaftlichen Einheiten der AUB stellten dabei ihr Profil mit der Präsentation von Master- und Forschungsarbeiten sowie Forschungsprojekten vor und ließen auch die Alumni zu Wort kommen, welche einen Einblick in die beruflichen Möglichkeiten nach dem Studium an der AUB gaben.

Der folgende Netzwerkabend im Spiegelsaal richtete sich an bereits bestehende Kontakte und PartnerInnen der AUB sowie an potentielle PartnerInnen. Im Laufe des Programms begrüßten Prof. Dr. Masát auf Deutsch und Ákos Domahidi, LL.M., Kanzler der AUB, auf Ungarisch die Gäste und bedankten sich für die bestehenden Kooperationen und die Zusammenarbeit, ferner warben sie für die Möglichkeit einer für beide Seiten gewinnbringenden Kooperation mit der AUB. Das anschließende Konzert der a capella Band Sixtones stimmte das Publikum auf den Empfang ein, bei dem sich die Gäste und Angehörigen der AUB austauschen sowie ihr Netzwerk pflegen und erweitern konnten.



Die Sixtones sorgten a capella für einen gelungenen musikalischen Einstieg in den Netzwerkabend

Feierliche Eröffnung des 12. Studienjahres und Diplomübergabe

Die Eröffnung des neuen Studienjahres an der AUB wurde, wie es Tradition ist, auch in diesem Jahr festlich begangen. Neue Studierende wurden begrüßt und die AbsolventInnen verabschiedet. Neben der Übergabe der Diplome an die frischen AbsolventInnen wurden im Rahmen der Veranstaltung auch die Ehrensatorwürde an den österreichischen Botschafter in Ungarn sowie die Baden-Württemberg-STIPENDIEN und die Bestenpreise der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft an die Studierenden verliehen.

Am Freitagmorgen, dem 13. September 2013 wurden die Eröffnung des Studienjahres und die Diplomübergabe im Spiegelsaal der AUB gefeiert. Neben den Ehrengästen waren zahlreiche Studierende erschienen, um die Eröffnung des Studienjahres 2013/14 feierlich zu begehen. Die AbsolventInnen nahmen an diesem Ereignis, zumeist auch nebst Angehörigen, in ganz besonders festlicher Stimmung teil.

Der Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát, betrat den Saal gemeinsam mit der Delegation der Ehrengäste zu Beginn der Veranstaltung hinter der Flagge der AUB. Im Anschluss ertönte die ungarische Nationalhymne.

Der Rektor hielt folgend seine Eröffnungsrede zum neuen Studienjahr und wünschte einen dynamischen



Der Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát wünschte einen dynamischen Start in das neue Studienjahr.

Start. *„Es ist wieder September und im Gegensatz zu den in der schöngeistigen Literatur oft erfahrenen Schwermut und Herbstgefühlen, geht es bei uns um einen dynamischen Start, um einen erneuten Aufbruch, um eine neue Etappe in unserem Leben.“* Er unterstrich in seiner Rede die Aufnahme der AUB in das nationale Exzellenzprogramm und gab einen Rückblick auf das vergangene Studienjahr, indem er über die Erfolge der Universität und ihrer Angehörigen, bedeutende Veranstaltungen, neue und abgeschlossene Projekte sowie frische

Kooperationsvereinbarungen berichtete.

Anschließend führte Prof. Dr. Stefan Okruch, Prorektor der AUB, durch das Programm der mittlerweile zwölften Studienjahreseröffnung an der AUB.

Der Vorsitzende der Studierendenschaft, Benjamin Peter, begrüßte die neuen Studierenden und verabschiedete die AbsolventInnen. Er sprach über die Prägung, welche die frischen Alumni während ihrer Zeit an der AUB erhalten haben und über den Geist der Universität, der in ihnen weiterleben sollte: *„Liebe Absolventinnen und Absolventen, eure aktive Zeit an der AUB geht mit dem heutigen Tag dem Ende zu. Die Jahre, die ihr an der Andrassy Universität verbracht habt, haben euch geprägt. Ihr habt in dieser einmaligen internationalen Atmosphäre studiert und euch mit Studenten aus aller Herren Länder ausgetauscht.“*

Die Vorsitzende des Alumni-Vereins, Zsófia Sánta, begrüßte ebenfalls die neuen Studierenden und wünschte ihnen eine gute Zeit an der AUB. Des Weiteren beglückwünschte sie die neuen AbsolventInnen und lud diese ein, Mitglied im Alumni-Verein der AUB zu werden. *„Als Mitglied des Alumni-Vereins könnt ihr Erfahrungen und Wissen austauschen und neue Kontakte knüpfen. Ich würde mich freuen, wenn ihr uns auf Dauer verbunden bleibt – in*



Der Prorektor der AUB, Prof. Dr. Stefan Okruch führte durch das vielfältige Programm

Budapest und in der ganzen Welt.“

Folgend wurde dem Botschafter der Republik Österreich in Ungarn, Dr. Michael Zimmermann, für seine Verdienste im Hinblick auf die AUB die Würde des Ehrensenators durch den Rektor verliehen. Zimmermann erwähnte in seiner anschließenden Festrede seine Verbundenheit mit der Universität. Er lobte die Arbeit an der AUB und richtete seinen Dank an alle Universitätsangehörigen. Die an der AUB praktizierte persönliche Kommunikation zwischen allen ihren Angehörigen, sei für ihn ein besonderes Merkmal dieser Universität, welche – zusammen mit der deutschen Sprache – eine Schlüsselrolle im mitteleuropäischen Raum einnehme. Mit dieser Ausrichtung seien zugleich deutsche Begriffe, Konzepte und Inhalte verbunden. Weiterhin hob Zimmermann die Förderung der AUB durch Österreich hervor. *„Als Österreicher in Ungarn werde ich immer wieder auf die lange gemeinsame Vergangenheit angesprochen. Ich freue mich darüber, weise aber dann doch darauf hin, dass wir eine noch wesentlich wichtigere Gemeinsamkeit haben – die Zukunft im vereinten Europa. Die Andrássy Universität erfüllt dabei eine wichtige Aufgabe.“* – betonte der Botschafter.

Neben dem österreichischen Botschafter waren BotschafterInnen bzw. Gesandte aus Deutschland, Kroatien, Polen, der Schweiz und der Slowakei



Der Rektor überreichte Dr. Michael Zimmermann, österreichischer Botschafter in Ungarn (links) die Urkunde zur Verleihung der Ehrensenatorwürde

anwesend. Zu den prominenten Gästen aus dem Bildungswesen zählten die Rektorin der Wirtschaftshochschule Budapest, der Rektor der Reformierten Gáspár-Károli-Universität, die Direktorin der Europaschule und der Direktor der Österreichischen Schule Budapest. Anschließend wurden die Urkunden an die sechs Baden-Württemberg-StipendiatInnen durch Minister a. D. Prof. Dr. Peter Frankenberg verliehen. Die Urkunden für das Baden-Württemberg-STIPENDIUM erhielten direkt vor Ort Azra Avdagic, Ferenc Demendi sowie Theodor Lungstras.

Klaus Rettel, der Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft Berlin (DUG), vergab dann die DUG-Bestenpreise. In seiner vorangehenden Rede rief er die Studierenden dazu auf, sich ihre Neugier zu bewahren, mit der sie jetzt ihr Studium an der AUB beginnen würden.

Die Preisträgerinnen des Karl-Rath-Preises 2013 für ihre Abschlussarbeiten waren Hella Troszt, Brigitta Lengyel sowie Dr. Judit Tömör. Den Preis als jahrgangsbester Absolvent erhielt Jonathan Meissner (Mitteleuropäische Geschichte). Máté Halász (International Economy and Business) wurde der Studienpreis der DUG verliehen.

Weitergehend erhielten die AbsolventInnen ihre Diplome, die ihnen vom Rektor und von den jeweiligen Dekanen der Fakultäten, Dr. Pohl für die Fakultät Internationale Beziehungen, Prof. Dr. Kastner für die Fakultät Mitteleuropäische Studien sowie Prof. Dr. Hansen für die Fakultät Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften, überreicht wurden.

Schließlich beglückwünschte auch Prorektor Prof. Okruch die AbsolventInnen und zum Abschluss der Veranstaltung erklang die Europahymne.



Stolz auf das Erreichte - die neuen Absolventinnen und Absolventen

10. Andrássy-Ball

Bevor ein weiteres akademisches Jahr an der AUB beginnen sollte, wurde am Freitag, dem 13. September 2013 zum 10. Andrássy-Ball eingeladen. In den Festsälen der AUB kamen Studierende, Alumni, DozentInnen, MitarbeiterInnen, VertreterInnen des diplomatischen Corps sowie Verwandte und Freunde zusammen.

Im Anschluss an einen Empfang – untermalt von der Kammermusik der Andrássy-Studentin Boglárka Bajnok und ihrer Schwester – wurden die Gäste in das Programm des abwechslungsreichen Abends eingeführt. Nach den Worten der Kommilitonin Simone Blunck, die beim Ball die ehrenvolle Aufgabe hatte, die Anwesenden durch das Programm zu führen, sollte auch das Studienjahr 2013/14 so abwechslungsreich werden wie dieser Abend. Bei einem großen Bankett stillten die Gäste zunächst einmal ihren Hunger, im Anschluss daran wurde die Tanzfläche frei gegeben und sie konnten die Beine zunächst zum Rock ‚n‘ Roll der Gerappa Party Band schwingen. Im weiteren Verlauf des Abends fand neben einer Tombola auch in diesem Jahr



Die Studierenden der AUB tanzten in das neue Studienjahr

die Krönung des Ballkönigs und seiner Königin statt. Mit den AbsolventInnen Jakob Devcic und Katalin Györy war die Wahl entschieden und so konnte die Feier noch bis spät in die Nacht bei Musik, aufgelegt von dem DJ und AUB-Absolventen Nicolas Bieri, und Tanz im Spiegelsaal des Festetics Palastes fortgesetzt werden.

Zu guter Letzt möchte die Studierendenschaft, die wie jedes Jahr diesen Ball eigenständig vorbereitet und durchgeführt hat, der Universität und allen Unterstützern, aber natürlich auch den Gästen für den gelungenen Abend danken.

Qualitätssicherungssystem der AUB erfolgreich akkreditiert

Die Akkreditierungskommission der Evaluationsagentur Baden-Württemberg (evalag) hat in ihrer Sitzung vom 20. September 2013 eine positive Entscheidung im Hinblick auf das Qualitätssicherungssystem in Studium und Lehre an der AUB getroffen. Damit ist die AUB die erste ausländische Universität, die in Anlehnung an die deutschen Regeln und Kriterien positiv begutachtet wurde.

Nach erfolgreicher Begutachtung des internen Qualitätsmanagement-Systems wurde die Universität bis zum 30. September 2019 akkreditiert. Die AUB erhielt damit das evalag-Siegel.

Mit ihrem Qualitätsmanagement-System sorgt die AUB für beste Studien- und Lehrbedingungen. Durch die Akkreditierung wird der Universität nun offiziell bescheinigt, dass ihr Qualitätsmanagement-System dazu geeignet ist, das hohe Niveau der Stu-

diengänge jederzeit zu sichern und die Studienangebote zielgerichtet weiterzuentwickeln.

Die AUB ist die einzige vollständig deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraums und bietet ein innovatives Profil für Internationalität am Wissenschaftsstandort Budapest. Neben der Förderung von Deutsch als Wissenschaftssprache setzt sich die AUB besonders die Stärkung der Zusammenarbeit unter den Donau-Staaten, die Ausbildung von Europa-Experten sowie die Interdisziplinarität in Lehre und Forschung zum Ziel. Die Universität zielt weiterhin auf eine Verbindung von Wissen-

schaftlichkeit und Marktorientierung in wettbewerbsfähigen Studienangeboten für hochqualifizierte und kompetente Studienbewerber. Zum Angebot der AUB zählen Master- bzw. Aufbaustudiengänge sowie ein Ph.D.-Programm in den Bereichen Geschichte, Politik, Recht und Wirtschaft.



AUB ist University of National Excellence

Am 5. September 2013 gab das Ungarische Ministerium für Humanressourcen, vertreten durch Prof. Dr. István Klinghammer, Staatssekretär für Hochschulbildung, bekannt, dass die AUB den Titel der „University of National Excellence“ erhält.

Neben der AUB wurde der Titel, mit dem ebenso eine finanzielle Unterstützung verbunden ist, auch der Moholy-Nagy-Universität für Kunsthandwerk und Gestaltung (MOME) als herausragender Institution verliehen. Außer der AUB und der MOME erhielten ungarweit bereits die Universität Debrecen, die Eötvös Loránd Universität Budapest, die Universität Szeged und die Katholische Péter-Pázmány-Universität diese Auszeichnung. Mit dem Titel

University
of National
Excellence



EMBERI ERŐFORRÁSOK
MINISZTERIUMA

wurden die exzellente Forschungsarbeit und die Brückenfunktion der AUB gewürdigt und anerkannt.

wurden die exzellente Forschungsarbeit und die Brückenfunktion der AUB gewürdigt und anerkannt.

Im Fokus

Die Schriftenreihe der AUB im Nomos Verlag „Andrássy Studien zur Europaforschung“

Seit Anfang 2013 erscheint im Nomos Verlag (Baden-Baden) die Schriftenreihe der AUB „Andrássy Studien zur Europaforschung“. Die Reihe dokumentiert Forschungsleistungen der AUB im Bereich der europäischen Integration, der Transformationsprozesse der Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der Rückwirkung dieser Prozesse auf die Europäische Union. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die politische, rechtliche und ökonomische Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Geschichte und Kultur dieser Staaten, einschließlich der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit. Daneben gilt ein besonderes Interesse den auf die Entwicklung der Region Mittel- und Osteuropas gerichteten Strategien (wie die Donauraumstrategie der Europäischen Union) und den Beziehungen zu den Nachbarstaaten der Europäischen Union im Osten und auf dem Balkan.

Das Profil der Schriftenreihe lässt sich damit in vier Schwerpunktbereiche zusammenfassen, die in der Schriftenreihe in vorwiegend interdisziplinären Studien behandelt werden:

- 1) Integrationsprozesse in der Europäischen Union,
- 2) Qualität der neuen Demokratien und Marktwirtschaften in Mittel- und Osteuropa,
- 3) Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Mittel- und Osteuropa und ihrer Wirkung auf die Entwicklung der Demokratie,
- 4) Identitäten: Kulturen und Minderheiten im Donauraum.

Die interdisziplinäre Ausrichtung der Schriftenreihe wird mit einem Blick auf die Herausgeberschaft deutlich: Mit Prof. Dr. Ellen Bos, Prof. Dr. Martina Eckardt, Prof. Dr. Hendrik Hansen, Prof. Dr. Georg Kastner, Prof. Dr. András Masát und Dr. David R. Wenger, LL.M. sind alle Fakultäten und Fachbereiche der AUB unter den Herausgebern vertreten.

In der Schriftenreihe werden zum einen Ergebnisse wissenschaftlicher Tagungen an der AUB publiziert, zum anderen Dissertationen von Doktoranden der AUB, die mindestens mit „magna cum laude“ bewertet wurden. Darüber hinaus finden sich in der Reihe auch Forschungsarbeiten von Wissenschaft-

lern der AUB oder ihrer Partnerinstitutionen, die in den inhaltlichen Schwerpunkt der Reihe passen.

Der erste Band der Schriftenreihe, „Der Donauraum in Europa“, erschien anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Andrássy Universität Budapest und dokumentiert die Beiträge der internationalen und interdisziplinären Konferenz, die anlässlich dieses Jubiläums veranstaltet wurde. Weiterhin finden sich in diesem Band Studien aus den Forschungsbereichen der Fakultäten der AUB, z. B. über die Donauraumstrategie als europäisches Mehrebenenprojekt (Ellen Bos) oder über die Einbürgerung ethnischer Ungarn aus rechtshistorischer Perspektive (Dóra Frey).

Neben dem ersten Band sind insbesondere auch die Bände IV und VIII interdisziplinär ausgerichtet. Der vierte Band unter dem Titel „Schuldenregeln als goldener Weg zur Haushaltskonsolidierung in der EU?“, herausgegeben von Martina Eckardt und Zoltán Tibor Pállinger, zielt auf eine Bestandsaufnahme des Instrumentariums zu Schuldenregeln sowie auf eine Bewertung dieses Instrumentariums hinsichtlich seines

Potenzials zur Lösung der Euro- und Schuldenkrise. Band VIII, herausgegeben von Eniko Dácz, vereinigt unter dem Titel „Minderheitenfragen in Ungarn und in den Nachbarländern im 20. und 21. Jahrhundert“, die Beiträge der gleichnamigen Tagung, die am 21. und 22. Februar 2013 an der AUB stattfand. Der erste Teil dieses Bandes widmet sich rechtlichen Fragen, im zweiten Teil wird eine historische Perspektive eingenommen, um dann im dritten Teil des Bandes auf Minderheitenfragen in der Gegenwart einzugehen. Abgesehen von den genannten interdisziplinär ausgerichteten Bänden, finden sich in der Schriftenreihe auch Bände, die stärker aus einer disziplinären Perspektive argumentieren: Dazu gehört bspw. Band V „Gesundheitstourismus in Europa. Eine empirische Transaktionskosten-Analyse“ (Andreas Klar), der im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft angesiedelt ist. Die Rechtswissenschaft ist in Band III „Die Binnenordnung der GmbH und die Freiräume für ihre privat-autonome Ausgestaltung im deutschen, ungarischen und rumänischen Recht“ (Gabriella Dobrin) sowie in Band V „Das Gesamtsystem der Mängelrechte des Käufers nach neuem deutschen und russischen Recht“



Das Cover des ersten Bandes der Schriftenreihe

(Elena Hansson) vertreten. Kálmán Póczas Untersuchung „Parlamentarismus und politische Repräsentation. Carl Schmitt kontextualisiert“ (Band IX) analysiert aus politikwissenschaftlicher Perspektive die Parlamentarismuskritik Carl Schmitts. Ziel ist dabei einerseits, deren ideengeschichtliche Quellen zu identifizieren, andererseits die Ursachen für die heute verbreitete Parteien- und Parlamentsverdrossenheit besser zu verstehen.

Für 2014 ist das Erscheinen folgender Bände der „Andrássy Studien zur Europaforschung“ geplant:

- Melani Barlai / Christina Griessler / Richard Lein (Hrsg.): Südtirol. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft.
- Ellen Bos (Hrsg.): Konservatismus im 21. Jahrhundert. Liebe zu alten Lastern oder Angst vor neuen Fehlern?
- Ellen Bos / Kálmán Pócza (Hrsg.): Rechtssysteme im Donauraum: Vernetzung und Transfer.
- Ellen Bos / Kálmán Pócza (Hrsg.): Verfassunggebung in konsolidierten Demokratien: Verfall oder Neubeginn eines Systems.
- Zoltán Tibor Pállinger (Hrsg.): Das Konzept des (Staats-)Bürgers.
- Barbara Zehnpfennig / Hendrik Hansen (Hrsg.): Die Prägung von Mentalität und politischem Denken durch die Erfahrung totalitärer Herrschaft.

Nach Auskunft des Nomos Verlags zählen die Andrássy Studien zur Europaforschung zu den besonders dynamischen Reihen des Verlags: Fünf Bände sind im letzten Jahr erschienen, vier weitere erscheinen in Kürze und im Jahr 2014 werden noch weitere Bände erwartet. In kurzer Zeit ist es gelungen, dem Forschungsprofil der Andrássy Universität mit der Reihe eine größere Sichtbarkeit zu verschaffen. So bleibt zu hoffen, dass die Bände bald in zahlreichen Universitätsbibliotheken im deutschsprachigen Raum verfügbar sind und auch zur Bekanntheit der Universität beitragen.

*Hendrik Hansen
Tim Kraski*

Schriftenreihe „Mitteleuropäische Studien“

Die Fakultät für Mitteleuropäische Studien der AUB versucht die Studierenden frühzeitig in unterschiedlichen Forschungstätigkeiten einzubinden. Die begabten Nachwuchskräfte werden an wissenschaftlichen Konferenzen der Fakultät als ReferentInnen

eingesetzt oder werden bei Veröffentlichungen ihrer Forschungsaktivitäten unterstützt. 2007 wurde daher die **Schriftenreihe „Mitteleuropäische Studien“** gegründet, die diesen Forschungsaktivitäten von Lehrenden und Studierenden eine geeignete Pu-

blikationsplattform geben soll. Die Bände der Schriftenreihe erscheinen im Gabriele Schäfer Verlag unter der Herausgeberschaft von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder, Prof. Dr. Georg Kastner und Univ.-Prof. Dr. Arnold Suppan.

In den ersten fünf Jahren erschienen die folgenden Bände:

Band I

Jochen A. Fühner: **Kaiser Maximilian I. und die Juden in den österreichischen Erblanden**, Herne 2007

Einen Auftakt fand die Schriftenreihe mit der 2007 verlegten Studie Jochen A. Fühners, der nach seinem in Heidelberg erworbenen Doktorat eine postgraduale Weiterbildung an der Fakultät für Mitteleuropäische Studien anstrebte. Fühner setzte sich in seiner analytischen, auf Quellen fundierten Arbeit mit der Politik Kaiser Maximilians I. gegenüber den Juden in den Erblanden auseinander, wobei er einen Überblick über die Geschichte der Juden in Österreich vom 9. Jahrhundert bis zu ihrer Vertreibung 1420/21 aus Österreich im Zuge der Hussitenkriege unter Albrecht V. gab.

Band II

Henriett Kovács: **Die Friedensbewegung in Österreich-Ungarn an der Wende zum 20. Jahrhundert**, Herne 2008

Die Autorin, ehemalige Studentin der AUB, die mittlerweile den Dokortitel an der ELTE erwarb, thematisiert die pazifistischen Tendenzen der Monarchie im 19. bis 20. Jahrhundert und greift auf die Geschichte der organisierten Friedensbewegung und der interparlamentarischen Bewegung um die Jahrhundertwende zurück. Die Arbeit stützt sich auf zeitgenössische Aussagen, Korrespondenzen, Erinnerungen und Schriften der Hauptakteure, wie Bertha von Suttner und Mór Jókai.

Band III

Marc Stefan Peters: **KONSTRUIERT KOMPROMITTERT MUSEALISIERT. Altösterreich und Preußen. Ein historisch-kulturanthropologischer Vergleich**, Herne 2009



Das Cover des jüngsten Bandes der Schriftenreihe

Im dritten Band der Schriftenreihe wurde die Diplomarbeit von Marc Stefan Peters präsentiert, der nach seinen Studien an der AUB als Projektmitarbeiter bzw. als Gastdozent an der Fakultät tätig war. In der von Dieter A. Binder und Andreas Oplatka betreuten Diplomarbeit wurde angestrebt, in Essayform die Gegenüberstellung staatlicher Profile und politischer Vermächtnisse in Preußen und in „Altösterreich“ zu veranschaulichen. Peters versucht mit der vorliegenden Studie die durch die Rivalität zwischen Hohenzollern und Habsburg-Lothringen geprägten innerdeutschen Diskussionen und Auseinandersetzungen bzw. deren Auswirkungen für den mitteleuropäischen Raum zu klären.

Band IV

Georg Hoffmann, Nicole-Melanie Goll, Philipp Lesiak: **Thalerhof 1914-1936. Die Geschichte eines vergessenen Lagers und seiner Opfer**, Herne 2010

Die vorliegende Studie „Thalerhof“ thematisiert die Geschichte eines Lagers, das von der k.u.k. Monarchie zur Verwahrung eigener Staatsbürger errichtet worden war. Während in der Ukrai-

ne als „Talergof“ zu einer schaurigen Legende wurde, geriet dieser Ort in Österreich gänzlich in Vergessenheit. Doch sind in der Erinnerung der Angehörigen die Opfer des Interniertenlagers Thalerhof, die vorwiegend aus der heutigen Ukraine stammten, die Geschehnisse nach wie vor vorhanden. Das Buch stellte die erste umfassende wissenschaftliche Beschäftigung mit dieser Thematik im österreichischen Raum dar und war das Ergebnis eines 2008 durch das Österreichische Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport in Auftrag gegebenen Forschungsprojekts. Die Autoren, unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder dokumentierten dabei nicht nur die Vorgänge im Lager Thalerhof, sondern nannten auch erstmals die Namen und die genaue Anzahl der bisher unbekanntem Opfer und klärten den Verbleib ihrer sterblichen Überreste.

Band V

Christopher Walsch (Hrsg.): **Einhundertfünfzig Jahre Rückständigkeit? Wirtschaft und Wohlstand in Mitteleuropa von 1867 bis zur Gegenwart**, Herne 2013

An der AUB fand im Frühjahr 2012 die internationale Tagung und der Doktoranden-Workshop „Wirtschaft und Wohlstand in Mitteleuropa im Vergleich. 1867 bis zur Gegenwart“ statt. Die besten Beiträge beider Veranstaltungen fanden nun Eingang in den vorliegenden, etwa 300 Seiten starken Tagungsband. Die Aufsätze der Autoren spannten einen Bogen von der Einkommens- und Vermögenslage der ungarischen Aristokratie über die Lebensstandardpolitik der Kádár-Ära bis zu den Schwierigkeiten der Transformation in Zentraleuropa in den 1990er Jahren und dem ungeliebten ungarischen Kapitalismus der Gegenwart.

Zsuzsanna Tormássy

Forschung und Tagungen

Wettbewerbsfähigkeit und Bildung

Thema der Ringvorlesung im Wintersemester

Wie wettbewerbsfähig muss Bildung sein? Und wie wichtig ist Bildung für die Wettbewerbsfähigkeit?

Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigten sich die Referenten im Rahmen der Ringvorlesung zum Thema „Wettbewerbsfähigkeit und Bildung“, die im Wintersemester 2013/14 gemeinsam von der Fakultät für Internationale Beziehungen und dem Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung organisiert wurde. Die inhaltliche Federführung lag bei Prof. Dr. Stefan Okruch, weiterhin waren Frau Prof. Dr. Martina Eckardt und Frau Janina Apostolou beteiligt.

Eingeleitet wurde die Veranstaltungsreihe von Dr. Andreas Weber, dem Leiter der Abteilung Bildung der Baden-Württemberg Stiftung. In seinem Vortrag beschäftigte er sich mit der Frage: „Stiftungen: Förderer von Bildung und Innovation – Akteure des Wettbewerbs?“ Dabei beschrieb er, welche Position die Stiftungen in dem weiten Spannungsfeld zwischen Wettbewerb, Bildung und Innovation einnehmen. Herr Weber erklärte, dass Stiftungen neben bestimmten „manifesten Funktionen“ wie der Förderung von For-

schung auch „latente Funktionen“ wie die Vermarktung des Stifternamens oder die Förderung bestimmter Projektvorhaben wahrnehmen. Er wies darauf hin, dass Stiftungen sich nicht nur in privat und öffentlich aufteilen lassen, sondern es auch Rechtsformen mit einem Mischcharakter gibt, die jeweils über verschiedene Handlungsspiel- und Aufsichtsfreiräume in ihrer operativen Tätigkeit verfügen. Dadurch stehen auch Stiftungen in einer wettbewerblichen Beziehung zueinander. Dies unterstrich Herr Weber auch ganz explizit, indem er darlegte, dass ein wichtiges Ziel der Baden-Württemberg Stiftung die Vermarktung des Landes Baden-Württemberg als innovativer Wirtschaftsstandort sei.

Im zweiten Vortrag sprach Prof. Dr. Dr. Godehard Ruppert, Präsident der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, zu dem Thema: „Wie leitet man eine Universität? Oder: Die Grundlagen der universitären Nautik“. Herr Ruppert ist seit April des Jahres 2000 Präsident der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und hat damit in Deutschland die zweitlängste Amtszeit als Präsident an einer deutschen Universität. Seine lang-



jährigen Erfahrungen in der Leitung einer Universität teilte er mit den Zuhörern, indem er seine vier persönlichen Regeln zur erfolgreichen Leitung einer Universität preisgab. Demnach sollte eine feste Machtkonstellationen vermieden, unaufdringlich gehandelt und geleitet werden, und es müssten „Abblademöglichkeiten“ bereitgehalten und beharrlich gehandelt werden.

Dr. Jörg Dötsch, Oberassistent an der AUB, sprach im nächsten Vortrag der Reihe zu dem Thema: „Unternehmerisches Wissen und die Rolle der Hochschulen“. Er betonte, dass das Wissen eine wachsende Bedeutung für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Regionen, Staaten und Unternehmen erlange, und beschrieb, welche Position Universitäten dabei zukünftig einnehmen sollten. Dabei wurde bereits zu Beginn deutlich, dass Wissen und Wettbewerb in einer wechselseitigen Beziehung zueinander stehen. So sei Wissen nicht nur eine Voraussetzung für erfolgreiches unternehmerisches Handeln, sondern gemäß der Theorie von Hayeks das Resultat eines „Entdeckungsverfahrens“ im Wettbewerb. Herr Dötsch stellte abschließend heraus, dass Universitäten eine Schlüsselrolle für die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen und Unternehmen spielen und sie diese deshalb durch neue Ansätze auch aktiv ausfüllen sollten.

Im Rahmen der Ringvorlesung stellte sich das Roma-Fachkollegium an der AUB vor. Der Rektor des Fachkollegiums, István Antal, beschrieb die Rolle der Fachkollegien in Ungarn im Allgemeinen und die des Roma-Fachkollegiums im Besonderen. Fachkollegien zeichnen sich dadurch aus, dass sie Bildungseinrichtungen sowie Studentenwohnheime gleichzeitig unter einem Dach vereinen, und die Idee



Prof. Dr. Dr. Godehard Ruppert, Präsident der Universität Bamberg sprach über die Tiefen und Untiefen der universitären Nautik

verfolgen, besonders engagierten und leistungsstarken Studenten neben der Universität eine Plattform zur individuellen Weiterbildung und Förderung zu bieten. Das im Jahr 2011 gegründete Roma-Fachkollegium hat die Zielsetzung, die Chancengleichheit von Studierenden, die aus der Minderheit der Roma stammen, voranzutreiben und gleichzeitig deren Bekenntnis zu ihrer Identität im späteren Berufsleben zu wahren. Dazu werden die Studierenden des Roma-Fachkollegiums fachlich und finanziell gefördert.

Prof. Dr. Guido Heineck, Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Empirische Mikroökonomik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg trug in einer weiteren Veranstaltung zu dem Thema: „Wettbewerbsfähigkeit und Bildung – Empirische Ergebnisse aus dem Bildungspanel“ vor. In seinem Vortrag präsentierte er seine wissenschaftliche Sicht auf die eng verwobenen Themenbereiche Wettbewerbsfähigkeit und Bildung aus einer mikro-empirischen Perspektive. Seine



Dr. Jörg Dötsch von der AUB erhellte in seinem Vortrag die Rolle der Hochschulen im Wettbewerb

Präsentation gliederte er in drei Punkte. Erstens, seine persönliche Forschungsmotivation und der theoretische Rahmen seiner Arbeit. Zweitens, Bildung und Wettbewerbsfähigkeit auf der individuellen Ebene und drittens, eine

Ausführung zum nationalen Bildungspanel in Deutschland. Herr Heineck ist selbst in den Aufbau dieses Bildungspanels involviert. Das Ziel des Panels ist die Erhebung von Längsschnittdaten zu Kompetenzentwicklung, Bildungsprozess, Bildungsentscheidungen und Bildungsrenditen in formalen und informellen Kontexten über die gesamte Lebensspanne der Teilnehmer hinweg. Das Projekt spannt ein multi-lokales Netzwerk, das Bildungsexperten jeglicher Fachrichtung aus ganz Deutschland zusammenbringt.

Die Ringvorlesung wurde mit einem Vortrag von Thilo Klingebiel, dem Geschäftsstellenleiter des Weltverbands Deutscher Auslandsschulen e.V., abgeschlossen. Er stellte dar, warum Auslandsschulen so wichtig seien und wie sie von dem Verband unterstützt würden. Wesentliches Ziel des Verbands ist es, die zeitlichen, räumlichen, sozialen und sachlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Auslandsschulen zu überbrücken und damit den Schülern gleiche Chancen zu ermöglichen.



Prof. Dr. Guido Heineck berichtete den Gästen der Ringvorlesung über seine Ergebnisse aus der empirischen Forschung zum Thema

Macht – Medien – Mitteleuropa Dimensionen der Macht und mediales Spektakel Internationale Konferenz an der AUB

Bei der internationalen Konferenz „Macht – Medien – Mitteleuropa. Dimensionen der Macht und mediales

Spektakel“ stand die Interdisziplinarität im Vordergrund. Weit über die üblichen Zusammensetzungen der Geis-

teswissenschaften hinaus referierten bei dieser Tagung Kommunikationswissenschaftler ebenso wie Juristen,

Künstler und Medienschaffende. Organisiert und durchgeführt wurde die Konferenz, die am 19. und 20. September 2013 an der AUB stattfand, von DoktorandInnen der AUB (Timea Djerdj, Fabienne Gouverneur, Patrick Jajko und Tim Kraski). In diesem Zusammenhang veranstalteten die OrganisatorInnen zudem einen Doktorandenworkshop zum Tagungsthema, der am 18. September von Prof. Dr. Hansen geleitet wurde (siehe Kurznachrichten auf S. 58 dieser Ausgabe). Zu Beginn der Konferenz sprach Prof. Dr. Stefan Okruch, Prorektor der AUB, einleitende Worte, das erste Panel eröffnete dann Prof. Dr. József A. Tillmann (Moholy-Nagy-Universität Budapest) mit Erläuterungen zu ungarischen Maß- und Medienverhältnissen. Mittels des Zeitrads – ein Budapester Denkmal, gestaltet von János Herner – thematisierte er einige Wahrnehmungsprobleme von Zeit und Raum in Mitteleuropa und verwies auf die Zeitdimensionen der Macht. Im zweiten Vortrag des ersten Panels beschäftigte sich Dr. Enikő Dác (AUB) mit der Inhaltsanalyse von Regionalzeitungen aus Siebenbürgen/Transsylvanien in den Jahren 1900–1914. Hierbei wurde deutlich, dass sich Berichte über ethnische Konflikte im Kontext politischer Veränderungen häuften, wie zum Beispiel im Rahmen der Diskussionen um die Einführung eines neuen Schulgesetzes im Jahr 1907. Medien sind damit, so Dác, als wesentlicher Faktor bei der Konstruktion der ethnischen Konflikte zu betrachten. Das zweite Panel wurde von Kommunikationswissenschaftler Dr. Stefan Jarolimek (Friedrich-Schiller-Universität Jena) mit Ausblicken zu Medien und gesellschaftlichem Wandel in Mittel- und Osteuropa eingeleitet. Er fokussierte Medien als Systeme in der Transformationsforschung und betonte dabei den akteurs- und handlungsorientierten Ansatz. Medien dienen aus dieser Perspektive als Plattform, welche, vergleichbar mit Flugblättern in der Vergangenheit, nutzbar gemacht werden können. Björn Buß (Leuphana Universität Lüneburg) sprach im folgenden Vortrag ausgehend von empirischen Daten der „European Election Studies“ über Macht in Mitteleuropa und verdeutlichte die Zusammenhänge zwischen Medien und Politik.



Prof. Dr. Kırste, Universität Salzburg und vormals AUB bot mit seinem Vortrag einen rechtsphilosophischen Einstieg in das Thema

Magdalena Ploch (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) stellte den Wandel des polnischen TV-Senders Telewizja Polska vom Staatssender zum öffentlich-rechtlichen Medium dar. Die konfliktreiche Entwicklung und der steigende ökonomische Druck auf den Sender stellten, so Ploch, dessen Fortbestehen in Frage. Durch den Ansatz der „Media Governance“ könne ein neues Regulierungssystem im Kommunikationsbereich etabliert werden, welches gesellschaftliche Akteure mit einbeziehe. Judit Klein (AUB) kam im letzten Vortrag des Panels von der strukturellen auf die Akteursebene und zeigte das Arbeits- und Wirkungsfeld von Journalisten in Ungarn vor und nach 1989 auf. Eine wesentliche Konstante in diesem Umfeld sei, so Klein, die stete berufliche Unsicherheit der Journalisten.

Privat-Dozentin Dr. Heidemarie Uhl (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien) eröffnete das dritte Panel mit einer kulturwissenschaftlichen Fragestellung. Sie verwies dabei auf die Bedeutsamkeit der Medien bei der Konstruktion von Wirklichkeit und von Identitäten durch die Bereitstellung gemeinsam geteilten Wissens. Dániel Mikecz (Eötvös Loránd Universität Budapest) stellte im folgenden Vortrag am Beispiel des Hungerstreiks des ungarischen Ex-Premierministers Ferenc Gyurcsány einen Zusammenhang zwischen Literaturwissenschaft und Bewegungsforschung her. Astrid Otto (Freie Universität Berlin) präsentierte

Aspekte ihrer Forschungen zur medialen Inszenierung der DRR durch PR am Beispiel des Leipziger Messeamtes. Sie fokussierte dabei die Hintergründe und Akteure, welche das „konzeptionelle Management der Medieninhalte“ darlegten. In diesem Fall war das gesellschaftliche Teilsystem der Pressearbeit durch die selektive Weitergabe von Inhalten eng mit dem politischen System verbunden, so Otto. Mittels einer dokumentarischen Darstellung des ungarischen Staatswappens an öffentlichen Gebäuden verdeutlichte József Szolnoki (Ungarische Akademie der Künste, Budapest) das heraldische Oxymoron zwischen republikanischem Wappen und königlicher Krone. Das Wappen als solches diene als „Display der Macht“, aber durch zum Teil witterbedingtes Verblässen und Veränderungen würden weitere Bezüge offenbar.

Einen rechtsphilosophischen Einstieg in das vierte Panel bot Prof. Dr. Stephan Kırste (Universität Salzburg). Er betonte, dass sich die staatliche Macht in demokratischen Staaten aus den Freiheiten der Bürger rekonstruiere. Die Betrachtungen zu Medienvielfalt und -freiheit und deren Bedeutung für die öffentliche Ordnung lagen diesem Konzept zugrunde. Nina Kandler-Schmitt (AUB) widmete sich dem Aspekt von Macht durch Marktpräsenz und Marktanteil. Anhand historischer und aktueller Beispiele zeigte sie, wie die Wirtschaft die herrschende Macht beeinflusst. Pawel Polaczuk (Erlän-

disch-Masurische Universität Olsztyn) zeigte im abschließenden Vortrag des Panels mittels der theoretischen Grundlage „Powershift“ (Alvin Toffler) die Verbindung zwischen Wissen und Macht sowie Wandlungstendenzen anhand einiger Beispiele der jüngsten polnischen Medienspektakel auf. Während der Tagung wurde einerseits deutlich, dass sich Macht nicht nur in Gewalt und Herrschaft ausdrückt, andererseits, dass Medien immanent mit Macht verbunden sind. Die Tagung stellte Fragen nach kommunikativer Freiheit auf unterschiedlichen Ebenen und verdeutlichte, dass Freiheit eine der Dimensionen von Macht ist. In der Abschlussdiskussion wurde betont, dass insbesondere der Begriff der Macht von den verschiedenen Wissenschafts-

disziplinen unterschiedlich (und unterschiedlich deutlich) definiert wird. Außerdem wurde festgehalten, dass das verbindende Element zwischen „Macht“ und „Medien“ im Moment der Kommunikation zu finden sei. Auf der Tagung fand ein sehr anregender Austausch statt, der insbesondere durch die interdisziplinäre Vielfalt der beteiligten Wissenschaftler und die Tatsache, dass Praktiker aus Kunst und Medien anwesend waren, ermöglicht wurde. Zusammen mit dem Doktorandenworkshop vermochte die Tagung so, zentrale Aspekte des breiten Felds „Macht – Medien – Mitteleuropa“ zu beleuchten.

*Katharina Haberkorn
Tim Kraski*



Good Governance und gesellschaftliche Repräsentation Internationale Konferenz an der AUB und der Katholischen Péter-Pázmány-Universität

Fehlende Transparenz und zu wenig Bürgerbeteiligung werfen in Europa weite Teile der Gesellschaft den politischen Akteuren vor. Sie haben den Eindruck aus politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen zu sein. Das betrifft vor allem Entscheidungen, die auf der Ebene der EU getroffen werden. Welche Möglichkeiten gibt es, Bürger wieder stärker am politischen Diskurs zu beteiligen? Mit dieser Fragestellung befassten sich Wissenschaftler auf der internationalen Konferenz „Good Governance: Reforming Representation“ am 20. September 2013, die gemeinsam von der AUB und der Katholische Péter-Pázmány-Universität veranstaltet wurde. Das erste Panel zu den theoretischen Grundlagen, welches von Balázs Schanda (Katholische Péter-Pázmány-Universität) geleitet wurde, beschäftigte sich mit den theoretischen Grundfragen des modernen Repräsentationsverständnisses. Die ersten beiden Vortragenden, László Komáromi (Katholische Péter-Pázmány-Universität) und Zoltán Tibor Pállinger (AUB) widmeten sich aus unterschiedlicher Perspektive der Frage, wie die Qualität von repräsentativer Demokratie durch die Einführung direktdemokratischer Elemente gesteigert werden könnte.

Anschließend erörterte Máté Paksy (Katholische Péter-Pázmány-Universität) die Wandlung des Repräsentationsverständnisses im kanadischen Québec. Das neue Verständnis der Repräsentation verschiebe sich hier von der bloßen Abbildung der Sozialstruktur hin zu einem System, in welchem die Repräsentanten ihre Rolle verstärkt selber interpretieren.

Das Panel fand seinen Abschluss mit zwei Vorträgen, welche den Einfluss technologischer und sozialer Innovationen auf die Repräsentation untersuchten. Janina Apostolou (AUB) ging der Frage nach den Bestimmungsgründen der Verbreitung von Bürgerhaushalten nach, während Saskia Fritzsche (FÖV Speyer) die Möglichkeiten und Potenziale der E-Participation für die Belebung der demokratischen Debatte ausleuchtete.

Das zweite Panel unter dem Titel „Repräsentation spezieller Gruppen und Interessen“, welches von Zoltán Tibor Pállinger (AUB) geleitet wurde, startete mit einem Vortrag von Balázs Schanda (Katholische Péter-Pázmány-Universität), in welchem die Grenzen der Universalität des Wahlrechts thematisiert wurden. Schanda suchte Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Interessen von Kindern und Jugendlichen, die noch

nicht wahlberechtigt sind, im politischen Prozess repräsentiert werden könnten.

Mit dem Vortrag von János Zlinszky Jr. über die ersten Erfahrungen mit dem ungarischen Ombudsmann für Zukünftige Generationen wurde der erste Teil der Konferenz abgeschlossen. Zlinszky konnte aufzeigen, dass die Institutionalisierung des Ombudsmannes dazu beitragen konnte, das Element der Nachhaltigkeit in der Politik zu stärken. Christina Griessler, wissenschaftliche Mitarbeiterin der AUB, eröffnete den zweiten Teil mit einem Vortrag zur jüngsten Bürgerinitiative in Irland. Die Initiative besteht aus politisch interessierten Menschen, die sich für eine stärkere Einbeziehung von Bürgern in den politischen Diskurs einsetzen. Griessler erläuterte den Entstehungshintergrund der Initiative und ging darauf ein, welche Ergebnisse sie bisher erzielt hat.

Anschließend sprach Sergiu Constantin von der EURAC zum Thema der Vertretung von Minderheiten in Südtirol, wobei er zunächst einen Überblick über die besondere Situation der autonomen Region innerhalb Italiens gab. Danach legte Constantin dar, auf welche Weise in der Region sichergestellt wird, dass die deutsch-, ladinisch- und italienischsprachigen Bevölkerungs-

gruppen gleichberechtigt im politischen System vertreten sind.

Das dritte Panel zum grenzüberschreitenden Wahlrecht wurde von László Komáromi geleitet. Im ersten Vortrag sprach Marcel Szabó von der Péter-Pázmány-Universität darüber, welche Komplikationen sich durch mögliche multiple Staatsbürgerschaften über nationale Wahlen für die EU ergeben könnten.

Judit Beke-Martos der Eötvös Loránd Universität hielt einen Vortrag zum Thema der Bürgerrepräsentation in den USA. Sie ging dabei vor allem darauf ein, welche politischen und geschichtlichen Hintergründe zur Unabhängig-

keitserklärung geführt haben, sowie auf die Bedeutung der Unabhängigkeitserklärung für die Entwicklung der Demokratie in den Vereinigten Staaten. Als letzte Rednerin sprach Frau Prof. Bos von der AUB über das Wahlrecht ungarischer Staatsbürger, die außerhalb Ungarns leben. Die rund drei Millionen Angehörigen der ungarischen Minderheiten in Rumänien, Serbien, der Slowakei und der Ukraine können per Post abstimmen, während in Ungarn gemeldete, aber zeitweise im Ausland lebende Bürger ein ungarisches Konsulat aufsuchen müssen, um ihre Stimme abzugeben.

Auf der Konferenz wurden verschiede-

ne Wege skizziert, wie die Beteiligung von Bürgern im politischen Diskurs verstärkt werden kann. Es wurden aber auch Grenzen und mögliche Problemfelder aufgezeigt.



Nachhaltigkeitsstrategien in Europa Budapester Gespräche an der AUB

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Budapester Gespräche organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der AUB, dem Europa-Kolleg Hamburg, der Edmund-Siemers-Stiftung und der Budapester Wirtschaftshochschule (BGF) am 10. und 11. Oktober 2013 ein zweitägiges Expertengespräch. Im Rahmen dessen diskutierten deutsche und ungarische Experten der Politik-, Rechts-, Wirtschafts- und Naturwissenschaft Fragen der Nachhaltigkeit in Europa.

Der erste Tag der Budapester Gespräche fand im Spiegelsaal der AUB statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Prof. Dr. András Masát, Rektor der AUB, Frank Spengler, Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Prof. Dr. Wolf Schäfer, Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums des Europa-Kollegs Hamburg und emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Dr. András Rácz, stellv. Staatssekretär für Umwelt des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, hielt ein Grußwort. Prof. Dr. Hermann Held, Professor an der Universität Hamburg und Forscher des Potsdam-Institutes für Klimafolgenforschung, sowie Dr. Imre Biczó, Direktor des Institutes für Nationale Umweltfragen in Budapest, führten die Anwesenden in die Thematik ein.

Im weiteren Verlauf des Tages folgten



Expertinnen und Experten trafen sich zum Plenum im Spiegelsaal der AUB, um über Fragen der Nachhaltigkeit in Europa zu diskutieren

zwei Arbeitssitzungen, bei denen die Referenten verschiedene Unterthemen zu zwei übergeordneten Themen vorstellten, die anschließend von den Anwesenden diskutiert wurden. Prof. Dr. Rolf Hasse, Professor an der Universität Leipzig, führte die Teilnehmer in das Thema „Ökologische Nachhaltigkeit – eine ordnungspolitische Herausforderung“ ein und moderierte das erste Panel. Prof. Dr. Markus Kotzur, stellv. Direktor des Institutes für Internationale Angelegenheiten an der Universität Hamburg, analysierte die juristischen Aspekte der Nachhaltigkeit auf europä-

ischer Ebene, während Prof. Dr. Michael Bräuninger, Forschungsdirektor am Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), auf die Nachhaltigkeit der europäischen Energieversorgung einging.

Die zweite Sektion behandelte das Thema „Ökonomische Nachhaltigkeit – ihre Säulen Haushalts- und Regionalpolitik“. Moderiert wurde sie von Prof. Dr. Wolf Schäfer. Dr. Balázs Ferkelt, Prorektor der Wirtschaftshochschule Budapest, und Attila Gáspár, Forscher am „Institute for Public Policy Research“ in Budapest, nahmen gemein-

sam die Frage der Nachhaltigkeit von Konvergenz in der Europäischen Union unter die Lupe. Dr. Tamás Szemlér, Dekan an der Wirtschaftshochschule Budapest, betrachtete die Nachhaltigkeit des Integrationsprozesses mit Blick auf die mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union von 2007 und 2013. Anschließend übernahm Prof. Dr. Siegfried Franke, Professor an der AUB, die Moderation. Dr. Frank Gerlach, ehemals Mitarbeiter der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf, sprach über die Notwendigkeit von Struktur-reformen zur nachhaltigen Konsolidierung der staatlichen Haushalte in Europa. Dr. Margit Rác, Forscherin am Institut für Weltwirtschaft in Budapest, befasste sich mit den brennendsten Fragen der Eurozone und der Stabilität der gemeinsamen Währung.

Fortgesetzt wurde die Veranstaltung am Abend durch einen öffentlichen Vortrag von Prof. Dr. Bernd Guggenberger von der Lessing-Hochschule in Berlin. Nachdem der Referent von Prof. Dr. Stefan Okruch, dem Prorektor der AUB, und Frank Spengler, der auch die an den Vortrag anschließende Diskussionsrunde moderierte, begrüßt wurde, ging Prof. Dr. Guggenberger auf die Frage „Nachhaltigkeit – eine Illusion? Wie weit trägt das Konzept einer dauerhaften Entwicklung?“ ein.

Kommentiert wurde der Vortrag Prof. Dr. Guggenbergers im Anschluss von Prof. Dr. Gábor Náray-Szabó, dem Kovorsitzenden des Rates für Nachhaltige Entwicklung, und Prof. Dr. Hermann Held vom Zentrum für Erdsystem-

forschung der Universität Hamburg. Abschließend erhielt der Referent die Gelegenheit, auf einige Kritikpunkte einzugehen, was er auch gerne und ausführlich tat. Im Rahmen eines Empfangs hatten die Anwesenden dann die Möglichkeit, die Themen des Tages bei zu diskutieren.

Der zweite Tag des Expertengesprächs fand in den Räumlichkeiten der Wirtschaftshochschule Budapest (BGF) statt. Nachdem Dr. Balázs Ferkelt in Vertretung der Rektorin der Wirtschaftshochschule Budapest, Dr. Éva Sándor-Kriszt, die leider kurzfristig verhindert war, die Gäste begrüßt hatte, sprach Ferenc Hizó, stellv. Staatssekretär für Green-Economy, Klimapolitik und Öffentliche Dienstleistungen im Nationalen Entwicklungsministerium Ungarns, ein Grußwort.

Das dritte Panel der Veranstaltung behandelte die Frage der „Nachhaltigkeit der EU als Rechtsgemeinschaft“ und wurde moderiert von Dr. Attila Vincze LL.M. von der AUB. Erster Referent war Prof. Dr. Martin Seidel vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, der die Nachhaltigkeit der Rechtsordnungsentwicklung in der EU – vornehmlich im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion – behandelte.

Anschließend folgte der Vortrag von Prof. Dr. Imre Vörös von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Dr. Andrea Gyulai-Schmidt von der Katholischen Péter-Pázmány-Universität Budapest beleuchtete die Nach-

haltigkeitsstrategien im europäischen Vergaberecht.

Die abschließende Einheit der diesjährigen Budapester Gespräche blickte auf die Nachhaltigkeit der EU als politische Gemeinschaft. Prof. Dr. Rainer Tetzlaff von der Jacobs University Bremen stellte die Frage nach der Nachhaltigkeit demokratischer Errungenschaften im 21. Jahrhundert. Anschließend befasste sich Prof. Dr. Eckart Stratenschulte von der Europäischen Akademie Berlin mit der Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik der EU. Prof. Dr. Ellen Bos, Professorin an der AUB und Moderatorin des letzten Panels, schloss die Konferenz schließlich ab und äußerte die Hoffnung und das Ziel der Organisatoren, die Ergebnisse der diesjährigen Budapester Gespräche in einem Sammelband zu veröffentlichen.

András Mércz

Mark Alexander Friedrich



Die EU-Donauraumstrategie auf dem Prüfstand

Internationale Tagung an der AUB

Die Donauraumstrategie (EUSDR) wurde im Juni 2009 als zweite makroregionale Strategie der EU für den Donauraum ins Leben gerufen und am 24. Juni 2011 durch den Europäischen Rat angenommen. Die Erfahrungen und erreichten Ziele ebenso wie die bestehenden Defizite nach den ersten beiden Jahren der Umsetzung wurden im Rahmen einer Konferenz an der AUB vom 15.–17. Oktober 2013 unter dem Titel „Die EU-Donauraumstrategie auf dem Prüfstand: Erfahrungen und Per-

spektiven“ eingehend untersucht und Zukunftsperspektiven diskutiert.

Die Konferenz beschäftigte sich mit Fragen der Entstehung, Umsetzung und Zukunft der Donauraumstrategie bzw. mit makroregionalen EU-Strategien und regionaler Kooperation im Allgemeinen. Die Veranstaltung zog eine vorläufige Bilanz über das Projekt der EUSDR und wagte einen Ausblick auf ihre Zukunft sowie auf geplante neue makroregionale EU-Strategien. Die Fragen der Funktionalität der EUSDR



im Bereich der EU-Integration und der Effektivität bei der Governance waren ebenso Themen wie Fragen der Finanzierung von EUSDR-Aktivitäten, die Aufgaben und Koordinierung der Priority Areas sowie kritische Fragen betreffend des Mehrwerts der EUSDR

im Vergleich zu anderen regionalen Kooperationsinitiativen. Die Tagung wurde von Ellen Bos, Leiterin des Donau-Instituts und der Doktorschule der AUB, Christina Griessler, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei netPOL-Netzwerk Politische Kommunikation und am Donau-Institut, sowie Christopher Walsch, Senior Research Fellow an der AUB und Lektor an der Corvinus Universität Budapest, organisiert.

Der Rektor der AUB, András Masát, eröffnete die Konferenz und begrüßte die BesucherInnen und TeilnehmerInnen sowie die Sponsoren der Veranstaltung. Als ein Ziel der Konferenz nannte er das Zusammenbringen von ReferentInnen sowohl aus dem akademischen Bereich als auch dem praktischen Bereich und dem policy-Bereich, damit Erfahrungen ausgetauscht und neue Ideen gemeinsam entwickelt werden können. Die erste Keynote-Speech der Konferenz wurde gehalten von Balázs Medgyesy, dem ungarischen Regierungskommissar für die EUSDR. Medgyesy bedankte sich für die Einladung und erwähnte, dass das Donau-Institut an der AUB als ungarisches Projekt im Rahmen der EUSDR konzipiert wurde und von Anfang an in die ungarischen EUSDR-Aktivitäten eingebunden war. Er erachtete den gewählten Zeitpunkt für die Konferenz als richtig, um eine erste Bilanz im Hinblick auf die Donauraumstrategie zu ziehen, betonte allerdings aufgrund seiner Erfahrungen, dass die Strategie schon jetzt über die Erwartungen hinaus positive Resultate erzielt habe. Da die ersten Schritte in jüngster Vergangenheit getätigt worden seien, könne eine Evaluierung nur schwer durchgeführt werden. Grundsätzlich ist nach Ansicht Medgyesys festzuhalten, dass die Zusammenarbeit mit den Partnern von großer Bedeutung ist und die Donauraumstrategie dazu einen wertvollen Beitrag leistet. Das erste Panel der dreitägigen Konferenz trug den Titel „Grundlagen makroregionaler Strategien: Politische Zielsetzungen, Governance-Strukturen und Finanzierung“. Das erste von drei Referaten, das mit „Makroregionale Strategien als europäisches Mehrebenenprojekt“ betitelt war, hielt Ellen Bos. Dieser Überblicksvortrag handelte von makroregionalen Strategien als einem neuen Instrument der europäischen



Die erste Keynote-Speech der Konferenz wurde von Balázs Medgyesy, dem ungarischen Regierungskommissar für die EUSDR gehalten

Regionalpolitik und definierte, was unter einer Makroregion zu verstehen ist. Boglárka Koller (König Sigismund-Hochschule, Budapest) unterstrich in ihrem Vortrag „Entwicklung makroregionaler Strategien und die Zukunftsperspektiven der EU“ die massive Veränderung der Europäischen Union (EU) während der drei vergangenen Krisenjahre. Die letzte Referentin des ersten Konferenztages war Franziska Sielker von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Der Titel ihres Beitrages lautete „Governance der EU – Donauraumstrategie – Mehrwert und Herausforderungen der makroregionalen Kooperation“, wobei sie einen Schwerpunkt auf die Beurteilung der Akteure und deren Interessen legte.

Der zweite Tag der Konferenz begann mit einem Runden Tisch zum Thema „Warum fördert die EU die Entstehung und Umsetzung von makroregionalen Strategien in Europa?“ Die einleitenden Worte sprach die Moderatorin Christina Griessler. Sie betonte, dass es Ziel der Konferenz sei, – wie aus diesem Panel hervorgehe – Praxis und Theorie miteinander zu verbinden. Wolfgang Streitenberger, Berater des Generaldirektors der Generaldirektion für Regionalpolitik der Europäischen Kommission in Brüssel, hielt das Impulsreferat. Er ging auf die drei Gründe der Einführung makroregionaler Strategien ein. Nach den Erfahrungen von vier Jahren Ostseestrategie und zwei

Jahren Donauraumstrategie hätte man erkannt, dass eine stärkere Verankerung der Integration notwendig sei, ferner müsste eine bessere Koordination geschaffen und das Augenmerk darauf gelegt werden, dass regionale Entwicklungen nicht nur nach innen betrieben würden. Die Donauraumstrategie sollte auf höherer politischer Ebene intensiver eingebettet werden, und es müsste ebenso zu einer besseren Abstimmung der Budgets kommen. Nach dem Impulsreferat gab zuerst Edit Bátorfi, Abteilungsleiterin im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Ungarns, Nationale V4-Koordinatorin und Koordinatorin der Zentraleuropäischen Initiative für Ungarn, ihr Statement ab. Sie unterstrich, dass im Rahmen der Präsidentschaft der V4-Staaten und der Zentraleuropäischen Initiative die Ausarbeitung eines klaren Profils ein ganz wichtiges Anliegen sei. Neben Programmen, die u. a. zur Entwicklung der Infrastruktur, müssten auch Themen wie Nationalismus und Extremismus angesprochen werden. Stefanie Dühr, Professorin für Europäische Raumplanung an der Radboud University Nijmegen in den Niederlanden, beantwortete in ihrem Statement die zentrale Frage des Panels aus der Perspektive der Raumentwicklungspolitik. Sie sprach drei zentrale Punkte an: Koordination, territoriale Kohäsion und die Frage, warum dieser Maßstab für die Koordinierung angewendet wurde. Ellen Bos hob als zwei Aspekte des

Themas die Koordination der existierenden Programme bzw. eine bessere Nutzung der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten hervor. Bos ging dabei auf das Beispiel des von ihr geleiteten Donau-Instituts ein und unterstrich dabei, dass das Institut nicht nur wissenschaftlich tätig, sondern zugleich Teil der Donauroaumstrategie sei. Die Ausgangsfrage, der anschließenden regen Diskussion war, wer ein Koordinationsproblem habe? Das zweite Panel mit dem Titel „Vergleichende Perspektive: EU Strategie für die Ostseeregion (EUSBSR) und andere regionale Kooperationsinitiativen in der Ostseeregion“ befasste sich mit der 2009 verabschiedeten makroregionalen Strategie der Ostseeregion sowie mit anderen Kooperationsinitiativen, die bereits vor der Ostseestrategie bestanden haben, bzw. noch heute neben ihr bestehen. Paul Luif (Universität Wien) begann seinen Vortrag „Grundlagen: Nordische Zusammenarbeit“ mit einer Definition der Region, die gemeinhin als

dass die Kausalität zwischen der Strategie und den Entwicklungen nicht eindeutig erkennbar sei. Martin Koschkar (Universität Rotterdam) referierte über „Die EU-Strategie für den Ostseeraum – Eine Modellregion im Praxistest“. In seiner Präsentation ging Koschkar auf den Modellcharakter der Strategie, ihre Eingliederung in das EU-Mehrebenensystem sowie die Herausforderungen und Perspektiven ein, die sich für die Region aufgrund ihrer Homogenität und Spezifika ergeben. Die ReferentInnen des dritten Panels mit dem Titel „EU-Donauroaumstrategie: Aktivitäten, Finanzierung und Entwicklungen der Priority Areas“ berichteten am zweiten Tag der Konferenz von ihren Erfahrungen aus der Praxis. Das Panel wurde von Jörg Dötsch (AUB) moderiert. Der erste Sprecher Béla Kardón (Ministerium für Humanressourcen, Ungarn), auch Mitglied der PA7 Steering group im Rahmen der EUSDR, sprach zum Thema „Aktivitäten und Finanzierungsmöglichkeiten im Schwerpunkt-

Vortrag des dritten Panels wurde von Jörg Mirtl gehalten, der für Kulturkontakt Austria tätig ist, das organisatorisch dem österreichischen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) in Wien zugeordnet ist. Er sprach über „Bildungskoope-ration als Motor für Entwicklung, Wachstum und sozialen Zusammenhalt im Donauroaum“. Das vierte Panel, das die Wettbewerbsfähigkeit in der Region thematisierte, wurde von Martina Eckardt (AUB) mit dem Vortrag über „Die Donauroaumstrategie und die Wettbewerbsfähigkeit der Donauregion – ein Überblick zum Status Quo“ eröffnet. Nachdem Eckardt den Begriff der Wettbewerbsfähigkeit im Allgemeinen und in Bezug auf eine bestimmte Region definiert hatte, führte sie eine Reihe von Indizes an, die die Konkurrenzfähigkeit der unterschiedlichen Regionen Europas veranschaulichten. Jürgen Rainzer vom Steinbeis-Danube-Center in Stuttgart referierte zum Thema „Die DRS und die Förderung der Innovationsfähigkeit“. Die EUSDR verfolge vier Ziele im Donauroaum: die Anbindung an die Region und ihre Stärkung, die Förderung des Umweltschutzes sowie den Aufbau von Wohlstand. Ein weiterer Vortrag mit dem Titel „Wunsch und Wirklichkeit der Priority Area 7: Entwicklung der Wissensgesellschaft“, der sich ebenfalls mit der Wettbewerbsfähigkeit auseinandersetzte, wurde von Jörg Dötsch (AUB) gehalten. In seinem Vortrag stellte Dötsch fest, dass sich Wissen und Wettbewerbsfähigkeit gegenseitig bedingen. Der letzte Vortragende in diesem Panel war Ádám Török (Pannonische Universität, Veszprém), der über „Das Problem der Messung der F+E Wettbewerbsfähigkeit“ referierte.



Der zweite Tag der Konferenz begann mit einem Runden Tisch zum Thema „Warum fördert die EU die Entstehung und Umsetzung von makroregionalen Strategien in Europa?“

Skandinavien bezeichnet wird, obwohl dieser Begriff Finnland ausschließt und deshalb korrekterweise als „Nordischer Raum“ benannt werden sollte. Stefan Gänzle (University of Agder), der zweite Vortragende des Panels, befasste sich in seinem Vortrag mit „Entstehung, Stand und Perspektiven der EU-Strategie für die Ostseeregion“, wobei er einräumte, dass die Bewertung der Ostseestrategie ebenso wie die des Donauroaums dadurch erschwert werde,

bereich 7: Entwicklung der Wissensgesellschaft; Forschung, Bildung sowie Informations- und Kommunikationstechnologien“. Daniela Schily (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit – GIZ), die aus Serbien angereist war, hielt ihren Beitrag über die „PA3 als verbindendes Thema innerhalb der EUSDR Priority Areas – Herausforderungen und Nutzen der Entwicklung von Kultur und Tourismus in der Donauregion“. Der letzte

Am letzten Konferenztage fanden die Panels fünf und sechs statt, bei denen die KonferenzteilnehmerInnen in die Arbeitssprache Englisch wechselten. Panel fünf beschäftigte sich mit dem Thema der makroregionalen Strategien im Vergleich zu anderen regionalen Initiativen (Originaltitel: „Macro-regional strategies in the context of other regional institutions in Central Europe and the Adriatic-Ionian Region“). Das erste Referat hielt die derzeitige Generalsekretärin der Zentraleuropäischen Initiative (ZEI), die österreichische

Diplomatin und Botschafterin Margit Wästfelt. Referent des zweiten Vortrags war Andrea Stocchiero, tätig am Centro Studi di Politica Internazionale in Rom, einer Institution, die das italienische Außenministerium berät und Forschungen bezüglich der im Entstehen begriffenen Adriatisch-Ionischen Makroregion betreibt. Dies war auch das Thema seines Vortrages (Originaltitel: „The evolving situation of the Adriatic-Ionian macroregional strategy“). An dieser entstehenden Makroregion sind die Staaten Italien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Albanien und Griechenland beteiligt. Das abschließende Panel sechs thematisierte mit drei Referaten die Zukunft der makroregionalen Strategien. Christopher Walsch diskutierte Argumente für und wider ein Europa der Makroregionen. EU-Kohäsionsprogramme, so meinte er, seien für die kommende Budgetperiode 2014–2020 stark an die beiden makroregionalen Strategien gekoppelt. Greta Klotz von der Europäischen Akademie Bozen/Bolzano referierte über die Eu-

roparegion Tirol – Südtirol/Alto Adige – Trentino. Diese Europaregion besteht seit vier Jahren und hat sich der funktionalen thematischen Zusammenarbeit verschrieben, die insbesondere bestehende Projekte in allen drei Regionen besser aufeinander abstimmt. Das letzte Referat hielt Marc Stegherr (netPOL-Netzwerk Politische Kommunikation/Babes-Bolyai-Universität Klausenburg) zum Thema „The Western Balkans and Serbia within the EUSDR and other macro-regional strategies“. Stegherr hob hervor, dass insbesondere Serbien im Rahmen der EUSDR große Schritte in Richtung EU gemacht habe und sich seither in vielen Politikbereichen aktiv einbringe.

Mit Panel sechs endete die dreitägige Konferenz. Ellen Bos dankte den Organisatoren für ihre Arbeit, insbesondere Christina Griessler für die umfassende Planungs- und Organisationsarbeit.

*Enikő Dác
Christina Griessler
Christopher Walsch*



DONAU-INSTITUT
FÜR INTERDISZIPLINÄRE FORSCHUNG BUDAPEST



Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujszchenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015

Tuning Gender Studies: Teaching Gender Studies between Hopes and Expectations

Internationaler Workshop zur Lage der Gender Studies

Am 4. November 2013 fand bereits zum zweiten Mal im Jahr 2013 eine Kooperationsveranstaltung der AUB mit der Central European University (CEU) statt, dieses Mal mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF), des Österreichischen Kulturforums (ÖKF), der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Czech Institute und des Slovak Institute. Der internationale Workshop, der von Andrea Pető (CEU/Gender Studies) und Ursula Mindler (AUB/Fakultät für Mitteleuropäische Studien) organisiert wurde, bot VertreterInnen von Universitäten und NGOs aus Ungarn und den Nachbarländern die Möglichkeit, über regionale Lehre und Forschung im Bereich der Gender Studies zu diskutieren. Die TeilnehmerInnen aus Ungarn, Österreich und der Slowakei hoben Interdisziplinarität und kritisches Denken sowie die Förderung einer offenen, demokratischen

Gesellschaft als wichtigstes „Kapital“, aber auch Ziel der Gender Studies hervor.

Die Einführungsrunde „state of art“ widmete sich der Reflexion der Geschichte des Fachbereichs in den verschiedenen Ländern, inklusive einer Diskussion über allgemeine Herausforderungen, mit denen Gender Studies als ein intellektuelles und soziales Projekt in der Region konfrontiert sind. Da Gender Studies an den staatlichen Universitäten Ungarns und der Slowakei nicht institutionalisiert seien, gestaltete sich das Unterrichten in diesem Bereich teilweise als problematisch, denn man sehe sich nicht nur mit einer Konkurrenz zu anderen Wahlfächern konfrontiert, sondern auch mit einem geringen akademischen Prestige und der fälschlichen Darstellung des Faches als reine Frauenförderungsschiene. Die meisten Schwierigkeiten resultieren nach Ansicht der TeilnehmerInnen einerseits

aus der Inkongruenz der Organisation von Ausbildungsprogrammen an staatlichen Hochschulen und der interdisziplinären Ausrichtung von Gender Studies selbst sowie andererseits aus den beschränkten genderbezogenen Karrieremöglichkeiten in Zentral- und Osteuropa. Die TeilnehmerInnen diskutierten ebenso die Beziehung von Gender Studies im akademischen Bereich und Aktivismus, wobei einige die Meinung vertraten, die universitäre Ausbildung sollte Studierende auf eine Karriere im NGO-Sektor vorbereiten, andere hingegen betonten, Theorie und Aktivismus würden separate Felder darstellen. In Bezug auf den Unterrichtsrahmen war man sich jedoch einig, dass Gender Studies nicht auf die MA-Ausbildung beschränkt bleiben sollten.

Die zweite Diskussionsrunde befasste sich mit dem Thema der Curriculumentwicklung, und es stellte sich rasch

heraus, dass diese Frage abhängig ist von den Zielen, die verfolgt werden: Sollen andere Felder in Bezug auf Gender sensibilisiert werden? Ist es das Ziel, die Legitimität von Gender Studies als ein interdisziplinäres akademisches Forschungsfeld zu stärken – oder soll eine Kombination von beidem erreicht werden? Das Curriculum wurde in zweierlei Richtung definiert: einerseits als eine Form der indirekten Erklärung der Selbstdefinition des Feldes, andererseits als mögliche Manifestation von staatlicher Kontrolle. Im Einklang mit den Erwartungen, die Studierende Umfragen zufolge an die Gender-Studies-Programme haben, wurden genderspezifische „skills“ wie Gender-Sensibilität diskutiert, welche den Studierenden eine breitere Perspektive in Bezug auf Karrieremöglichkeiten in Zeiten finanzieller Krisen und Posteriorisierung der Geistes- und Sozialwissenschaften in nationalen Bildungsprogrammen bieten können. Nach einer ausführlichen Diskussion über die Beziehung zwischen Universität und Aktivismus kamen die TeilnehmerInnen zu dem Schluss, dass der Bedarf bestehe, mit Hilfe eines Curriculums sowohl wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden, als auch zu lokalem Aktivismus beizutragen.

Die letzte Diskussionsrunde stellte sich der Frage nach zukünftigen Entwicklungen und wie man den zuvor erwähnten Herausforderungen begegnen könnte. Als wichtige Punkte wurden hierbei erwähnt: 1.) Erhöhung der Sichtbarkeit von Gender-Studies-

Programmen, Fachspezialisierungen und einschlägigen Wahlfächern; 2.) Entwicklung und Stärkung der Zusammenarbeit von WissenschaftlerInnen aus den verschiedensten Disziplinen, die sich mit genderrelevanten Forschungen beschäftigen. Ferner wurde ein „re-reading“ vorgeschlagen: sich der Frage der Regionen und entsprechenden Politiken erneut zu stellen, am besten durch Reflexion der postsozialistischen Geschichte der Region und einer erneuten Überprüfung der in den 1990er Jahren (vor allem von westlichen ForscherInnen) durchgeführten einschlägigen Forschungen.

Darüber hinaus wurde die Wichtigkeit von regionalen, EU-weiten und internationalen Netzwerken diskutiert, welche eine Verbesserung der Kooperationen von Gender-ExpertInnen ermöglichen. Am Ende des Workshops waren sich die TeilnehmerInnen einig, dass eine zweifache Strategie für die Gender Studies von größter Wichtigkeit sei: 1.) Gender als eine Analysekategorie in anderen akademischen Bereichen zu verankern und die Institutionalisierung in Form von universitären Instituten voranzutreiben sowie 2.) die Bedeutung der Unterstützung von lokaler Forschung und der Verbreitung von Wissen durch Kooperationen auf regionaler und EU-Ebene.

Der Workshop endete dank der neuen EU-Agenda horizon 2020 mit einem vorsichtigen Optimismus in Bezug auf zukünftige Genderforschungen. Horizon 2020 definiert Gender als unabhängige Forschungskategorie; ebenso

finden digitale alternative Bildungsmöglichkeiten Berücksichtigung, welche vielversprechend für die Förderung von Lehre und Forschung im Bereich der Gender Studies sind.

Edit Kovács



Andrássy, Deák und die Schaffung des Dualismus aus ungarischer und österreichischer Perspektive

Die Geburtsdaten zweier ungarischer Staatsmänner, des 1803 geborenen Ferenc Deák und des 1823 geborenen Graf Gyula Andrássy, boten der AUB den Anlass, eine Jubiläumsveranstaltung zu organisieren. Beide Staatsmänner waren maßgeblich an den Verhandlungen zum Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn beteiligt, der 1867 von beiden Parlamenten angenommen wurde. Das Ziel des Symposiums und der darauffolgenden Podiumsdiskussion war es,

eine Einschätzung über den Stand der österreichischen und ungarischen Forschung zu geben, die unterschiedlichen Perspektiven zusammenzuführen und somit auch die eigenen nationalen Erinnerungen zu hinterfragen. Im Rahmen der Veranstaltung referierten und diskutierten am 5. November 2013 namhafte ForscherInnen unter anderem der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) sowie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA). Das Symposium wurde in



Zusammenarbeit von MitarbeiterInnen des Donau-Instituts und der Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) in Kooperation mit der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und dem Österreichischen Kulturforum (ÖKF) umgesetzt.

Den Auftakt gab die Keynote-Speech

von Univ. Prof. Dr. Arnold Suppan (ÖAW/AUB-MES) zu dem Thema „War der österreichisch-ungarische Ausgleich reformierbar – oder war die Habsburgermonarchie zum Untergang verdammt?“ Suppan begann mit einer Beschreibung der territorialen Aufteilung zwischen Cisleithanien und Transleithanien. Die beiden Städte Wien und Budapest lagen an den geografischen Schlüsselpunkten der Monarchie, die sozial, kulturell und geistig einen offenen Durchgangsraum darstellte, der sich auch in der Modernisierung und technischen Entwicklung zeigte. Die Sprengkraft, die der Monarchie ein Ende bescherte, war durch historisch und ethnisch motivierte Entwicklungen, so unter anderen durch den Pan-Slawismus entstanden. Befürworter der Monarchie waren unter Berücksichtigung der Konfessionen hauptsächlich die Katholiken, die Protestanten und die assimilierten Juden, wobei die Katholiken in beiden Landesteilen die Mehrheit stellten. Die k.u.k. Monarchie war ein Reich mit zwei Teilstaaten, wobei es einen Monarchen gab, einen gemeinsamen Ministerrat, eine gemeinsame Armee, eine gemeinsame Zollpolitik, eine Zentralbank und eine Währung, jedoch zwei Regierungen und zwei Parlamente. Unter-

schiede gab es jedoch im Hinblick auf die politischen Rechte, so wurde etwa in Cisleithanien 1861 das Kurienwahlrecht erweitert und ab 1906 das allgemeine Männerwahlrecht ab 24 Jahren eingeführt. In der transleithanischen Reichshälfte war das Wahlrecht weiterhin eher eingeschränkt. Die Monarchie konnte von 1900 bis 1910 eine positive wirtschaftliche Entwicklung verzeichnen. In den städtischen Zentren betrug die Arbeitslosigkeit nur 3 %, doch in den Peripherien gab es Entwicklungsrückstände. Die gesellschaftliche Trennung zwischen den Eliten und der übrigen Bevölkerung war besonders in Ungarn stärker ausgeprägt als in Cis-

leithanien. Die Doppelmonarchie hatte nach Ansicht Suppans die Entwicklung eines Rechtsstaats sowie die Demokratisierung gefördert, jedoch waren notwendige Reformen in Friedenszeiten nicht umgesetzt worden und konnten in Kriegszeiten dann auch nicht mehr umgesetzt werden.

Forschungsprofessorin Dr. Éva Somogyi (MTA-BTK-TTI), die zweite Vortragende des Symposiums, befasste sich in ihrem Vortrag „Andrássy-Vertraute bei Wiener Amtsstellen“ mit der Besetzung der Ämter im gemeinsamen Außenministerium durch ungarische Vertrauensleute Andrássys. Thema war somit auch die Umgestaltung der

gen zu lernen, mit den Widerwillen der österreichischen Kollegen umzugehen. Trotz allem gab es eine Zunahme an ungarischen Beamten in den gemeinsamen k.u.k.-Ministerien.

Dr. Anatol Schmieid-Kowarzik (ÖAW) referierte über „Die Krise des Dualismus nach 1897. Instrumentalisierung der Wirtschaftsgemeinschaft für nationale Partikularinteressen“. Schmieid-Kowarzik analysierte anhand von Dokumenten die Krise der Doppelmonarchie im Zeitraum von 1897 bis 1907. Er argumentierte, dass die rechtliche Ausgangssituation, die eine Einigung beider Teile der Monarchie in den Bereichen Außenpolitik, Militär



Rektor Prof. Dr. András Masát eröffnete das viel beachtete Symposium und die Podiumsdiskussion zu Déak und Andrássy im Andrássy-Saal

Strukturen in den gemeinsamen politischen Institutionen der Doppelmonarchie, d. h. dem Außenministerium, Finanzministerium und dem gemeinsamen Ministerrat. Andrássy verfolgte das Ziel, mehr ungarische und loyale Beamte im Außenministerium in Wien zu beschäftigen. Auch beim gemeinsamen Finanzministerium versuchte er, bei der Organisation des Ministeriums mitzuwirken. Bei einer Rede im Ministerrat hatte er festgehalten, dass ungarische Staatssekretäre und Minister in die höhere Staatsverwaltung berufen werden sollten. Doch die ungarischen Beamten, die ihre Stellung in Wien einnahmen, waren gezwun-

und Finanzen voraussetzte, zur Krise geführt hätte. Da alle drei genannten Bereiche nicht auf finanzielle Einnahmen zurückgreifen konnten, sondern ihre Ausgaben über andere Bereiche zu finanzieren hatten, musste eine Quote zwischen Trans- und Cisleithanien für die Finanzierung dieser Bereiche festgelegt werden, die alle zehn Jahre neu verhandelt wurde. Diese Verhandlungen scheiterten letztlich aufgrund anderer Probleme, z. B. Verzehrungssteuer, Nationalbank, Schulden, Aufteilung der Bankgewinne, Handelsverträge und schließlich die Badenische Sprachverordnung. Noch 1867 hatten sich beide Regierungen auf eine Quote

von 70/30 geeinigt. Im Jahr 1887 konnte der Wirtschaftsausgleich jedoch nur noch durch ein Provisorium geregelt werden. 1895 wurde die Quote dann erneut verhandelt, und bei den Verhandlungen setzten sich die Ungarn durch. Schmied-Kowarzik bemerkte, dass der relative Vorteil, den Ungarn in den Verhandlungen erhielt, sich im Allgemeinen zum Nachteil der Monarchie entwickelte, weil Cisleithanien dadurch geschwächt wurde.

Dr. Imre Ress (MTA-BTK-TTI) referierte im zweiten Vortragspanel des Symposiums mit dem Titel „Nationale Aspekte und Reichsinteressen in der Amtsführung von Außenminister Gyula Andrássy“. Er betonte, dass die gesetzlichen Bestimmungen versäumt hätten, die organisatorischen Formen der gemeinsamen Ministerien zu regeln. In seiner Doppelfunktion als ungarischer Ministerpräsident und gemeinsamer Außenminister musste Andrássy gleichzeitig die ungarischen und die gemeinsamen Interessen der Monarchie vertreten. Aus österreichischer Sicht schien es nicht nötig, partikuläre Interessen zu formulieren, die Interessen der Monarchie waren in dieser Auffassung mit den eigenen identisch. Ress fokussierte die Rolle Andrássys auch im gemeinsamen Ministerrat. Zuletzt wies der Referent auf die Schattenseiten der Entwicklungen während Andrássys Amtszeit hin, auf die wachsende Bürokratie und die Neigung zur Militarisierung.

Prof. Dr. Gerhard Seewann (Universität Pécs/PTE-BTK) referierte mit dem Titel „Ferenc Deák, Anwalt der »gemeinsamen Angelegenheiten«“. Zunächst schilderte er die Laufbahn Deáks bis 1860. Seewann betonte dabei, dass Deák in der Kontroverse zwischen Kossuth und Széchenyi zu Kossuth tendiert habe, ohne seine freundschaftliche Beziehung zu Széchenyi aufzugeben. In der Folge stellte der Referent die Frage nach der politischen Beurteilung der ungarischen Position in Europa und unterstrich, dass sich Deák der Ansicht von Miklós Wesselényi angeschlossen habe, der in den slawischen Völkern eine Gefahr für Ungarn zu erkennen meinte. Im dritten Teil seines Beitrags ging Seewann auf die österreichisch-ungarischen Beziehungen ein und wies auf die Divergenz zwischen „kiegyen-

lítés“ (Ausgleich im technischen Sinn) bzw. „kiegyezés“ (Ausgleich im ethisch-politischen Sinn) hin. Er hob hervor, Deák habe diesbezüglich das Erstere favorisiert und stets die Verfassungsmäßigkeit betont. Neben der Würdigung des Staatsmannes, der „grauen Eminenz der ungarischen Regierung“, ging der Vortrag auch auf die langwierigen Ausgleichsverhandlungen und die zentrale Rolle ein, die Deák bei diesen einnahm.

Prof. Dr. Gábor Hamza (ELTE-ÁJK), der Initiator der Jubiläumsveranstaltung, referierte mit dem Titel „Der Ausgleich von 1867 in der deutschen staats- und völkerrechtlichen Literatur“. In seinem Beitrag setzte er zwei Schwerpunkte. Zuerst sprach er über József Eötvös bzw. seine rege Korrespondenz (1862) mit dem Völkerrechtler Karl Theodor Welker, der Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung und der Verfassungskommission für Deutschland gewesen war. Hamza hob hervor, dass die Idee, Delegationen einzusetzen, schon in diesen Briefen aufgekommen sei. Im zweiten Teil des Vortrags stand das Standardwerk von Heinrich Trippel (1938) im Fokus, in dem der Autor eine Unterscheidung zwischen Führung und Herrschaft vornimmt. In dieser Auffassung hätte Ungarn, wäre die Doppelmonarchie bestehen geblieben, eine hegemonische Stellung gehabt, weil es hier im Gegensatz zu Österreich viele charismatische, führende Persönlichkeiten gab (Kossuth, Tisza, Bánffy, Széll). Abschließend betonte Hamza, dass heute in Deutschland aus juristischer Perspektive von einem regen Interesse für den Ausgleich gesprochen werden könne (Minderheitenschutz, Staat mit föderaler Struktur).

Nach den Vorträgen wurde die Jubiläumsveranstaltung mit einer Podiumsdiskussion fortgesetzt und vollendet. Das Ziel des Gesprächs war, die heute aktuellen Bilder über den Ausgleich dies- und jenseits der Leitha zur Sprache zu bringen und dadurch der Frage dialogisch nachzugehen, inwieweit die Bewertung des Ausgleichs und seiner Folgen die jeweiligen nationalen historischen Erinnerungen bestimmen. Die Podiumsdiskussion wurde von Prof. Dr. Andreas Oplatka (AUB) geleitet, es diskutierten zwei ExpertInnen von österreichischer Seite, Dr. Stefan Mal-

fèr (ÖAW) und Dr. Thomas Kletečka (ÖAW), sowie von ungarischer Seite Dr. Zoltán Fónagy (MTA-BTK-TTI), der bei der Konzipierung der Veranstaltung maßgeblich mitgewirkt hatte, und Doz. Dr. Ágnes Deák (Universität Szeged/SZTE-BTK). Der Diskussionsleiter veranlasste eine offene Diskussion und ließ die DiskutantInnen ihre Assoziationen zum Thema zunächst stichwortartig zur Sprache bringen. Diese wurden dann im Laufe des Gesprächs begründet und diskutiert. Das Publikum kam beim Gespräch auch hin und wieder zu Wort, und man ging – angeregt durch einen aktuell in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) veröffentlichten Artikel – der Frage nach, inwieweit eine Parallele zwischen der Europäischen Union und der Monarchie gezogen werden könne. War die Monarchie für ihre Völker in der Mitte Europas ein ‚Völkersanatorium‘, nach deren Verschwinden die Staaten zur leichten Beute der beiden Diktaturen wurden, oder eher ein ‚Völkerkerker‘? Diese Frage des historischen Lehrens ist also auch heute aktuell.

Christina Griessler
Enikő Dác
Henriett Kovács



DONAU-INSTITUT

FÜR INTERDISZIPLINÄRE FORSCHUNG BUDAPEST



Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujszechenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015

Internationaler Expertenworkshop „Humanitäres Völkerrecht – Neueste Entwicklungen“ an der AUB

Zur Feier des anstehenden 150. Jahrestages der Ratifikation der Genfer Konvention lud die Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB, die Botschaft der Schweiz in Ungarn sowie das Ungarische Außenministerium am 29. November 2013 zu einem internationalen Expertenworkshop ein. Gäste waren neben bekannten Wissenschaftlern im Bereich des Humanitären Völkerrechts insbesondere auch Praktiker aus den Ministerien.

Prof. Dr. Masát, Rektor der AUB, S.E. Jean-François Paroz, Botschafter der Schweiz in Ungarn, sowie der Referatsleiter der Abteilung Völkerrecht des Ungarischen Außenministeriums, Dr. Csaba Pákozdi, begrüßten die Gäste im Andrássy-Saal im Namen der Veranstalter. Sie hoben insbesondere die Verbindung der Schweiz zum Humanitären Völkerrecht hervor, denn schließlich war es der Genfer Henry Dunant, der mit seinen Vorschlägen den Abschluss der ersten Genfer Konvention von 1864 initiiert hatte. Abgeschreckt von den Geschehnissen rund um die Schlacht von Solferino, bei der es Tausende von verwundeten Soldaten an Hilfe gemangelt hatte, organisierte er zunächst – unparteiische – Hilfe vor Ort und setzte sich später dafür ein, dass das „Los der im Felddienst verwundeten Militärpersonen“ in Zukunft gelindert werden konnte. Auch heute, so die Redner, tragen die Regierungen eine besondere Verantwortung.



S. E. Nicolas Lang, Sonderbotschafter für die Anwendung des Humanitären Völkerrechts vom Eidgenössischen Department für auswärtige Angelegenheiten, sprach von dem besonderen Problem der Compliance in der Genfer Konvention

Im ersten Panel „150 Jahre Humanitäre Aktionen“ wurde unter der Moderation von Dr. Zoltán Tibor Pállinger besonders auf die historische Entwicklung des Humanitären Völkerrechts beleuchtet. So skizzierte Prof. Dr. Erich Kussbach, österreichischer Botschafter a. D. und Botschafter a. D. des Souveränen Malteser Ritterordens, in seinem Vortrag mit dem Titel „150 Jahre Einsatz für die Opfer des Krieges – von Solferino bis heute“ nicht nur die Etablierung der Genfer sowie der Haager Konvention, sondern auch die Weiterentwicklung des Humanitären Völker-

rechts bis zur Annahme der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen 1960. Er plädierte nachdrücklich für die inhaltliche Fortführung und Vertiefung dieses bereits existierenden Rechtes und damit auch für eine „Förderung des öffentlichen Gewissens“ gemäß der naturrechtlichen Lehre. Frau Dr. Yulia Gusynina Paroz von der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften skizzierte in ihrem Vortrag „Die Nationalen Rotkreuz-Gesellschaften nach 150 Jahren“ die Entwicklung sowie die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen. Schließlich beleuchtete Dr. Tamás Hoffman von der Corvinus Universität Budapest in seinem Beitrag das Spannungsverhältnis zwischen Universalität und Partikularismus im Humanitären Völkerrecht.

Das zweite Panel wurde von Prof. Dr. László Kiss geleitet. Spezifisch wurde auf die neuen Herausforderungen eingegangen, welche sich dem Humanitären Völkerrecht aufgrund der neuen Konfliktformen stellen. Vorträge wurden gehalten von Dr. György Tatár zu „Verhinderung von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, von Prof. Dr. Jürg Martin Gabriel zu „Die maritimen



Das 2. Panel stellte sich dem Thema „Neue Kriege, neue Herausforderungen“ und wurde moderiert von (Mitte) Prof. Dr. László J. Kiss (AUB) – weitere Teilnehmer des Panels waren (v.l.n.r.): Dr. György Tatár (Kuratoriumsvorstand, Budapest Center of the Foundation for the International Prevention of Genocide and Mass Atrocities), Dr. Csaba Pákozdi (Referatsleiter der Abteilung Völkerrecht, Ungarisches Außenministerium), Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl (Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen, AUB), Prof. Dr. Jürg Martin Gabriel (Prof. em. der ETH Zürich)

Grenzen von Schengen: Humanitäre und rechtliche Aspekte“ sowie von Dr. Csaba Pákozdi, der das Thema „Aktuelle Herausforderungen des IstGH“ vortrug. In diesem Panel wurden dementsprechend die Themen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Migration, Internationaler Strafgerichtshof sowie die Entwicklung der Kriegsführung mit Drohnen als problematisch angeschnitten. Die Entwicklung der Drohnenutzung wurde durch Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl, Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB, vertieft. Er schloss mit der „schlechten Nachricht“, dass die Nutzung unbemannter Flugzeuge in Zukunft wohl nicht zu vermeiden sei und Regierungen schon seit langem an den technischen Möglichkeiten forschten, um diese für militärische Zwecke nutzen zu können. Infolgedessen sei es von besonderer Wichtigkeit, so Dr. Dr. Pohl, diese Gegebenheiten

„rechtlich einzufassen, sowohl bezüglich der Einsatzparameter als auch der Grenzen dessen.“

Das dritte Panel stand unter der Leitung von Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl. Abschließend wurden aus Sicht der Praxis neue Instrumente und Lösungen für die in den vorangegangenen Panels aufgezeigten Problemfelder diskutiert. Dementsprechend sprach S. E. Nicolas Lang, Sonderbotschafter für die Anwendung des Humanitären Völkerrechtes vom Eidgenössischen Department für auswärtige Angelegenheiten, von dem besonderen Problem, dass es kein System der Compliance in der Genfer Konvention gebe und es in Folge wichtig sei, eine solche Möglichkeit zu etablieren. Dr. Gergely Tóth, Mitarbeiter des ungarischen Verteidigungsministeriums, stellte die Fragen, die sich für die ungarische Armee aus dem Konzept der „Responsibility To

Protect“ ergeben, vor. Katja Schöberl, Juristin des Deutschen Roten Kreuzes, erläuterte das im April dieses Jahres erfolgreich verabschiedete Arms Trade Treaty (ATT). Abschließend sprach Renato Wolf zum Thema „Fighting Impunity: Integration des Humanitären Völkerrechtes – vom Wissen zum Anwenden“ und rückte damit die praktische Perspektive des Humanitären Völkerrechtes in den Vordergrund. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass die neuen Entwicklungen nach ständig neuen Anpassungen und Verbesserungen im Humanitären Völkerrecht verlangen, die von politischen Entscheidungsträgern umzusetzen seien. Der internationale Expertenworkshop hat hierzu wichtige Impulse gesetzt.

Katrin Krämer

Doktoranden tagten über die ver-rückten Lebenswelten im sozialistischen/kommunistischen Mitteleuropa

Die diesjährige vom Doktoratskolleg der Fakultät für Mitteleuropäische Studien ausgetragene Doktoranden-Tagung stand unter dem Motto „Ver-rückte Lebenswelten!? Kommunismus und Sozialismus in Mitteleuropa“. Rund zwanzig Dissertanten kamen für die bereits zum dritten Mal stattfindende Tagung an der AUB am 7. und 8. November 2013 zusammen, um ihre Dissertationsprojekte vorzustellen und Fragen rund um Lebenswelten im Sozialismus zu diskutieren.

Mit einem Vortrag von Prof. Georg Kastner, Dekan der Fakultät für Mitteleuropäische Studien an der AUB, wurde die Tagung eröffnet. Er betonte in seinem Beitrag, dass die spätestens mit dem Revolutionsjahr 1917 losgetretenen ideellen Verschiebungen nicht nur auf die äußere politische Ordnung immensen Einfluss hatten, sondern vor allem auch die Lebenswelten der Menschen „ver-rückt“ hatten.

Das erste Panel zur „frühen sozialistischen Idee“, geleitet von Richard Lein (AUB), begann mit einem Vortrag von Anett Hajnal (AUB), in dem sie den Einfluss der deutschen Sprache in der Budapester Arbeiterbewegung im aus-

gehenden 19. Jahrhundert untersuchte. Daniela Javorics (AUB) beschrieb in dem darauf anschließenden Beitrag „Zukunftsentwürfe des Sozialismus“ die Jahre zwischen 1890 und 1920. Ein regionaler Fokus ihrer Darstellung lag auf der historischen Region Österreich-Ungarn, wo in den Debatten um die Zukunft der Monarchie der Nationalitätenfrage eine besondere Bedeutung zukam.

Die Entwicklung der „Straßennamen des Roten Wien“ im Zeitraum zwischen 1919 und 1934 war Thema des Referats von Patrik Jaiko (AUB). Deutlichste Veränderung in diesem Kontext war die rücksichtslose Streichung aller monarchienahen Straßennamen und deren Ersetzung durch historische Daten und/oder berühmte Persönlichkeiten, die der Arbeiterbewegung auf den ersten Blick nahe standen.

Das zweite Panel der Tagung „Identities in Socialism“ wurde von Melani Barlai (Donau-Institut/AUB) geleitet. Eszter Jóni (Universität Pécs) machte mit ihrem Beitrag zum Thema „The Zhenotdel 1919 to 1930“ den Auftakt. Sie behandelte darin Emanzipationsbestrebungen innerhalb der frühen sozi-

alistischen Bewegung am Beispiel des Zhenotdel, einer dem Zentralkomitee der Partei angegliederten Abteilung zur rechtlichen und lebensweltlichen Emanzipation von Frauen, und zeigte, dass die kommunistische Führung die Rechtsgleichheit von Frauen mit verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen zunächst unterstützte.

Réka Krizmanics (Central European University) beschäftigte sich in ihrem Vortrag zum Thema „Praxis Group – Man as Practice and History (?“ mit der sozialphilosophischen Praxis-Schule, Benannt nach der Zeitschrift Praxis, die im Jugoslawien Titos einen „humanistischen Marxismus“ zu etablieren suchte.

Mit den „Medien im Sozialismus“ beschäftigte sich das erste Panel am zweiten Veranstaltungstag, das von Ursula Mindler (AUB) geleitet wurde. Den Auftakt machte Judit Klein (AUB). Sie sprach in ihrem Vortrag über die „(unfreie) Presse im sozialistischen Ungarn am Beispiel der Minderheitenjournalisten“, wobei sie betonte, dass die Medienzensur im sozialistischen Ungarn im Zeitraum zwischen 1948 bis zu den 1980er Jahren nur einem geringfügigen

Wandel unterlegen war.

„Die Journalistinnen und Journalisten der kommunistischen Parteizeitung „Österreichische Volksstimme“ waren Thema des Vortrags von Maria Fanta (AUB). Anhand dreier Biographien von Journalisten zeigte sie, dass es innerhalb der Volksstimme keine charakteristische Journalisten-Biographie gegeben hat, doch die innere Zerrissenheit all diesen Lebensgeschichten gemeinsam war.

Lazim Ahmedi (AUB) brachte „Ver-rückte Karikaturen“ mit zur Konferenz, mit deren Hilfe er anschaulich „Eine etwas amüsantere Facette der sozialistischen Lebenswelt Albaniens“ aufzeigen konnte.

„Fighting fire with fire“: unter diesem Motto stand der Beitrag von Fabienne Gouverneur (AUB), die damit die Ausrichtung der US-amerikanischen Medienpolitik in Nachkriegsdeutschland und Mitteleuropa nach 1945 beschrieb.

Das zweite Vormittags-Panel, geleitet von Orsolya Lénárt (AUB), stand unter dem Motto „Umdeutungen“. Diesen Gedanken fasste Erika Regner (AUB) in ihrem Auftaktvortrag auf und sprach zum Thema

„Wechselnde Ideologien. Fallbeispiele/Beispiele des Falls.“ In ihrem Beitrag näherte sie sich der „ver-rückten“ Lebenswelt im Sozialismus anhand der Werke und Autorenbiographien von Zoltán Zelk (1906–1981) und József Darvas (1912–1973).

Katharina Haberkorn (AUB) analysierte in ihrem Vortrag die Folgen des Personenkults im Sozialismus am Beispiel der Region Czernowitz in der heutigen West-Ukraine. Gerade auch Statuen und Bilder im öffentlichen Raum bedienten in den sozialistischen Ländern den Personenkult um Lenin und Stalin. Im Anschluss daran setzte sich Sebastian Sparwasser (AUB) in seinem Vortrag „Zwischen Anpassung und kultureller Selbstbehauptung“ mit den Lebenswelten der so genannten „hazatértek“ auseinander, der Heimgekehrten, der Ungarn-Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ungarn in das besetzte Deutschland ausgesiedelt wurden, um danach freiwillig wieder in ihre

ungarische Heimat zurückzukehren. Andra Draghiciu (AUB) stellte die Lebenswelt ausländischer Studierender in der sozialistischen Republik Rumänien in dem Zeitraum zwischen 1974 bis 1989 vor. Der Fokus des Vortrags lag auf der Gruppe der Arabier – ein Sammelbegriff, unter dem die Studierenden aus dem Nahen Osten subsumiert wurden. Das letzte Panel der Tagung „DDR und Untergrund“ leitete Friederike Gollmann (AUB). Uta Bretschneider

(Braunschweig) nachgemachten Gesellschaftsspielen in der DDR. Wegen der geringen Produktionszahlen, teuren Anschaffungskosten und auch aufgrund von Verboten wurden Gesellschaftsspiele von der Bevölkerung kopiert oder neue Spiele erfunden. Der große Fundus an Gesellschaftsspielen, die er bislang zusammengetragen hat, bildet nicht nur eine anschauliche Materialsammlung, sondern ist auch ein eindrückliches Abbild der Lebensreali-



Gruppenbild der TagungsteilnehmerInnen

(Universität Jena) eröffnete das Panel mit einem Beitrag zu Neubauernfamilien in der DDR im „sozialistischen Frühling“. In ihrem Beitrag beschrieb sie die Transformationsprozesse im ländlichen Raum durch die Eingliederung der bäuerlichen Betriebe in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) im Zuge der Bodenreform im Zeitraum 1945–1952.

Meike Haunschlid (Universität Freiburg) sprach in ihrem Vortrag über Armut und „Randgruppen“ in der DDR. Anhand des von ihr analysierten Quellenmaterials stellte sie eine offizielle Kategorisierung von Armut in der DDR fest: würdig-unverschuldete Armut durch Krankheit und Alter und unwürdig-selbstverschuldete Armut durch Alkoholismus, Drogen oder „asoziales“ Verhalten.

Im letzten Beitrag der Doktoranden-Konferenz widmete sich Martin Thiele (Hochschule für Bildende Kün-

tät im sozialistischen System der DDR. Abschließend ist festzustellen, dass die „ver-rückten Lebenswelten“ des Sozialismus auf der Tagung sicher nur ausschnittsweise erfasst werden konnten – gerade hierin aber zeigte sich auch die Vielseitigkeit des Phänomens. Der Sozialismus, wie er sich nicht erst seit dem Revolutionsjahr 1917 zu etablieren begann, hatte nicht nur unterschiedlichste politische und strukturelle Ausprägungen in Mittel- und Osteuropa entwickelt, sondern (beinahe) alle Lebensbereiche erfasst.

*4. Jahrgang des Doktoratskollegs der
Fakultät für Mitteleuropäische Studien
an der AUB*

Studierende unterwegs

Waldviertel Akademie 2013: Das endliche Leben – Altern in Würde

Die Internationalen Sommergespräche vom 29. bis zum 31. August 2013 in Weitra fanden nun schon zum 29. Mal statt. Fünf Studierende der AUB hatten auch dieses Jahr wieder die Ehre, an ihnen teilzunehmen. Feierlich eröffnet wurden die Gespräche auf Schloss Weitra unter anderem von Lotte Tobisch sowie Dr. Ernst Wurz, dem Vorsitzenden der Waldviertel Akademie.

Die Vorträge sowie Workshops fanden am Freitag und Samstag vorwiegend im Rathaus von Weitra statt. Das Einstiegsthema „Die Würde des Alters“ wurde von Prof. Dr. Kampits und Prof. Dr. Rosenmayr referiert. „Schöpferisches Altern oder hilfloses Vergreisen?“, Kampits sprach auch von der „Freiheit zum Tode“ und zitierte Heidegger mit „Dasein ist das Sein zum Ende“. Rosenmayr bezeichnete in seinem Referat „Lasst uns mit dem Kürbis fliegen – Deutungen des Alters: Impulse aus den Weltkulturen“ das Altern als Prozess der Entropie. Diesem Ordnungsverlust in den Organen des Körpers setzt er einen möglichen negentropischen Prozess, nämlich das „Aufsaugen der Ordnung“ entgegen. Zudem sprach Rosenmayr von der „Ars moriendi – die Kunst des Sterbens“. Die Würde des Alters wurde entzogen und müsste erst wieder neu aufgefrischt und integriert werden.

„Hinter den Kulissen des Pflegeheims Weitra“ hieß es anschließend am Freitagnachmittag. Diesbezüglich wurde ein Ausflug samt Vorträgen, Diskussion und Besichtigung zum Landes-

pflegeheim (LPH) Weitra veranstaltet. „Mensch sein – Mensch bleiben“, so lautet das Leitbild des LPH. Das Heim wurde in Kleingruppen besichtigt. Nach abschließendem Empfang wurde das Programm der Sommergespräche in Form von Workshops in der Hauptschule von Weitra fortgesetzt. Elke Kohl und Christine Zeiner sprachen über „Die vielen Gesichter von Trauer“. Dr. Peter Kellner, Leiter der Abteilung Remobilisation und Nachsorge im Landeskrankenhaus Gmünd, hielt einen Vortrag aus dem Bereich Geriatrie und sprach über Problemlösungen beim Alternwerden.

Anschließend wurden wir zur „Langen Nacht des Films“ nach Gmünd zum Film „Amour“ geladen. Michael Haneke, der Regisseur und Drehbuchautor des Films, hatte für ihn die Goldene Palme in Cannes, einen Golden Globe als bester fremdsprachiger Film und den Oscar als bester ausländischer Film 2013 erhalten.

Der Samstag beinhaltete Vorträge über „Der Mensch im Alter – Leben, Alltag und Ökonomie“. Frau Mag. Horvatic, Medienpädagogin am Institut für Bildungswissenschaft der Uni Wien, behandelte ein durchaus unbehandeltes und weitgehend sogar verdrängtes Thema: „Alter schützt vor Liebe nicht, aber Liebe vor dem Alter(n) – oder: Die Last mit der Lust – zwischen Libido und Zärtlichkeit“. Herr Prof. Kastner, Dekan der Fakultät Mitteleuropäische Studien (MES) an der AUB, hielt einen Vortrag über den Idealtypus

vom alten und weisen Herrscher – zwischen Verklärung und tatsächlicher Bedeutung. Historische Beispiele verklärter Regierender wurden analysiert, um zu zeigen, inwieweit der „alte und weise Herrscher“ Mythos oder Wirklichkeit ist. Im Folgenden wurde über „Die Autonomie des Sterbens – Palliativmedizin und Sterbehilfe“ referiert. Was bedeutet „Recht auf einen selbstbestimmten Tod?“, „Der Tod – ein Exposé“, „Die schöne Kunst des Sterbens“. „Wir brauchen eine neue Ars moriendi, denn wir haben das Sterben verlernt“, so Lotte Ingrisich, Pionierin der Jenseitsforschung. „Wenn Einstein Recht hat und die Trennung in Zukunft und Vergangenheit Illusion ist, sind wir gleichzeitig lebendig und tot.“

Den Abschluss der Sommergespräche bildete die Buchpräsentation von Martina Rosenberg „Mutter, wann stirbst du endlich? – Wenn die Pflege der kranken Eltern zur Zerreißprobe wird“. Es ist die Geschichte ihrer eigenen Familie, für die das Leben durch die Extrembelastung der Pflege der schwerkranken Eltern zum Albtraum wurde.

„Endliches Leben – Altern in Würde“ – das Thema regte sehr zum Nachdenken und Diskutieren an. Die Internationalen Sommergespräche verliefen überaus erfolgreich und stießen sowohl beim Publikum als auch bei den Referenten auf eine durchweg positive Resonanz.

Madeleine Kohl

Studierende der AUB beim MIDAS Aron Ballot Study Visit in Brüssel

Vier Studierende der AUB hatten die Chance, am MIDAS Aron Ballot Study Visit zwischen dem 6. und 9. November 2013 in Brüssel teilzunehmen. Das straffe Programm, organisiert von MI-

DAS – der Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regional-sprachen –, führte sie zu verschiedenen Stationen der EU-Institutionen. Den Beginn machte das EU-Parlament:

Hier nutzten die Studierenden die Gelegenheit, das Plenum der Citizen's Agora zu verfolgen, bei dem junge Menschen aus den EU-Mitgliedstaaten zum Thema Jugendarbeitslosigkeit diskutierten.

Die Versammlung verdeutlichte die Vielfalt an Meinungen und Ansatzpunkten, die es europaweit zu einem Konfliktthema geben kann, und zeigte einmal mehr die großen Herausforderungen der Konsensfindung auf.

Ein Highlight des Study Visit war die Führung durch das Press Office des Rates. Wie die Arbeit des persönlichen Assistenten eines Mitglieds des Europäischen Parlaments (MEP) aussieht, erfuhren die Studierenden von Klaas de Boer, der ihnen die wichtigsten Schauplätze im EU-Parlament zeigte. Von den berühmten Kisten, die für den regelmäßigen Transfer zwischen Straßburg und Brüssel verwendet werden, bis

hin zur so benannten „Mickey-Mouse-Kantine“, in der sich Lobbyisten und Politiker informell treffen – de Boer gab einen unterhaltsamen und eindrucksvollen Überblick über den parlamentarischen Alltag.

Zudem nutzten die Studierenden die Möglichkeit, mit MEP Gyula Winkler über die aktuellen Probleme der ungarischen Minderheit in der Slowakei zu sprechen, ebenso führten sie ein Interview mit Markus Warasin über das Kampagnenkonzept des Europaparlaments zur EU-Wahl 2014. Der rege Austausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigte nicht nur neue Perspektiven, sondern weitete auch das

internationale Netzwerk der Studierenden aus.

Viele Wege führen nach Brüssel – das erkannten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer spätestens beim World Café mit Markus Warasin, Klaas de Boer, Kathrin Maria Rudolf und Vesna Caminades, die ihnen Tipps und Orientierungsansätze für den Karriereweg gaben. Mit neuen Erkenntnissen und viel Inspiration im Gepäck ging es schließlich wieder zurück nach Budapest.

Daniela Neubacher

Exkursion nach Brüssel

Wie soll die Bankenunion gestaltet werden? Wie kann die EU mit den aktuellen Geschehnissen in der Ukraine umgehen? Wie ist der Datenschutz in der EU zu verbessern? Wie sehen die transatlantischen Beziehungen zwischen der EU und den USA aus?

Über diese und weitere aktuelle Fragen der Europapolitik konnten Studierende der AUB mit Vertretern aus Brüsseler Institutionen während der diesjährigen Brüssel-Exkursion, die zwischen dem 2. und 6. Dezember 2013 stattfand, diskutieren.

An der Exkursion nahmen 28 Studierende aus den Fachrichtungen Internationale Beziehungen, International Economy and Business, Verwaltungswissenschaften und dem LL.M.-Programm teil, die sich zuvor in der Lehrveranstaltung „Politische Systeme der EU“ darauf vorbereitet hatten. Geleitet wurde die Exkursion von Prof. Henrik Hansen. Kornélia Kozák und Janina Apostolou, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen an der AUB, hatten weite Teile der Organisation übernommen und nahmen ebenfalls an der Exkursion teil. Das Programm startete am Dienstagmorgen mit einem Besuch im Europäischen Parlament (EP). Kinga Wynands-Szentmary und Dr. János Harcsa stellten zunächst ihre Arbeit als Sprachjuristen im Parlament vor. Dabei gingen sie auch darauf ein, welche Voraussetzungen und Eigenschaften man für diesen Job mitbringen muss. Ein Highlight des Besuchs im EP stellte das



Gruppenbild beim Rat der EU im Justus-Lipsius-Gebäude

Gespräch mit MEP Kinga Göncz, der früheren Außenministerin Ungarns, dar. Sie diskutierte mit den Studierenden über die Beziehung der EU zu den ehemaligen Sowjetstaaten sowie über die transatlantischen Beziehungen angesichts der jüngsten Ereignisse. Im Anschluss fand ein ebenso spannendes Gespräch mit MEP Michael Theurer statt, in dem es vor allem um die Probleme bei der Kontrolle des effizienten Einsatzes von Regional- und Strukturfonds sowie um die wirtschaftlichen Probleme im Euroraum ging. Myrofora Kostidou, Assistentin eines

griechischen Abgeordneten der Grünen im EP, gab danach einen Einblick in die Arbeit der Assistenten im Parlament. Den Studierenden gab sie Tipps, wie man sich am besten für eine solche Stelle bewerben kann. Zuletzt hielt Peter Buru, Leiter des Referats für Externe Koordinierung in der Sozialdemokratischen Fraktion im EP, einen Vortrag. Er beschrieb die Arbeit der Fraktionen und berichtete über Koalitionsbildungsprozesse im Vorfeld von Abstimmungen im EP. Peter Buru und Jürgen Dieringer sei an dieser Stelle für die Organisation des Besuchs im EP gedankt.

Nachmittags fand ein Termin im Verbindungsbüro des Deutschen Bundestags statt. Die Studierenden sprachen mit Jürgen Kretz, dem Vertreter der CDU/CSU im Büro. Er beschrieb, wie die Mitarbeiter des Verbindungsbüros in Brüssel die Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung und die Abgeordneten, Ausschüsse und Fraktionen des Bundestages über aktuelle politische Entwicklungen innerhalb der Institutionen der EU informieren.

Im Anschluss besuchte die Gruppe die Ständige Vertretung Ungarns in Brüssel. Judit Tömör, Alumna der AUB, berichtete über ihre Arbeit in der Vertretung sowie darüber, welche Aufgaben die Vertretung wahrnimmt.

Das Mittwochsprogramm begann mit einem Besuch bei der Europäischen Kommission. Zunächst hielt Detlef Clemens, stellvertretender Abteilungsleiter des Generalsekretariats „Horizontale Angelegenheiten und GRI (Gruppe für Interinstitutionelle Beziehungen)“ einen Vortrag, in dem er die Rolle der Europäischen Kommission im Gefüge der Europäischen Institutionen beschrieb. Daran anschließend sprach Dr. Elemér Tertak, Hauptberater in der Generaldirektion „Binnenmarkt und Dienstleistungen“, über Wege aus der Finanzkrise. Zum Abschluss des Programms in der Kommission hielt Michael Schonger, ebenfalls ein Alumni der AUB, aus der Generaldirektion „Wettbewerb“ einen Vortrag zu dem Thema staatliche

Beihilfen im Transportwesen.

Nach einem Mittagessen in der hiesigen Mensa, das dank des Einsatzes von Michael Schonger stattfinden konnte, stand der Besuch des Rates der Europäischen Union auf dem Programm. Alessandro Vitro, der als Anwalt für die Mitgliedsstaaten im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union im Bereich Außenbeziehungen zuständig ist, berichtete über die Arbeit des Rates und seine Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Institutionen.

Am Donnerstagvormittag besuchte die Gruppe das Hauptquartier der NATO. Zunächst hielt Zsolt Rábai, Information Officer für Ungarn in der Abteilung für „Public Diplomacy“, einen einführenden Vortrag zur NATO und der NATO-Strategie. Im Anschluss berichtete Péter Sztáray von seiner Arbeit als Ständiger Vertreter Ungarns im NATO-Rat. Als abschließender Referent diskutierte Dr. Volker Erhard, Erster Sekretär in der Deutschen Ständigen Vertretung bei der NATO, über die Rolle der NATO in der heutigen Zeit.

Neben den Besuchen der verschiedenen Institutionen wurde die Gelegenheit auch genutzt, sich am Donnerstagabend zu einem gemeinsamen Abendessen mit Alumni und ehemaligen Mitarbeitern der AUB in Brüssel zu treffen, zu dem die Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften einlud. Die Studierenden ergriffen die Möglichkeit, sich mit den Alumni über

das Leben in Brüssel und Karieremöglichkeiten bei der EU auszutauschen.

Am Freitagvormittag besuchte ein Teil der Gruppe das Büro der Bertelsmann Stiftung in Brüssel. Thomas Fischer, Executive Director des Brüsseler Büros, und die Projektmanager Dr. Andrej Stuchlik und Henning vom Stein nahmen sich die Zeit, den Studierenden das Anliegen der Bertelsmann Stiftung in Brüssel näher zu bringen und Fragen zu beantworten. Der andere Teil der Gruppe besuchte die Anwaltskanzlei Redeker/Sellner/Dahs. Hier stellte Caroline Hemler, ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fakultät VSR, die Arbeit einer Anwaltskanzlei in Brüssel vor.

Das Programm der Exkursion endet mit einem Besuch bei der „United States Mission to the European Union“, wo die Studierenden mit Kevin Ostrup, einem Wirtschaftsberater der Vertretung, über die Absichten der USA in Brüssel und die Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten im Allgemeinen sprechen konnten. Dabei wurden sicherheitspolitische Fragen und das geplante Freihandelsabkommen diskutiert, der Referent musste sich aber auch kritischen Fragen zur Abhör- und Ausspähaffäre stellen.

Janina Apostolou

Exkursion nach Mazedonien und in den Kosovo

Die Exkursion wurde im Rahmen der Fakultät Internationale Beziehungen in Zusammenarbeit mit den deutschen Botschaften in Mazedonien und im Kosovo durchgeführt. Das Auswärtige Amt hat die Veranstaltung durch ihre großzügige finanzielle Unterstützung ermöglicht. Das Ziel der Exkursion war es, den Studierenden einen Einblick in die Länder zu verschaffen, die für die meisten nur aus den Nachrichten bekannt sind, damit sie ihre Kultur und Politik vor Ort kennen lernen. Die AUB wollte durch diese Reise ihre Kooperation mit den westlichen Balkanstaaten verstärken, dabei sollte Dr. Dr. Dietrich Pohl als Vertreter der AUB und der deutschen Botschaft Budapest über



Gruppenbild im mazedonischen Außenministerium in Skopje

weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit verhandeln.

Die Exkursion begann am 1. Dezember und führte die achtzehn Teilnehmer mit dem Kleinbus nach Skopje. Nach vierzehn Stunden Fahrt waren alle sehr dankbar, die Zimmer des Hotels belegen zu können.

Am ersten Tag begann unsere Exkursion bei der deutschen Botschaft in Skopje, hier erhielten wir von der Botschafterin Gudrun Steinacker einen Einblick in ihre Arbeit und die Lage von Mazedonien. Nach ihren interessanten Ausführungen ging die Fahrt zu einem zweistündigen Gespräch im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, wo wir von dem Büroleiter der Stiftung Dr. Heinz Bongartz empfangen wurden. Er und sein mazedonischer Mitarbeiter erklärten uns die aktuellen innen- und außenpolitischen Spannungen detailliert und verständlich. Die nächste Station unseres Tages war die University of Macedonia. Die Vertreter der Juristischen Fakultät stellten uns ihre Universität und die Situation der Studenten vor. Am Abend wurde die Gruppe zu einem Empfang in die Residenz der Botschafterin Gudrun Steinacker eingeladen. Bei dieser Gelegenheit konnten wir uns mit den anderen Gästen aus Politik und Kultur austauschen.

Der 3. Dezember war der Tag der Kontraste. Am Vormittag waren wir zu

einem Gespräch im Centre for Social Initiatives NADEZ mit Frau Klara Ilieva eingeladen, um ihre Arbeit mit den Roma kennen zu lernen. Hier gewannen wir einen Eindruck von der Armut und den Problemen, aber auch Perspektiven der Roma in Mazedonien. Der Kontrast war perfekt, denn als die nächsten Programmpunkte standen ein Besuch im mazedonischen Parlament und danach im Außenministerium an. Wir erhielten viele Information über das umstrittene Programm „Skopje 2014“, die innenpolitischen Minderheitenkonflikte und über die außenpolitischen Fragen. Am dritten Tag besuchten wir die Stadt Tetovo, um die albanische Minderheitensituation besser nachvollziehen zu können. Die hiesige bis 2004 illegale albanische Universität war der erste Teil des Programms, gezeigt wurde sie uns von den Studierendenvertretern. Den Nachmittag verbrachten wir dann bei der South-East European University. An dieser Privatuniversität wird in drei Sprachen – Englisch, Albanisch und Mazedonisch – unterrichtet, womit eine sehr liberale, moderne und internationale Atmosphäre geschaffen wird. Am 5. Dezember brachen wir nach Prishtina im Kosovo auf, um den jüngsten Staat Europas vor Ort erleben zu können. Unser erster Halt war die Universität Prishtina, an der Herr Pohl als Vertreter der AUB den Kooperati-

onsvertrag zwischen den beiden Universitäten unterzeichnete. Durch die Organisation der deutschen Botschaft im Kosovo konnten wir den Nachmittag mit einem vielfältigen und überaus interessanten Programm verbringen. Im Parlament wurden uns die Prioritäten und die Probleme des Staates dargestellt (europäische Integration, weitere Demokratisierung usw.). Als passenden Anschluss zu diesem Gespräch bekamen wir die Möglichkeit, unsere Fragen an Gezim Kasapolli, den Vizeminister des Ministeriums für Europäische Integration, zu richten. Als nächsten Programmpunkt verbrachten wir eine sehr informationsreiche Stunde mit dem Botschafter Peter Blomeyer in der deutschen Botschaft, und waren schließlich wir zu einem Gespräch mit dem UNDP-Leiter Andrew Russel eingeladen, den wir als einen sehr angenehmen und kompetenten Gesprächspartner kennen lernen durften. Ein Abendessen mit Vertretern der deutschen Botschaft im Kosovo rundete unser Programm in Prishtina ab.

Am letzten Tag standen keine Programmpunkte mehr an, sodass wir frühzeitig die Reise in Richtung Budapest antreten konnten.

Noémi Katus

Nachrichten des Alumni-Vereins

Neues Präsidium

Auf der Generalversammlung des AUB Alumni-Vereins am 13. September 2013 wurde das Präsidium für eine Amtszeit von 3 Jahren neu gewählt. Rechtsanwalt Martin Wodraschke, LL.M. wurde zum neuen Präsidenten gewählt. Die weiteren Mitglieder des neuen Präsidiums sind dr. Bence Bauer, LL.M., dr. Hanna Hornyánszky-Hittner, dr. Zsófia Sánta, dr. Bernadett Tóth, LL.M. und Verena Wanner. Die Rechnungsprüfungskommission besteht aus Matthias Schäfer, dr. Livia Hulló und Jesko Petersen. Im letzten Semester traten dem AUB Alumni-Verein 23 neue Mitglieder bei, damit hat er heute eine Gesamtmitglie-

derzahl von 72 ehemaligen Studierenden. Wir heißen auf diesem Wege alle neuen Mitglieder herzlich willkommen.

Erklärtes Ziel des neuen Präsidiums ist es, die Kommunikation zwischen dem Verein und den Mitgliedern zu verbessern, transparenter zu gestalten und den AUB Alumni-Verein durch konkrete Aktionen auch bei den Studierenden bekannter zu machen. Anstelle der zahlreichen einzelnen Jahrgangstreffen ist ein großes Alumni-Treffen zu Beginn des Wintersemesters geplant, zu dem alle Alumni der AUB eingeladen werden. Daneben werden auch in



München, Berlin und Wien regelmäßige Stammtische für die dort lebenden Alumni-Vereinsmitglieder organisiert. Ferner wird es in Kürze eine eigene Homepage des AUB Alumni-Vereins geben, auf der sich jeder ehemalige Studierende als Mitglied registrieren kann. In einem geschützten Bereich wird es für Mitglieder die Möglichkeit geben, andere Mitglieder zu suchen.

Die erste Aktion des neuen Präsidiums war die Aktion „Books-on-demand“, bei der die Studierenden im Rahmen einer offenen Abstimmung über ihren

Bücherwunsch entscheiden konnten, die Entscheidung fiel auf ein Jahresabonnement der Wochenzeitung „Die Zeit“, die nun – finanziert vom AUB Alumni-Verein – ab dem Frühjahr in der AUB-Bibliothek ausliegen wird. Das Präsidium bedankt sich bei den Studierenden für ihre Teilnahme an der Aktion und wünscht eine gute Lektüre. In eigener Sache weisen wir darauf hin, dass uns mit der freundlichen Unterstützung der AUB Frau Beatrix Völgyi als feste Ansprechpartnerin an der AUB

zur Verfügung steht. Für Anregungen und Fragen zum AUB Alumni-Verein wenden Sie sich bitte an den Präsidenten Martin Wodraschke, LL.M. oder an Beatrix Völgyi.

Präsident des AUB Alumni-Vereins

Martin Wodraschke, LL.M.

✉ martin.wodraschke@cms-cmck.com

Alumni-Beauftragte an der AUB

Beatrix Völgyi

✉ alumni@andrassyuni.hu

Neue Amtsträger

Vorsitzender

WODRASCHKE, Martin

Präsidium

BAUER, Bence

HORNVÁNSZKY-HITTNER, Hanna

SÁNTA, Zsófia

TÓTH, Bernadett

WANNER, Verena

Rechnungsprüfungskommission

HULLÓ, Livia

PETERSEN, Jesko

SCHÄFER, Matthias

Alumni-Stammtisch in Wien

Am 29. November 2013 traf sich der neu gewählte Präsident Martin Wodraschke, LL.M. mit den in Wien lebenden Alumni zum Stammtisch. Es wurde bekannt, dass sich dort schon im November 2012 ein Stammtisch gegründet hatte und bereits zahlreiche Ideen für

neue Initiativen des Vereins vorlagen. Wir arbeiten derzeit daran, diese Ideen in konkrete Projekte des AUB Alumni-Vereins umzusetzen, und werden selbstverständlich von ihrer Realisierung berichten. Der nächste Stammtisch in Wien findet voraussichtlich am

12. Juni 2014 statt. Die Einladung mit genauem Zeitpunkt und Ort wird auf der AUB-Homepage veröffentlicht und in einer Rundmail allen Mitgliedern zugesandt. Stammtische in München und Berlin finden erstmals im Frühjahr 2014 statt.

Ein Abendessen mit Alumni in Brüssel

Im Rahmen der jährlichen Brüssel-Exkursion der Studierenden der AUB (siehe auch Bericht auf Seite 34) lud die Fakultät VSR die in Brüssel lebenden Alumni und ehemalige Mitarbeiter der AUB zu einem gemeinsamen Abendessen mit den Studierenden am 5. Dezember 2013 ein. Es bot sich dabei nicht nur die Gelegenheit, dass die Alumni sich treffen konnten, vielmehr kam es auch zu einem regen Erfahrungsaustausch mit den Studierenden. Gedankt wurde hier auch den Alumni, die bei der Organisation und Gestaltung der Exkursion tatkräftig mitgeholfen hatten.



„AUB-Alumni“ im Austausch in gemütlicher Runde in Brüssel – ehemalige Studierende und MitarbeiterInnen

Weihnachtsempfang bei der Konrad-Adenauer-Stiftung

Für den 10. Dezember 2013 lud die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) des Auslandsbüros in Budapest MitarbeiterInnen und Alumni der AUB zu einem Empfang in vorweihnachtlicher Stimmung in ihre Räumlichkeiten ein. Nach Grußworten des Rektors der AUB, Prof. Dr. András Masát und Frank Spengler, dem Leiter des Auslandsbüros der KAS in Budapest begrüßte auch Frank Priess, der stellvertretende Leiter der

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der KAS die Anwesenden. Anlass des Empfangs war, außer der Kontaktpflege mit den AUB-Alumni, die Übergabe der Stipendienurkunden an die diesjährigen Stipendiaten der KAS durch den Staatssekretär für Hochschulwesen (und ehemaligen Kuratoriumsvorsitzenden der Trägerstiftung der AUB) Dr. István Klinghammer.



Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujszecsenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP 4.1.1-08/2/KMR-2009-0011

Kurze Nachrichten

Nachrichten der Universität

Kooperationsvereinbarung zwischen der CEU und der AUB

Am Montag, dem 9. September 2013 unterzeichneten der Rektor der Central European University (CEU), Prof. Dr. John Shattuck, und der Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát, eine Kooperationsvereinbarung.

Während der feierlichen Unterzeichnung waren ebenso Prof. Dr. László Kontler, Prorektor der CEU, und vonseiten der AUB Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin der Interdisziplinären Doktorschule, sowie Dr. Dr. Dietrich Pohl, Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen, anwesend.

Ziel der Vereinbarung zwischen der englischsprachigen und der deutschsprachigen Universität sind die gegenseitige Förderung der Interessen der Vereinbarungspartner sowie die Nutzung der gegebenen Möglichkeiten der Ausbildungssysteme zu gemeinsamen Vorteilen.

Laut der Vereinbarung wird angestrebt, die Ausbildungsangebote, Veranstaltungen und Programme der anderen Hochschuleinrichtung jeweils bekannt zu geben, eine gegenseitige,



Der Rektor der CEU, Prof. Dr. John Shattuck (rechts) und der Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung

beschränkte Teilnahmemöglichkeit an den Lehrveranstaltungen sicherzustellen, gemeinsame Forschungsprojekte zu initiieren und durchzuführen sowie wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen bzw. Lehrveranstaltungen

gen zu verwirklichen. Ebenso wurde im Rahmen der Kooperationsvereinbarung beschlossen, die Bibliotheken der beiden Vereinbarungspartner für ihre BürgerInnen zugänglich zu machen.

AUB präsentiert ein Weltwirtschaftssimulationszentrum bei der Nacht der Forschung

Auch bei der diesjährigen Nacht der Forschung („Kutatók Éjszakája“) konnten die BesucherInnen wieder am „Ökonomischen Experiment“ teilnehmen, mit welchem sich die AUB präsentierte. Ein Team von Studierenden, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen der AUB war vor Ort und sorgte mit seinem Programm und heißem Tee für erkenntnisreiche Abwechslung, Information und Wärmendes.

Bereits am Freitagnachmittag, den 27. September 2013 begann die landesweite Nacht der Forschung an zahlreichen Orten in Budapest. Auf dem Gelände rund um das Veranstaltungshaus Dürer präsentierte im Rahmen des



Alt und Jung am Stand der AUB bei der Nacht der Forschung

Programmpunktes Wissenschaftsexpo („Tudományos Expo“) eine ganze Reihe von Institutionen, Vereinen und Organisationen Programme und Inhalte, die zum Staunen, Verstehen und Mitmachen einladen.

Am Zelt der AUB nahmen zahlreiche Interessierte in zwei Runden am öko-

nomischen Experiment teil, das die Strukturen und Zusammenhänge der Weltwirtschaft auf spielerische Weise vermittelte. Als SpielleiterInnen führten Edit Szabó und Gábor Zajka (beide Studierende der AUB) die teilnehmenden Familien mit Kleinkindern, Studierenden und SchülerInnen durch das

„Experiment“. Dóra Frey, wissenschaftliche Mitarbeiterin der AUB, und Tim Kraski, Doktorand der AUB, gaben Auskunft über den Beruf des Wissenschaftlers. Ebenso konnte man sich am Stand über ein Studium an der AUB informieren.

Josef Wetzl feiert Premiere in Ungarn „Die Unterwelt der Gefühle“ zum ersten Mal in Budapest

„Hoch geschätztes Publikum, für Sie habe ich gemalt meine Bilder, nicht für Ochsen nicht für Rinder“ /Josef Wetzl/

Josef Wetzl wurde 1930 im ungarndeutschen Dorf Magyarhertelend geboren. Als Jugendlicher erlebte er, wie russische Soldaten sein Heimatdorf besetzten und seine Schwester verschleppten. Ein Jahr später, mit dem letzten Waggontransport verließ die Familie ihre Heimat und zog nach Sachsen. Zunächst arbeitete der junge Wetzl als Bergmann und Schlosser. Die Leidenschaft für die Malerei entdeckte er mit Anfang zwanzig und sie fesselt ihn bis heute. Josef Wetzls Bilder sind Verschmelzungen impressionistischer und expressionistischer Bildmittel. Sie sind originär und originell: Das pralle Leben mit der „faszinierenden Unbegreiflichkeit des Ursprünglichen“ steht

im Fokus der Wetzl’schen Camera obscura. In seinen Bildern erzählt er sein eigenes Leben nach dem Leitspruch von Terentius: „Ich bin ein Mensch, nichts Menschliches ist mir fremd“. Wetzls Bilderzählungen faszinieren den Betrachter in ihrer Einfachheit stets mit Szenen und Begegnungen, die den Erlebnissen des Malers entstammen: an der blauen Donau, am stürmischen Balaton, auf Hochzeiten, beim Tanz, Konzert, im Bordell und auf Beerdigungen. Wetzl denkt den Betrachter immer mit, lässt ihn zum Teil der Inszenierung werden: Er teilt nur die Umrisse mit, um den Betrachter zu einem eigenen und geheimnisvollen (Durch)Blick zu verführen.

In Ungarn feierten seine Bilder am 23. September 2013 im Haus der Ungarndeutschen Premiere. Mónika Ambach, die Direktorin des Ungarndeutschen

Kultur- und Informationszentrums, sowie Melani Barlai von der AUB/netPOL begrüßten die Gäste, an die sich anschließend auch die einleitenden Worte Josef Wetzls per Videobotschaft richteten.

Durch die Zusammenarbeit des Ungarndeutschen Kultur- und Informationszentrums, des Hauses der Ungarndeutschen, des Ungarischen Kulturvereins Chemnitz, des Netzwerks Politische Kommunikation und der AUB ist es gelungen, die „Unterwelt der Gefühle“ nun auch in Budapest zu erleben. Ein besonderer Dank gilt dem Chemnitzer Kulturverein, der die Finanzierung des Transports und der Versicherung der Bilder sicherstellte.

Melani Barlai

Arne Franke über die Zips Eine Kulturlandschaft in Ostmitteleuropa

Die malerisch in die Vorgebirgslandschaft südlich der Hohen Tatra eingebettete Zips (slowak. Spiš) zählt zu den noch immer wenig bekannten Kulturlandschaften Ostmitteleuropas. Am Mittwochabend, dem 13. November 2013 hielt Arne Franke an der AUB einen Bildervortrag über diese Region.

Zu Beginn der Veranstaltung sprach Prof. Dr. András Masát, Rektor der AUB, einige einleitende Worte und brachte seine Freude auf den Vortrag zum Ausdruck. Mit seiner Einführung stellte der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Kulturforums östliches Europa, Ministerialdirigent i. R. Winfried Smaczny, die Verbindung für die Jugend zum Vortrag her, indem er die Kultur als Bindeglied für Europa hervorhob. Arne



Arne Franke zog die ZuhörerInnen durch kulturhistorische Details in den Bann der Zips

Franke studierte Kunstgeschichte in Frankfurt a. M. und arbeitete als Denkmalpfleger in Görlitz. Er ist als Bauforscher, Ausstellungsmacher, Autor und Dozent für Architekturgeschichte und Denkmalpflege tätig. In seinem Vortrag ging er ausgehend von seiner historischen Einleitung auf die kulturgeschichtlichen Details ein. Nachdem die bis 1918 zu Ungarn gehörende Region Zips seit dem Zweiten Weltkrieg hinter dem Eisernen Vorhang verschwunden war, gingen auch die Kenntnisse um die reichen Kunst- und Kulturschätze verloren, die von einer multiethnisch geprägten Bevölkerung – vorwiegend Slowaken, Ungarn und Karpatendeutsche, „Zipser Sachsen“ – geschaffen worden waren. Letztere waren, gerufen durch die ungarischen Könige, seit dem 12. Jahrhundert als Siedler in das

Land gekommen und hatten zahlreiche Dörfer und Städte gegründet, die sich zu blühenden Gemeinwesen und wesentlichen Kulturträgern entwickelten. Noch heute lässt sich ihre Bedeutung an den renaissancezeitlichen und barocken Bürgerhäusern sowie den reich ausgestatteten gotischen Stadtkirchen der Städte wie Leutschau/Levoča oder Kesmark/Kežmarok ablesen. Letztere weisen, ebenso wie viele ländliche Kirchen, eine erstaunliche Zahl an spätgotischen Flügelaltären auf, die wiederum die engen künstlerischen Einflüsse aus Deutschland, Österreich und Böhmen sowie dem südöstlich gelegenen Siebenbürgen reflektieren. Der Vortrag, der im Rahmen einer Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Kooperation mit dem Institut für deutsche Kultur

und Geschichte Südosteuropas e. V. und in Zusammenarbeit mit der AUB stattfand, illustrierte die Entwicklung dieser Kulturlandschaft sowohl anhand prominenter Baudenkmäler wie dem in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommenen geistlichen Zentrum des „Zipser Kapitels“ und seinem weltlichen Gegenüber, der Zipser Burg, als auch mit weniger bekannten Sakral- und Profanbauten.



Von A wie Aufnahmeprüfung bis Z wie Zips Tag der offenen Tür an der AUB

Der Universitätsalltag sowie das Studium an der AUB sind zumeist abwechslungsreich und bieten zahlreiche Möglichkeiten. Um den Interessierten dies zu vermitteln, wurde wiederholt zum allsemesterlichen Tag der offenen Tür eingeladen. Am 13. November 2013 konnten Interessierte die Universität besuchen und in das Universitätsleben hineinschnuppern sowie sich über ein Studium an der AUB informieren. Das Programm am Tag der offenen Tür umfasste am Morgen eine Präsentation, bei der die Universität und ihre Fakultäten vorgestellt wurden. Anschließend konnten sich die Interessierten mit Studierenden aller Fachrichtungen in einer Gesprächsrunde unmittelbar austauschen. Den an einer Promotion Interessierten standen danach DoktorandInnen zu einer Diskussion zur Verfügung. Ebenso konnten schriftliche und mündliche Probeaufnahmeprüfungen absolviert werden und persönliche Beratungsgespräche an den Fakultäten lieferten Empfehlungen für die Studienwahl. Über den ganzen Tag war es möglich an den Lehrveranstaltungen teilzunehmen und am Informationstisch erhielt man zahlreiche Auskünfte. Am Abend erwarteten die BesucherInnen zwei öffentliche Vorträge im Bereich Kulturgeschichte von Arne Franke bzw. Wirtschaftswissenschaften von Dr. Jörg Dötsch.



Zahlreiche Interessierte kamen und informierten sich über das Studium an der AUB direkt bei den Studierenden im Master- und Ph.D.-Programm jeweils in lockerer Runde

Kooperationsvereinbarung zwischen dem CDH und der AUB

Am Donnerstag, dem 14. November 2013 wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen der University College of International Relations and Diplomacy Dag Hammarskjöld (CDH) aus Zagreb und der AUB unterzeichnet.

Von kroatischer Seite war während der Senatssitzung am selbigen Tag der kroatische Botschafter in Budapest, Dr. sc. Gordán Grlić Radman, anwesend. Der Rektor der AUB, Prof. Dr. András

Masát, und Prof. Dr. Ivo Šlaus, der Dekan des CDH, zeichneten den Vertrag zur künftigen Kooperation.

Ziel der Kooperationsvereinbarung ist die wechselseitige Förderung und Unterstützung der akademischen Programme der AUB und des CDH durch Zusammenarbeit und Vernetzung. Inhaltlich bestehen zwischen den Programmen beider Institutionen enge Bezüge. AUB und CDH planen die

Durchführung gemeinsamer Sommer-schulprogramme in Kroatien, ferner wird qualifizierten Studierenden des CDH die Teilnahme an Doktoranden-workshops der AUB ermöglicht. AUB und CDH sehen vor, falls sich die Gelegenheit ergibt, wechselseitig Vorträge ihres Lehrpersonals zu interessierenden Themen anzubieten. Ebenso sollen weitere Kooperationen zwischen den beiden Institutionen folgen.

AUB und Hamburger Hochschulen vereinbaren wirtschaftswissenschaftliches Graduiertenkolleg

Die AUB und die Hamburg School of Business Administration (HSBA) vertiefen ihre enge und erfolgreiche Zusammenarbeit. Unter Mitwirkung der Helmut-Schmidt-Universität und deren Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (HSU/ZWW) wird ab 2014 ein wirtschaftswissenschaftliches Graduiertenkolleg aufgebaut mit dem Ziel der Betreuung kooperativer Promotionen.

„Wir verstehen unsere Initiative als Beitrag zu einer vertieften europäischen Zusammenarbeit in Wissenschaft, Forschung und Lehre“, erklärten die Vertreter der beteiligten Universitäten übereinstimmend bei einem Treffen in Hamburg: Für die HSU hat Prof. Klaus Beckmann als Vorstand des ZWW die

Federführung, auf der Seite der AUB ist Prorektor Prof. Stefan Okruch der Motor der Kooperation. Dr. Uve Samuels, Geschäftsführer der HSBA, betonte die Übereinstimmung mit den zentralen Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Zugangsmöglichkeiten von AbsolventInnen von Hochschulen zur Promotion: „Das Graduiertenkolleg ist dementsprechend eine gemeinsam getragene Kooperationsplattform zur Betreuung kooperativer Promotionen“.

Die HSBA wurde 2004 von der Handelskammer Hamburg gegründet und bietet als staatlich anerkannte Hochschule duale und berufsbegleitende betriebswirtschaftliche Bachelor- und Master-Studiengänge für über 700 Stu-

dierende an. Hochwertige Weiterbildung für Fach- und Führungskräfte, anwendungsorientierte Forschung und Beratung vervollständigen das Angebot der HSBA. Zusammen mit der Claussen-Simon-Stiftung hat die HSBA die Schnittstelle zu kooperativen Promotionsprogrammen dem „Claussen-Simon Graduate Centre at HSBA“ geschaffen. Die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (HSU/UniBw H) beteiligt sich im Rahmen der externen wissenschaftlichen Weiterbildung an dem wirtschaftswissenschaftlichen Graduiertenkolleg und damit am interdisziplinären Ph.D.-Programm „Die Zukunft Mitteleuropas in der EU“ an der AUB.

AUB erhält Förderung vom Auswärtigen Amt zum Aufbau von Foren zur politischen Bildung

Der deutsche Botschafter in Ungarn, Dr. Matei I. Hoffmann, überreichte dem Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát, einen Scheck des Auswärtigen Amtes über 32.400 Euro zur Finanzierung des Aufbaus des „Andrássy Forum for Western Balkan Studies“ und des „Andrássy Eastern Partnership Forum“ am Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung der AUB.

Den symbolischen Scheck nahm der Rektor am 6. Januar 2014 in den Räumen der Deutschen Botschaft in Budapest entgegen. In beiden Foren, die sich auf die Staaten des Westbalkans und die Länder der Östlichen Partnerschaft beziehen, wird das Thema „Politische Bildung“ einen zentralen Stellenwert



Prof. Dr. Masát, Rektor der AUB (Mitte) übernahm den symbolischen Scheck von Botschafter Dr. Hoffmann (links) in den Räumen der Deutschen Botschaft in Budapest

einnehmen. Der Rektor sprach dem Auswärtigen Amt im Namen der Universität seinen Dank für die großzügige Unterstützung aus. Mit den Mitteln können Reisen zum Aufbau des „Forum for Western Balkan Studies“, die

Einrichtung einer Webseite für Online-Wahlhilfe namens „Vokskabin“ in Ungarn, die Anschaffung von Fachliteratur für die Universitätsbibliothek sowie Verwaltungskosten finanziert werden.

Nachrichten der Fakultäten

Fakultät für Internationale Beziehungen

Prof. Dr. Okruch erhält Teaching Award in Hamburg

Prof. Dr. Stefan Okruch, Professor für Wirtschaftspolitik und Prorektor der AUB, ist mit dem Teaching Award 2013 der Hamburg School of Business Administration (HSBA) ausgezeichnet worden, die ein langjähriger und enger Hochschulpartner der AUB ist. Mit der Auszeichnung, die ihm am 2. Oktober 2013 verliehen wurde, wird die herausragende Qualität der Lehre im volkswirtschaftlichen Modul der Masterprogramme der HSBA gewürdigt, für das Prof. Dr. Okruch die Modulverantwortung trägt.

Prof. Dr. Okruch ist auch selbst an der Lehre im volkswirtschaftlichen Modul des MSc. „Global Management and Governance“ sowie des MBA „Business Administration and Honourable Leadership“ beteiligt. Als Modulverantwortlicher hat er darüber hinaus bereits in der Entwicklungsphase der (englisch-

sprachigen) Masterprogramme wichtige Impulse gegeben. Als „Institutional Coordinator“ der AUB für das europäische Life Long Learning Programm hat Prof. Dr. Okruch auch den frühzeitigen Abschluss eines ERASMUS-Vertrages mit der HSBA angebahnt, wobei im Rahmen dieser europäischen Partnerschaft vor allem Dozenten ausgetauscht werden. Der Studierendenaustausch gestaltet sich aufgrund unterschiedlicher Semesterzeiten und Modulstrukturen nicht ganz einfach, doch sieht das Hamburger Master-Curriculum ein Projektmodul vor, in dem ein aktuelles Markteinführungsprojekt eines Unternehmens im Rahmen eines einwöchigen Auslandsaufenthaltes bearbeitet wird. Dementsprechend haben Studierende von AUB und HSBA bereits gemeinsam ein Beratungsprojekt in Budapest für den Eintritt eines Hamburger Unternehmens



Prof. Dr. Stefan Okruch bei der Verleihung

in den ungarischen Markt erfolgreich abgeschlossen.

Kritik von Botschafter a. D. Volker Seitz an der Entwicklungshilfe für Afrika

Am Dienstag, dem 8. Oktober 2013 hielt Botschafter a. D. Volker Seitz auf Einladung der Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB einen Vortrag zum Thema „Afrika wird armregiert – Wie man Afrika wirklich helfen kann“.

Der Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen, Dr. Dr. Pohl, begrüßte Botschafter Seitz an der AUB, der siebzehn Jahre als deutscher Diplomat auf verschiedenen Posten in Afrika beschäftigt gewesen war. Seitz machte seinem Ruf als einer der renommiertesten Kritiker der Entwicklungshilfe alle Ehre und ließ in seinem Vortrag nur wenig Gutes an der Hilfe, die von westlichen Staaten in Afrika geleistet wird. Laut Seitz könnten viele afrikanische Länder sehr viel entwickelter sein, als sie es momentan sind, da sie über große Rohstoffvorkommen und eine junge und arbeitskräftige Bevölkerung verfügen. Die Entwick-

lungshilfe, die momentan geleistet wird, ist, wie Seitz erklärte, aus mehreren Gründen ungeeignet, die Probleme des afrikanischen Kontinents zu beseitigen, denn die afrikanischen Länder sind von der jahrzehntelangen Entwicklungshilfe abhängig geworden. Zudem verliert die Bevölkerung in vielen Ländern Afrikas ihren Antrieb und wird unselbstständig, da sie an dauerhafte Entwicklungshilfe gewöhnt ist. Nach Ansicht Seitz' wären leistungsfähige und bürgernahe Regierungen notwendig, um diese Probleme zu bekämpfen. Projekte, die von der Entwicklungshilfe bezahlt werden, müssten konkret mit den Bürgern und nicht mit entfernten Ministerien erarbeitet werden. Gleichzeitig betonte Seitz, dass die Initiative für eine Veränderung der Entwicklungshilfe von Afrika ausgehen müsse, damit die jetzige vielversprechende junge afrikanische Generation,

die über eine bessere Bildung verfüge als alle Generationen vor ihr, Aufstiegschancen auf dem afrikanischen Kontinent sehe und nicht dazu gezwungen werde auszuwandern. Jedoch kann – so Seitz – erst nach einem Generationswechsel ein grundlegender Wandel in der innerafrikanischen Politik stattfinden. Er forderte zudem, dass nur jene afrikanischen Länder weiterhin unterstützt werden sollten, die daran arbeiten, ihre endemischen Probleme eigenständig zu lösen. Im Anschluss an den interessanten Vortrag nutzten die Zuhörer die Möglichkeit, weitere Fragen zu Seitz' Vorstellungen von einer gerechten Entwicklungszusammenarbeit zu stellen.

Benjamin Peter

Claudia Bandion-Ortner über die Chancen des interreligiösen Dialogs

Am Montag, dem 14. Oktober 2013, hielten Mag. Claudia Bandion-Ortner und Dr. Karsten Lehmann vom King

Abdullah Bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue (KAICIID) einen Vor-

trag zum Thema „KAICIID: Neue Wege zum Dialog“. Der Vortrag fand auf Einladung der Fakultät für Internationale

Beziehungen im Rahmen der Joseph Freiherr Hammer-Purgstall Reihe zur Politikwissenschaft der AUB und des Österreichischen Kulturforums Budapest (ÖKF) statt.

Der Religionswissenschaftler Dr. Karsten Lehmann begann mit einer kurzen Einführung zum interreligiösen und interkulturellen Dialogs. Der Dialog an sich blicke auf eine sehr lange Geschichte zurück, die bereits mit Platon, der diesen als Mittel zur Erkenntnis schätzte, ihren Anfang nahm. Gleiches gilt laut Lehmann auch für den interkulturellen und interreligiösen Dialog im Speziellen, der bereits im Apostelkonzil, spätestens jedoch in den mittelalterlichen Religionsdisputen stattfand. Einen Einzug in die internationalen

Beziehungen fand der interreligiöse Dialog jedoch erst vor rund zwanzig Jahren, vorher galt er, wie Lehmann erklärte, gewissermaßen als eine „no go area“.

Im Folgenden stellte die stellvertretende Generalsekretärin und ehemalige österreichische Justizministerin Claudia Bandion-Ortner KAICIID als Organisation vor und erläuterte, welchen Beitrag diese zum interreligiösen Dialog zu leisten versucht. Die in Wien angesiedelte Institution wurde erst 2011 von Saudi-Arabien, Spanien und Österreich auf Initiative des saudischen Königs Abdullah gegründet. Die noch junge Organisation hat es sich zum Ziel gesetzt, Wegbereiter für gegenseitiges Verständnis zu sein und durch den Di-

alog Frieden zu stiften. Dazu wurden drei Programme ins Leben gerufen: „The image of the other“ zielt darauf ab, Vorurteile abzubauen und eine objektive Darstellung der anderen Religion im Schulunterricht, in den Medien etc. zu ermöglichen. „Children’s survival“ ist ein Projekt zur Senkung der Kindersterblichkeit, und mit dem Fellowship Programm sollen zukünftige Religionsvertreter bereits früh erlernen, den Dialog als Instrumentarium einzusetzen. Ganz im Sinne der Organisation luden die beiden Vortragenden ihre Zuhörer zur Diskussion ein und ermöglichten Ihnen, eine Fülle an Fragen zu stellen.

Sandra Hartmann

Schweizer Botschafter unterzeichnete Förderungsvertrag und gewährte Einblick in den diplomatischen Dienst

Am Montag, dem 21. Oktober 2013 lud die Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB zur ersten Veranstaltung der Reihe „Diplomatische Gespräche“ ein. Diese Reihe wurde vonseiten der Universität etabliert, um den Studierenden informelle Gespräche mit aktiven Diplomaten zu ermöglichen. Dabei sollen Studenten einen Überblick über die konkreten Aufgaben eines Diplomaten bekommen sowie die Möglichkeit erhalten, einen einmaligen Blick hinter die Kulissen der Diplomatie zu werfen. Fragen jeder Art sind hierbei nicht nur erlaubt, sondern geradewegs erwünscht. Um es mit den Worten des ersten Gastes S. E. Jean-François Paroz, dem Schweizerischen Botschafter in Ungarn, auszudrücken: „Fragen Sie mich gerne undiplomatisch, und ich werde Ihnen undiplomatisch antworten.“

Im Beisein des Rektors der Universität, Prof. Dr. András Masát, des Dekans der Fakultät für Internationale Beziehungen, Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl, sowie der Kultur- und Bildungsreferentin der Schweizerischen Botschaft, Katalin Györy, wurde die Veranstaltung von dem Leiter der Professur für Politikwissenschaft III, Dr. Zoltán Tibor Pállinger, eröffnet. Im Vorfeld der Veranstaltung hatten Botschafter Paroz und Prof. Dr. Masát einen Förderungsvertrag unterzeichnet, der bis zum Ende des Jahres 2013 gültig sein wird. In 2014 wird der Vertrag voraussicht-



Feierliche Übergabe des Förderungsvertrages mit (v.l.n.r.) Ákos Domahidi, LL.M. (Kanzler der AUB), Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl (Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen), Prof. Dr. András Masát (Rektor der AUB), S. E. Jean-François Paroz (Schweizerischer Botschafter in Ungarn), Katalin Györy (Kultur- und Bildungsreferentin der Schweizerischen Botschaft) sowie Dr. Zoltán Tibor Pállinger (Professur für Politikwissenschaften III)

lich erneuert. Die Schweizer Botschaft fördert die AUB mit Stipendien und der Übernahme von Veranstaltungskosten. So werden zwei Carl Lutz-Stipendien an Studierende der AUB vergeben und Veranstaltungskosten eines wissenschaftlichen Workshops bzw. Rundtischgespräche und Veranstaltungskosten von wissenschaftlichen Vorträgen sowie eine Studienreise in die Schweiz für Studierende gefördert.

Wichtig war es Botschafter Paroz besonders, Antworten auf die Fragen zu

geben, wie man Diplomat wird, was zu den Tätigkeitsbereichen eines Diplomaten gehört und worin der Erfolg diplomatischer Arbeit begründet liegt. Als Grundvoraussetzung eines erfolgreichen Diplomaten nannte er vorab die Kriterien des „Klugeins“ und der Sozialkompetenz. Diese sei besonders wichtig, damit sich die Menschen im Umfeld eines Diplomaten wohlfühlen und gute Arbeitsbeziehungen beziehungsweise Netzwerke entstehen können. Jedoch trat er im selben Atemzug

dem Klischee des Botschafters als „reiner Networker“ entgegen.

Im Hinblick auf die faktischen Kriterien zum Eintritt in den diplomatischen Dienst nannte er neben den gängigen Kriterien der Staatsangehörigkeit, dem Abschluss eines Hochschulstudiums etc. vor allem das Beherrschen von Fremdsprachen. Darüber hinaus ist formal ein so genannter „Concours“ zu absolvieren, der jährlich stattfindet und den lediglich die Besten vierzehn eines Jahrganges bestehen. Dieses „Concours“-Verfahren gebe es in zahlreichen Ländern, führte er fort, so auch in Deutschland.

Und nein, „Diplomaten verhandeln nicht rund um die Uhr.“ So wie das Networking, gehöre zwar auch das Verhandeln zum Beruf, allerdings lediglich als ein Teil der Arbeit. Oftmals werde

das Verhandeln sogar von reinen Fachexperten übernommen. Als Beispiel nannte er das erst kürzlich von ihm unterschriebene, jedoch nicht selbst ausgehandelte Doppelbesteuerungsabkommen mit Ungarn. Die Aufgaben eines Diplomaten sind allerdings vielseitiger. Über die Betreuung von Projekten, dem Ausschauhhalten nach neuen Kooperationspartnern, regelmäßig zu verfassenden Berichten an die Zentrale zu innen- und außenpolitischen Entwicklungen im Sendeland hinaus hat ein Diplomat im Besonderen als Korrektiv und Balance der jeweiligen Presse zu dienen und für eine klare Darstellung der Entwicklungen im jeweiligen Land zu sorgen. Beobachtung und Analyse – das sind nach Ansicht Paroz' die Tätigkeitsfelder eines Diplomaten, der letztendlich eben ein Repräsentant

ist. Einer der besonderen Vorzüge, die man in der Arbeit als Diplomat genieße, sei die große Freiheit. Zwar wird die Außenpolitik grundlegend in der Zentrale in Bern betrieben, doch haben die Außenvertretungen der Schweiz auch enorme Freiheiten. Ein Diplomat könne auf Eigeninitiative demnach sehr viel gestalten.

Für den Erfolg entscheidend ist hierbei, die Erwartungen der Zentrale zu kennen und die Arbeit in hoher Qualität abzuliefern. Besonders wichtig sei jedoch, dass man Freude an der Arbeit habe und zufrieden sei. Nur so könne Sozialkompetenz ausgestrahlt werden, welche wie eingangs erwähnt, unumgänglich für einen erfolgreichen Diplomaten ist.

Katrin Krämer

Der mazedonische Botschafter, S. E. Darko Angelov an der AUB

Am 11. November 2013 hielt der Botschafter der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, S. E. Botschafter Darko Angelov, einen Vortrag über die politische und wirtschaftliche Situation in Mazedonien. Botschafter Angelov kam auf Einladung der Fakultät für Internationale Beziehungen an die AUB. Die Veranstaltung wurde im Rahmen der Vorbereitung auf die Mazedonien-Exkursion, die im Dezember 2013 stattfand (siehe auch Seite 35 dieser Ausgabe), organisiert.

Dekan Dr. Dr. Pohl stellte S. E. Darko Angelov als Botschafter eines kleinen Staates vor, der über eine weit zurückreichende Geschichte verfügt. Und auch der Botschafter leitete seinen Vortrag mit einem historischen Abriss des Landes ein, dessen Territorium, das wir heute als den Staat Mazedonien kennen, neben oder wegen seiner kulturellen Vielfalt vielmals umkämpft und geteilt wurde. Die moderne Entwicklung des Landes erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung Jugoslawiens.

Die heutigen Probleme stammen aus

der Zeit der Unabhängigkeit, die Mazedonien und Slowenien auf friedlichem Weg im Jahr 1991 erreichten. Der größte und bekannteste Konflikt ist der Streit mit Griechenland um die Nutzung des Namens Mazedonien. Aufgrund dieser Namensfrage blockiert Griechenland die internationale und damit auch die europäische Integration des neuen Staates seit Anfang der 90er Jahre. Botschafter Angelov hält die unrechte Blockierung durch Griechenland für unfair, denn einerseits habe Mazedonien die meisten Beitrittskriterien zur Europäischen Union bereits seit langer Zeit erfüllt, andererseits aber bedeute dieses Verhalten eine Bedrohung für die ganze Region, da es radikale Tendenzen im Land verstärke.

Anschließend berichtete der Botschafter über die Erfolge und die Entwicklung Mazedoniens. Er sprach im Zusammenhang damit über die Lösungen im politischen System, den Umgang des Staates mit der Problematik von Multinationalismus und Multikulturalismus, über die Garantie von politischen Rechten und Repräsentation für

„Nicht-Mehrheits-Gruppen“ durch die doppelte Mehrheit bei wichtigen Gesetzen und die gesicherten Plätze im Parlament sowie in den Gemeinden.

Schließlich fasste er die mazedonische Entwicklung in zwei Punkten zusammen: dem teilweise schon erklärten Konfliktmanagement zwischen den zahlreichen verschiedenen ethnischen Gruppen bzw. der makroökonomischen Stabilität.

Auf die Fragen der Studenten antwortend, nannte der Botschafter als weitere Problemfelder eines mazedonischen Beitritts zur EU neben den regionalen Problemen die fehlende Bereitschaft der EU für eine Erweiterung zum momentanen Zeitpunkt. Ein weiteres Thema, welches die Studenten anschnitten, betraf die Roma-Frage. Hier sprach Botschafter Angelov über das erfolgreiche Roma-Programm der mazedonischen Regierung und die positive Entwicklung der Situation sowohl in diesem Bereich als auch im Kampf mit den weiteren Herausforderungen.

Patrícia Marity

Dr. Werner Bruns zum Wandel in der deutschen Entwicklungspolitik

Am Donnerstag, dem 21. November 2013, hielt Dr. Werner Bruns, Abteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), auf Einladung der

Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB einen Vortrag zum Thema „Entwicklungspolitik im Wandel“.

Der Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen, Dr. Dr. Pohl, begrüßte

Dr. Werner Bruns an der AUB und stellte ihn als ausgewiesenen Experten auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik vor. Bruns zeichnete ein Bild der Entwicklungspolitik von ihren Anfän-

gen in der Mitte des 20. Jahrhunderts bis zum heutigen Tage. Er erklärte, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung knüpfe an die Vergabe von bilateralen Mitteln auch immer Voraussetzungen, zu welchen auch der so genannte „Menschenrechte-TÜV“ des BMZ zähle, den diejenigen Länder bestehen müssen, die deutsche Mittel erhalten wollen. Jedoch spielen bei der Vergabe von Mitteln des BMZ, welche in 50 Länder der Welt fließen, auch immer direkte Interessen Deutschlands eine Rolle. Hierzu gehören im Allgemeinen Wirtschaftsinteressen und im Speziellen Rohstoffinteressen des deutschen Staates.

Die Mittel, die das BMZ pro Jahr für Entwicklungspolitik ausgibt, belaufen sich auf 6,3 Milliarden Euro und stellen damit den zweitgrößten Investitionshaushalt nach dem des Verkehrsministeriums in Deutschland dar. Dennoch steht der Stellenwert der Entwicklungspolitik in Deutschland weit hinter den zur Verfügung stehenden Mitteln. Bruns merkte an, dass die Harmonisierung der Entwicklungspolitik auf der Ebene der Europäischen Union katastrophal sei und in vielen Fällen eine Abstimmung erst vor Ort in den unterstützenden Ländern geschehe. Er

plädierte für eine Regelung der multilateralen Entwicklungspolitik auf EU-Ebene und den Verbleib der bilateralen Entwicklungspolitik in den Mitgliedsstaaten.

Im Anschluss an den interessanten Vortrag nutzten die Zuhörer die Möglichkeit, weitere Fragen zu der Entwicklungspolitik des BMZ und zu Bruns' Vorstellungen von einer guten Entwicklungspolitik zu stellen.

Benjamin Peter

Der kosovarische Botschafter S. E. Sami Ukelli an der AUB

Am Montag, dem 25. November 2013 hielt der Botschafter der Republik Kosovo, S. E. Botschafter Sami Ukelli, einen Vortrag über die politische und wirtschaftliche Situation im Kosovo. Botschafter Ukelli kam auf Einladung der Fakultät für Internationale Beziehungen an die AUB, wo die Veranstaltung im Rahmen der Vorbereitung auf die Mazedonien-Exkursion Anfang Dezember stattfand (siehe auch Seite 36 dieser Ausgabe).

Botschafter Ukelli sprach zunächst über die Bedeutung der Wahlen im Kosovo, die erst kürzlich stattgefunden hatten. Da diese in dem sehr kleinen Land „nur“ auf der Lokalebene durchgeführt wurden, liege die Annahme nahe, – so Ukelli – sie seien von geringer Bedeutung, doch gerade das Gegenteil sei der Fall. Denn es ist das erste Mal in der Geschichte des jungen Landes, dass flächendeckend und überall, also auch im Norden der Republik, Wahlen abgehalten wurden. Wahlen finden im Kosovo generell alle zwei Jahre statt. Diese Regelung war eine bewusste Entscheidung

und wurde gewissermaßen als „Erziehungsmaßnahme“ eingeführt, um die Demokratie auch in der Bevölkerung zu konsolidieren.

Die ehemalige autonome Provinz der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens erlangte am 17. Februar 2008 ihre Unabhängigkeit. Der Ahtisaari-Plan, benannt nach dem ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari, sollte den Status des Kosovo klären. Durch die Ablehnung Russlands kam es jedoch nie zur Abstimmung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Folglich ist der Kosovo bisher noch kein Mitgliedstaat der UN. Diese Mitgliedschaft zu erlangen, erklärte Botschafter Ukelli, ist dabei die höchste Priorität für den Kosovo. Aber auch die Mitgliedschaft in anderen, kleineren Organisationen wird angestrebt und ist ein wichtiges außenpolitisches Ziel. Er lobte das konstruktive Verhalten Zyperns während seiner Ratspräsidentschaft, die das Land in der zweiten Jahreshälfte 2012 innehatte, denn es hat erheblich dazu beigetragen, dass die Verhandlungen

zwischen der Europäischen Union und dem Kosovo über ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA) beginnen konnten.

Der Botschafter sprach auch über die schwierige wirtschaftliche Situation, in der sich der Kosovo befindet. Bereits als Provinz der Republik Jugoslawien gehörte der Kosovo zu den unterentwickeltesten Regionen. Er verwies jedoch auf einige Entwicklungen und Erfolge; gleichzeitig nannte er die Auswanderung und den Brain-Drain als gravierende Probleme, die daraus folgenden Rücküberweisungen ins Land jedoch als Stütze auf der Ebene der Familien. Abschließend zeigte sich Herr Ukelli überzeugt von der Verfassung seines Landes, die er „die modernste Verfassung der Welt“ nannte. Sie gestehen auch den ethnischen Gemeinschaften weitreichende Mitsprache- und Gestaltungsrechte zu, um ein friedliches Zusammenleben zu garantieren.

Sandra Hartmann

Ausländische Unternehmen in Ungarn – Bedingungen ihres Erfolgs

Dr. Arne Gobert, Vorstandsvorsitzender des deutschen Wirtschaftsclubs in Ungarn, sprach am 10. Dezember 2013 an der AUB über Hürden und Erfolgsfaktoren ausländischer Unternehmen in Ungarn. Der deutsche Wirtschaftsclub in Ungarn vertritt die Interessen seiner 165 Mitglieder, die in Ungarn tätige Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum repräsentieren. Die

Institution hat derzeit Vertretungen in Győr und Budapest und ein weiterer Standort in Kecskemét ist in Planung. Im ersten Teil seines Vortrags skizzierte Dr. Gobert die Unternehmenslandschaft in Ungarn. Die 25 größten Unternehmen stellen hier vorrangig Betriebe aus dem Industrie- und Handelswesen dar, von denen insbesondere Industrieunternehmen mit deutschem

Hintergrund einen großen Anteil repräsentieren, die ihre Produktion nach Ungarn verlagert haben. Direkt nach dem ungarischen Energiekonzern MOL auf Platz 1 folgt Audi Hungaria als Unternehmen mit ausländischer Beteiligung als zweitgrößtes Unternehmen innerhalb Ungarns. Anschließend setzte sich Dr. Gobert mit administrativen und rechtlichen

Problemen auseinander, mit denen sich ausländische Unternehmen in Ungarn konfrontiert sehen. Dabei ging er zunächst auf die Debatte um das neu überarbeitete ungarische Zivilgesetzbuch (BGB) ein. Gobert verwies darauf, dass es sich bei der neuen Auflage des ungarischen BGB lediglich um eine Kodifizierung von in der Praxis bereits angewandten Rechtspraktiken handle, die somit nur begrenzte inhaltliche Neuerungen für Unternehmen bedeuten.

Als tatsächlich problematisch charakterisierte er die Gesetzgebungswelle der ungarischen Politik der vergangenen Jahre, was aus Unternehmenssicht institutionelle und legislative Planungsunsicherheit bewirkte. Mit anhaltenden Gesetzgebungsänderungen gehen für Unternehmen Risiken von Strafen bei Unwissenheit und Nichteinhaltung bestimmter legislativer Neuerungen einher und häufige Vertragsanpassungen werden notwendig. Bezüglich der oftmals kritisierten Welle an Gesetzesänderungen wies Dr. Gobert darauf hin, dass die besondere Situation Ungarns allerdings zu berücksichtigen sei. So befindet sich das Land zeitlich kurz hinter einer Systemtransformation und somit immer noch in einer Findungsphase der passenden administrativen und rechtlichen Ausgestaltung. Einen deutlichen Wendepunkt im Bereich auslän-

discher Unternehmenstätigkeit löste die rückwirkende Besteuerung von Unternehmen aus, die vor zwei Jahren in Ungarn eingeführt wurde. Dies führte dazu, dass zahlreiche Gesellschaften das Land verließen und der Standort Ungarn nur noch wenige Neuinvestoren akquirieren konnte. Deutsche Unternehmen waren jedoch weniger unter den sich zurückziehenden Betrieben vertreten, da diese meist in langfristig angelegten Produktionsinvestitionen engagiert sind.

Neben den rechtlichen Hürden weist die ungarische Wirtschaftssituation jedoch zahlreiche positive Charakteristika auf. So ist die derzeitige Schuldensituation als gut zu bewerten, es gibt neben den zu Beginn erwähnten Großkonzernen auch eine große Zahl an klein- und mittelständischen Unternehmen im Produktions- und Zulieferbereich, und durch die ausländischen Investoren konnte eine nachhaltige, moderne Industrie aufgebaut werden. Doch gibt es auch bedeutsame Problemfelder innerhalb der ungarischen Unternehmenstätigkeit. So ist die Vermeidung der lückenlosen Rechnungsstellung gängige Praxis. Auch Schwarzarbeit und Korruption im Unternehmensbereich zählen zu den omnipräsenten und beständig wachsenden Problemen. Darüber hinaus ist die begrenzte Verfügbarkeit von ausgebildeten Fachkräften ein

Thema, das die Unternehmenssituation in Ungarn entscheidend beeinträchtigt. Die Vorteile des ungarischen Arbeitsmarkts, wie etwa niedrige Lohnkosten und ein dazu relativ hohes Qualifikationsniveau werden von ausländischen Investoren wie Audi nahezu flächendeckend abgeschöpft.

Im letzten Hauptteil wies Dr. Gobert auf die so genannten „Hidden Champions“, also besonders erfolgreiche, in der Öffentlichkeit jedoch relativ unbekannt mittelständische Unternehmen in Ungarn hin. Diese zeichnen sich oft durch hohe Flexibilität, internationale Aufstellung und Spezialisierung in Nischensparten aus. In der Regel sind sie im Bereich innovativer Dienstleistungen und IT-Lösungen tätig und weniger im produzierenden Gewerbe wie die marktführenden Großkonzerne.

Abschließend berichtete Dr. Gobert von seinen Erfahrungen und gab den Studierenden hilfreiche Tipps für einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben. Darüber hinaus beantwortete er Fragen aus dem Kreis der Studierenden und schätzte beispielsweise die Rolle wechselnder Regierungen auf die Unternehmenstätigkeit und die Zusammenarbeit ausländischer und einheimischer Betriebe ein.

Kristina Förster

Fakultät für Mitteleuropäische Studien

Fred Sinowatz-Wissenschaftspreis an Ursula Mindler verliehen

Am 9. September 2013 wurde der Fred Sinowatz-Wissenschaftspreis 2012 offiziell an Ursula Mindler, Oberassistentin der Fakultät MES verliehen.

Die Preisverleihung fand im Landesmuseum Eisenstadt statt. Mindler wurde für ihre publizierte Dissertation „Grenz-Setzungen im Zusammenleben. Verortung jüdischer Geschichte in der ungarischen/österreichischen Provinz am Beispiel Oberwart/Felsőőr“ ausgezeichnet. Die weiteren Preisträger waren Herbert Brettl (Wissenschaft) und Barbara Zeman (Literatur).

Wir gratulieren Frau Dr. Mindler zu ihrer Auszeichnung!



Dr. Ursula Mindler erhielt während der Preisverleihung die Urkunde von Kulturlandesrat Helmut Bieler

Präsentation des Sammelbandes zu Wirtschaft und Wohlstand in Mitteleuropa von Dr. Christopher Walsch

Am 24. September 2013 fand in der Bibliothek des Österreichischen Kulturforums an der AUB die Buchpräsentation des Bandes „Einhundertfünfzig Jahre Rückständigkeit? Wirtschaft und Wohlstand in Mitteleuropa von 1867 bis zur Gegenwart“ statt. Der Band enthält vierzehn Beiträge und wurde von Dr. Christopher Walsch herausgegeben, der achtzehn Monate Senior Research Fellow am Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung der AUB gewesen war und mit diesem Band die Ergebnisse der gleichnamigen Tagung vorstellen konnte, die im April 2012 stattgefunden hatte. Sieben Beiträge des Bandes wurden durch das Donau-Institut finanziert, während die AUB-Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) die Produktions- und Druckkosten übernahm. Veranstalter der Buchpräsentation waren das Österreichische Kulturforum Budapest (ÖKF) und die AUB-Fakultät MES.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von der ÖKF-Direktorin Susanne Bachfischer, die sich erfreut zeigte, dass das ÖKF die Übersetzung eines Buchbeitrages finanzieren konnte. Michael Zimmermann, der Botschafter Österreichs in Ungarn, machte in seinem Grußwort auf den politischen Hintergrund des Themas aufmerksam und ermutigte Herausgeber und Veranstalter zu einer Fortsetzung der Arbeit, wirtschaftshistorische Fragen Zentraleuropas auch in Zukunft wissenschaftlich eingehend zu untersuchen. Der Dekan der Fakultät MES, Georg Kastner, verwies als einer der Reihenherausgeber auf die günstigen Publikationsmöglichkeiten, die sich Forschern an der AUB mit der „Mitteleuropäischen Schriftenreihe“ (siehe auch S. 17 dieser Ausgabe) eröffnen.



Buchherausgeber Dr. Christopher Walsch (am Tisch, 1. v. l.) während der Präsentation des Bandes mit den anderen ReferentInnen in der ÖKF-Bibliothek

Als erster von vier Referenten erläuterte Buchherausgeber Christopher Walsch in wenigen Worten die lange Geschichte des Begriffes 'Rückständigkeit' und benannte einige Merkmale des „Ungeliebten ungarischen Kapitalismus“ – so der Titel seines Beitrages im Tagungsband. Fruzsina Müller von der Universität Leipzig sprach über die Konsumkultur im Kádár-Ungarn und über das ungarische Jeansprogramm, das als Gegenprodukt zu den westlichen Markenjeans etabliert wurde. Péter Krisztián Zachar, Professor an der Kodolányi János Hochschule in Budapest, referierte kurz über die Bedeutung von Wirtschaftskammern im Ungarn der Zwischenkriegszeit und der Gegenwart. Der letzte Referent, Tibor Palánkai von der Corvinus Universität Budapest und der Ungarischen

Akademie der Wissenschaften, sprach schließlich über das Integrationsprofil Ungarns heute und erläuterte seine Ansichten zum berühmten Zentrum-Peripherie-Paradigma, das den wirtschaftsgeschichtlichen Diskurs in Mittel- und Osteuropa weitgehend dominiert. Der Abend fand mit einem Weinempfang seinen Ausklang. Die Aufsätze der Autoren spannen einen Bogen von der Einkommens- und Vermögenslage der ungarischen Aristokratie über die Lebensstandardpolitik der Kádár-Ära bis zu den Schwierigkeiten der Transformation in Zentraleuropa in den 1990er Jahren und dem ungeliebten ungarischen Kapitalismus der Gegenwart.



Konferenz zu Opfernarrativen in der Vergangenheit und in der Gegenwart

Infolge der ethischen Wende, die in den Kulturwissenschaften neuerdings zu beobachten ist, gelangte die Problematik des Opfers in den Mittelpunkt literarischen, historischen, theologischen, juristisch-kriminologischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Interesses. Womit ist dieses Vordringen

zu erklären und was macht die Opfer-Thematik für die Kultur so attraktiv und dennoch fatal? Zu diesen Fragestellungen fand die internationale Konferenz mit dem Titel „Opfernarrative in der Vergangenheit und in der Gegenwart“ vom 4. bis 5. Oktober 2013 in der Bibliothek des Österreichischen

Kulturforums an der AUB statt. Viele Diskurse der Gegenwart werden eindeutig von der Opfer-Thematik dominiert, deren Brennpunkt in Westeuropa in erster Linie der Zweite Weltkrieg und die Shoah sind. In Ungarn verdichtet sich der Opferdiskurs im Sinnbild von Trianon – wie früher in jenem von

Mohács, Világos oder Arad –, das auch in der derzeitigen Geschichtsdeutung einen besonderen Akzent erhält.

Die Opferpositionen sind im Allgemeinen geschichtslos und imaginiert, da diese Diskurse fast nie von den tatsächlichen Opfern geführt werden. Der Opferbegriff lässt sich ohne weiteres auf Konstellationen ausdehnen, bei denen das Individuum oder das Kollektiv mit negativen oder für negativ gehaltenen Wirkungen konfrontiert wird. Die Opferrolle bietet zweifellos eine angenehme und widerspruchslöse Identifizierungsmöglichkeit, anhand welcher die Klage zur Anklage gewandelt werden kann. Es ist vielleicht gar kein Zufall, dass eben die Nationen am meisten an der Opferrolle festhalten, für die nach dem Verlust der ruhmreichen Vergangenheit und der Macht nichts anderes blieb als der Opferpathos und die daraus hervorgehende moralische Überlegenheit. Eine der schwersten Folgen dieser Betrachtungsweise ist, dass sie die kritische oder selbstkritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – und damit auch die Überschreitung der Opfernarrativen – verhindert. Im Rahmen der zweitägigen Tagung wurden die Begriffsveränderungen, die multidisziplinären – literarischen, historischen, theologischen, jurisdiskriminologischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen – Bezüge des Opfers bzw. die Charakteristika der österreichischen und der ungarischen nationalen Opfernarrative untersucht. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, Nachwuchswissenschaftler aus beiden Ländern einzubeziehen.

Heidemarie Uhl (Universität Wien) kam in ihrem Vortrag: „Holocaust und Gulag: konkurrierende Opfernarrative des europäischen Gedächtnisses im zeitlichen Verlauf der Transformation aus der Sicht der Opfernarrative“ zu dem Resümee, dass eine europäische Integration nur gelingen könne, wenn

es ein gemeinsames europäisches Gedächtnis gäbe. In seinen Ausführungen behandelte László Levente Balog (Universität Debrecen) die „Wandlungen in den Opfernarrativen der ungarischen Erinnerungskultur“. Im Fokus seines Vortrags stand Trianon, das das ungarische Opfernarrativ aus einer Opferperspektive repräsentiert. Die Diskussionsteilnehmer kritisierten die romantische Opferdarstellung in der ungarischen Politik, welche eine selbstreflexive und selbstkritische Erinnerung verhindere. Andrea Horváth (Uni Debrecen) brachte den Interessenten die Romane von Marlene Streeruwitz mit, in denen sie die Elemente des Neoliberalismus aus einer sprachwissenschaftlichen Perspektive untersuchte. Ihr Fazit zog Horváth mit einem Zitat von Streeruwitz: „Alles endet, wo es beginnt: in der Sprache“. Eszter Pabis (Universität Debrecen) stellte in ihrem Beitrag die Formen und Wandlungen des deutschen Täter narratives in Familien- und Generationenromanen nach der Jahrtausendwende vor. Innerhalb der Opferdiskurse analysierte Pabis das Auftreten von drei Opferkategorien (Heldenopfer, leidendes und emphatisches Opfer) in den untersuchten Werken. Ina Markova (Universität Wien) beschäftigte sich mit den „visuellen Opfernarrativen in Österreich nach 1945“. Im Mittelpunkt ihrer Präsentation standen die Kontinuitäten und Zäsuren im Bildgedächtnis der Zweiten Republik und der NS-Zeit. Melani Barlai (netPOL/AUB) skizzierte die Erinnerungsmomente und -objekte der ungarischen Revolution von 1956 seit 2002. Dabei analysierte sie die materiellen, gesellschaftlichen und politischen Erscheinungsformen des Erinnerens.

Als erster von zwei Referenten am zweiten Tag der Konferenz sprach Dr. Sándor Fazakas (Debrecen) in seinem Vortrag „Opfer und schuldig zugleich? Schuldverstrickungen der Kirche(n)

im historischen und sozialen Interaktionszusammenhang“ u. a. über die Frage der historischen Schuld und deren Verortung. Da die Kirchen soziale Teilsysteme waren, ist es nicht einfach, der Schuldfrage nachzugehen. Wer trägt die Schuld, die Einzelperson oder die ganze Einheit? Eine Kollektivschuldthese oder ein Leidenskollektiv ist im politischen Raum durchaus umstritten. Prof. Anton Pelinka (Innsbruck-Budapest) erläuterte in seinem Vortrag „Opfernarrative – Ungarn und Österreich im Vergleich“ die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der nationalen Opfernarrative in Österreich und Ungarn sowie der segregierten Opfernarrative innerhalb der beiden Staaten. Während in Ungarn durch die nationalen Opfernarrative Kollektive gebildet werden, gebe es in Österreich nur schwache Artifizierungsversuche, Kollektive durch nationale Opfernarrative zu schaffen – so Pelinka. Im Gegensatz dazu weise die zweite Art der Opfernarrative in beiden Ländern Gemeinsamkeiten auf. Veranstaltet wurde die Konferenz von der Österreich-Bibliothek Debrecen, dem Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Debrecen, dem Institut für Kulturwissenschaften und der Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien.

Melani Barlai
László Levente Balog
Zsófia Harsányi



„Die Sklavenkönigin“ / „Rabszolgakirálynő“: Ein Stummfilmbabend mit Live-Musik und wissenschaftlicher Einführung

Am Dienstag, dem 5. November 2013 fand im Örökmozgó Filmmuseum Budapest eine außergewöhnliche Filmaufführung statt. Gezeigt wurde eine filmische Rarität aus dem Jahr 1924, „Die Sklavenkönigin“

(„Rabszolgakirálynő“), die lange Zeit als verschollen galt und bislang nur als Archivkopie existiert.

Organisiert wurde der Abend, der in deutscher Sprache mit Simultandolmetschen ins Ungarische stattfand,

von Ursula Mindler (AUB, Fakultät für Mitteleuropäische Studien) und Anikó Schäffer (Österreichisches Kulturforum Budapest) in Kooperation mit dem Filmarchiv Austria und dem Ungarischen Filmarchiv (MANDA).

Auf die Eröffnungsreden von Direktorin Susanne Bachfischer (ÖKF) und Rektor András Masát (AUB), der insbesondere auch seine Freude zum Ausdruck brachte, dass der berühmte Stummfilmpianist und Komponist Gerhard Gruber (Wels) für die musikalische Begleitung sorgen würde, folgte eine historische Einführung durch Frank Stern (Universität Wien).

Stern wies unter anderem auf die Unterschiede der verschiedenen noch existierenden Filmkopien hin – so ist jene in Budapest insofern außergewöhnlich, als dass sie nicht nur sehr gut erhalten ist, sondern auch Szenen (vor allem jüdisches Leben betreffend) zeigt, die in den anderen Kopien fehlen. Ebenso weiche das Filmende der Budapester Kopie von anderen Kopien ab. Stern skizzierte ferner das Entstehungsumfeld des Films – in Zeiten zunehmenden Antisemitismus wurde ein Film gedreht, der jüdische Geschichte zum Inhalt hatte: Er spielt in der Zeit, als sich die Israeliten in der ägyptischen

Sklaverei befanden und erzählt vor diesem Hintergrund die Liebesgeschichte zwischen der jüdischen Sklavin Merapi (Maria Corda) und dem Prinz Seti (Adelqui Migliar), Sohn des Pharaos Menapta. Die daraus entstehenden Probleme werden zwar im Laufe des Films gelöst, und am Ende führt Mose (Hans Marr) sein Volk durch das Rote Meer in die Freiheit – Merapi bezahlt ihren Einsatz für ihre Liebe jedoch mit dem Leben (in der ungarischen Fassung). So stehen Happyend (Befreiung der Israeliten) und tragisches Ende (Tod der jüdischen Heldin) nebeneinander.

Gedreht wurde in Wien und Umgebung (wenige Szenen auch in Ägypten). In Zeiten der Armut und Arbeitslosigkeit war es leicht, kostengünstig Zigaretten von Komparsen für die Filmproduktion zu gewinnen – es sollen zwischen 7.000 und 11.000 Personen an dem Film beteiligt gewesen sein. So entstand, getragen von ungarischen und österreichischen Schauspielern und Filmleuten unter der Regie von

Mihály Kertész (später Michael Curtiz) ein monumentaler Film, der unter anderem auch durch seine technische Meisterleistung besticht.

Beeindruckend waren die Improvisationen des Pianisten Gerhard Gruber, durch die man sich in ein Kino der 1920er Jahre versetzt fühlte, mit seiner Live-Musik erweckte er den Stummfilm erst richtig zum Leben. Eine Diskussion, bei der das zahlreich erschienene Publikum die Möglichkeit hatte, Fragen an Frank Stern und Gerhard Gruber zu stellen, beschloss diesen besonderen Abend.



Fortsetzung der Reihe „Wessen Problem ist es? Zur Frage des Antisemitismus im gegenwärtigen Ungarn“

Im Wintersemester wurde die Diskussionsreihe „Wessen Problem ist es? Zur Frage des Antisemitismus im gegenwärtigen Ungarn“ fortgesetzt. So fand am Donnerstag, dem 7. November 2013 der 3. Diskussionsabend mit dem Titel „Die Komplexität jüdisch zu sein. Antisemitismus – und andere Herausforderungen“ im Andrássy-Saal der AUB statt.

Die Reihe nähert sich der Thematik aus verschiedenen Perspektiven; als DiskutantInnen wirkten in Ungarn lebende ExpertInnen mit. Die Veranstaltungsreihe wurde von Ursula Mindler (AUB/Fakultät für Mitteleuropäische Studien) und Eszter Lányi (HAVER) konzipiert und organisiert, wobei als Kooperationspartner MitarbeiterInnen der wichtigsten Budapester Universitäten gewonnen werden konnten: Károly Dániel Dobos (Katholische Péter-Pázmány-Universität), Michael Miller (Central European University/CEU), Kata Zsófia Vincze (Eötvös Loránd Universität/ELTE), Tamás Lichtmann (Landesrabbinerseminar – Jüdische Universität), Katalin G. Kállay (Károli Gáspár Reformierte Universität/KRE)



Moderiert von Eszter Lányi (HAVER; 3. v. l.), nahmen am Podium des 3. Diskussionsabends (v.l.n.r.) Ádám Schönberger, der Vorsitzende des Vereins MAROM; der Literaturwissenschaftler Tamás Lichtmann (Rabbinerseminar) sowie die Philosophin Ágnes Heller (ELTE; ganz rechts) teil

und Christopher Walsch (Corvinus Universität/AUB).

Eröffnet wurde der Diskussionsabend von Ursula Mindler, die einen kurzen Überblick über die Genese der Veranstaltungsreihe gab. Anschließend ergriff Eszter Lányi das Wort und führte als Moderatorin durch den Abend. Das hochkarätig besetzte Podium bestand

aus der Philosophin Ágnes Heller (ELTE), dem Literaturwissenschaftler Tamás Lichtmann (Rabbinerseminar) sowie Ádám Schönberger, dem Vorsitzenden des Vereins MAROM („Himmel“, „Höhe“).

Die erste Fragerunde ging einer möglichen Definition von „Jüdischer Identität“ nach, wobei sich rasch heraus-

kristallisierte, dass eine solche nicht möglich ist. Was bedeutet „Jude sein“? Erwähnt wurden unter anderem existenzielle, kulturelle, religiöse Aspekte. Schönberger hielt fest, dass es letztlich eine Frage der Selbstdefinition sei. Der Verein MAROM hat sich zum Ziel gesetzt, das jüdische kulturelle Erbe zu re-interpretieren, zeitgenössische jüdische Kultur zu schaffen und zu fördern sowie den interkulturellen Dialog durch Kultur und Kunst zu unterstützen.

Angesprochen wurde auch, dass es in Ungarn nach der Shoa, der über eine halbe Million Ungarinnen und Ungarn zum Opfer gefallen waren, nicht genügend Hilfe zur Überwindung des Traumas gegeben hatte, sodass sich eine Auseinandersetzung mit jüdischer Identität mehrfach schwierig gestaltete. Die Shoa machte eine kontinuierliche Tradition und Geschichte – auch im familiären Bereich – unmöglich, zwar kehrten, im Gegensatz zu Deutschland, Juden und Jüdinnen nach dem Kriegsende nach Ungarn zurück, doch verheimlichten sie ihr Judentum, sodass die geistige Kontinuität gebrochen wurde.

Die Shoa-Überlebende Ágnes Heller betonte die Wichtigkeit von Erinnerungskultur, und dass das Judentum reich an kulturellen Erinnerungen (Chanukka, Sederabend etc.) sei, die Erinnerung an Auschwitz aber nicht in derselben Weise Bestandteil der jüdischen Geschichte sei wie beispielsweise das Verlassen von Ägypten. Sie mahnte ein, dass Auschwitz im ungarischen Judentum etwas symbolisiere, das es zu bewahren gelte – obwohl es dabei nicht um das Leben, sondern um den Tod gehe. Schönberger warf ein, dass aber auch die Frage, wie über Antisemitismus oder Auschwitz gesprochen wird, wichtig ist, ebenso wie die Reaktion darauf, da dies die identitäre Bindung zum Judentum beeinflusse.

Zum Thema Antisemitismus führte Lichtmann das Beispiel der Horthy-Gedenktafel am Collegium in Debrecen an, welche nach Jahren feierlich wieder angebracht und vom calvinistischen Bischof eingeweiht wurde. Lichtmann betonte, dass jeder und jede die Möglichkeit hat, zu Wort zu kommen, und dass man dies nicht immer nur von der Politik erwarten sollte.

Die letzte Fragerunde widmete sich



Moderiert von Mária Kovács (CEU; 3. v. l.), nahmen am Podium des letzten Diskussionsabends (v.l.n.r.) Katalin G. Kállay (KRE), László Karsai (Universität Szeged) und András Kovács (CEU) teil

dem Ist-Zustand bzw. der Zukunft jüdischen Lebens in Ungarn. Schönberger und Lichtmann sprachen von einer kontinuierlichen Wissensabnahme, die bei der „neuen Generation“ wahrzunehmen sei, die sich zunehmend von jenem Judentum entferne. Durch die Shoa sei etwas verloren gegangen, in der ungarischen Provinz noch mehr als in Budapest – ca. 80 Prozent der ungarischen Juden und Jüdinnen leben heute in Budapest. Viele Juden und Jüdinnen in Ungarn bekennen sich jedoch erst gar nicht zu ihrem Judentum. Doch wie soll man auf diesen Verlust reagieren? Welche Strategien sind anzuwenden? Schönberger sah die größte Herausforderung letztlich darin, eine zeitgenössische Antwort darauf zu geben, was es heute bedeutet, in Ungarn Jüdin oder Jude zu sein: Soll man am Alten anknüpfen? Soll man Neues schaffen? Das vorhandene Wissen sammeln und neu interpretieren? Aber wer ist die Zielgruppe? Den Abend beschlossen Fragen aus dem Publikum, die einmal mehr die Bedeutung der Diskussion dieses Themas aufzeigten.

Am 5. Dezember 2013 lud dann die Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) an der AUB zum letzten Diskussionsabend „Die Geschichte wiederholt sich!? Sensibilitäten im gegenwärtigen ungarischen politischen und akademischen Diskurs“ ein. Nach einer kurzen Einführung übergab Ursula Mindler

(AUB/MES) das Wort an Mária Kovács (CEU), die die Moderation für den Abend übernommen hatte. Für das Podium konnte man herausragende ungarische Wissenschaftler gewinnen: László Karsai (Universität Szeged), András Kovács (CEU) und Katalin G. Kállay (KRE).

Einleitend skizzierte Mária Kovács neue Fragen und Herausforderungen in Bezug auf die Horthy-Ära und fragte konkret, ob es möglich sei, Horthy zu rehabilitieren, ohne damit auch den Antisemitismus zu rehabilitieren. András Kovács bestätigte, dass dieser Prozess auch in den Nachbarländern wahrnehmbar sei, verwies aber auf die Notwendigkeit, die Begriffe „Umwertung“ und „Rehabilitation“ voneinander zu trennen. Rehabilitation würde beinhalten, dass für das heutige historische Gedächtnis diese Periode als etwas dargestellt wird, was aufbewahrt bzw. weitergeführt werden sollte. Karsai vertrat die provokante Ansicht, dass eine Rehabilitierung der Horthy-Zeit nicht automatisch einer Rehabilitierung des Antisemitismus gleichkäme. Er betonte, dass Horthy sich selbst als Antisemiten bezeichnet hatte und man es hier mit konkurrierenden Vergangenheitsbildern, mit Kämpfen um die Kreierung einer „reinen“ Vergangenheit, zu tun habe – für die einen sei Horthy ein Retter, für die anderen ein Mörder. Kállay wiederum sprach aus ihrer Position als Literaturwissenschaftlerin und ver-

suchte, die Aufmerksamkeit auf die Literatur zu lenken, welche es dem Autor/der Autorin ermögliche, sich auf einer fiktiven Ebene nicht persönlich äußern zu müssen, aber doch grundlegende Dinge anzusprechen.

In der zweiten Runde stellte Mária Kovács die Frage, ob es stimme, dass die Rehabilitierung der Horthy-Zeit ein rechtsextremes Projekt sei oder ob ein derartiges Ansinnen nicht eher auch in breiteren Kreisen der Gesellschaft zu beobachten wäre. Sie räumte ein, das Panel und das Publikum provozieren zu wollen, präsentierte acht Thesen und forderte dazu auf, sich zu überlegen, ob diese der rechtsradikalen Jobbik-Partei zugeordnet werden könnten oder nicht. Die Thesen befassten sich u. a. mit der Geschichtsauffassung in der neuen Präambel, der Geschichte zu den neuen Straßennamen, dem Antisemitismus (z. B. antisemitische Autoren) als Thema des Grundlehrstoffes, den Horthy-Statuen oder der Gründung des Historischen Institutes. Abschließend hielt sie fest, dass im Gesetz bzw. in der Verfassung Ansätze einer Rehabilitation des Horthy-Systems sichtbar wären. András Kovács verwies auf seine zahlreichen Studien, die u. a. auch belegt hätten, dass revisionistische Meinungen wesentlich breitere Akzeptanz fänden als der Antisemitismus. Auf Karsais Aussage bezogen hielt er fest, dass seiner Meinung nach die Rehabilitierung der Horthy-Zeit sehr wohl auch eine Rehabilitierung des Antisemitismus bedeuten würde. Seine Studien hätten gezeigt, dass sich unter den Wählern der Jobbik mehr Antisemiten

befänden als unter jenen anderer Parteien (ca. 50 Prozent), jedoch nur 4 Prozent der Wähler angegeben hätten, die Jobbik aus antisemitischen Gründen zu wählen. Parteiwahl und Antisemitismus überlappen sich seiner Meinung nach somit nicht zwangsläufig. Karsai hakte ein und warnte davor, die Verantwortung einfach nur auf Extremisten zu schieben. Früher wäre die Rolle der Rechtsextremisten ähnlich der Rolle der heutigen Jobbik gewesen; 1990 hätte es in Ungarn aber keinen Rechtsextremismus wie heute gegeben. Im Wahlkampf der Jobbik würde der Antisemitismus aber sehr wohl sichtbar. Mária Kovács fasste zusammen, dass es laut András Kovács keinen engen Zusammenhang zwischen historischer Nostalgie und Antisemitismus gäbe, auch wenn über eine Periode gesprochen würde, die von Antisemitismus geprägt war. Antisemitische Parteien würden Symbole verwenden, um den Geschmack der Wähler zu treffen.

Daran schloss sie ihre nächsten Fragen an: Wie weit darf eine politische Partei gehen, um dem Geschmack der Wähler zu bedienen? Gibt es so etwas wie eine falsche Rehabilitation? Kann man eine „sterile Rehabilitation“ durchführen und den Antisemitismus nicht einbeziehen? Kann man den staatlichen Antisemitismus der Horthy-Periode ausklammern? – Karsai verwies auf die lange Tradition des Antisemitismus in Ungarn – so etwa auf die Ritualmordanschuldigung in der Tiszaeszlár-Affäre im Jahr 1882 – und skizzierte kurz die Geschichte der Jobbik, immerhin die drittstärkste Partei im ungarischen

Parlament, welche in Anknüpfung an frühere Zeiten die „Judenfrage“ wieder mit der „Zigeunerfrage“ verbunden hätte. Jobbik sei eindeutig eine antisemitische Partei, aber bei der Motivation der Wähler spiele Antisemitismus keine besondere Rolle. Die Strategie wäre eher, eine Grenzlinie zu schaffen: Jobbik versus „alle anderen“. Diese Strategie würden auch andere rechtsextreme Parteien in Europa anwenden, da man damit jene Stimmen erreiche, die mit dem System unzufrieden seien. Man müsse sich aber einer eigenen Sprache bedienen, die auch die Sprache des Antisemitismus sei, um dort Karriere machen zu können.

Abschließend wurde die derzeitige, teils widersprüchliche Situation in Ungarn diskutiert, „eine Politik mit zwei Äußerungen“ wie Mária Kovács formulierte. Sie fragte das Podium, wie es zu verstehen sei, dass einerseits aus der Präambel im Grundgesetz folge, dass Ungarn keine Verantwortung für die Deportation der Juden und Jüdinnen tragen würde, der stellvertretende Ministerpräsident aber andererseits etwas Entgegengesetztes behaupte. Wie könne es ferner sein, dass an einem Tag eine Statue der rechtsextremen und antisemitischen Schriftstellerin Cécile Tormay enthüllt werde, am anderen Tag ein Denkmal für die Shoa-Opfer. In diesem Kontext wurde auch das Budapester Haus des Terrors erwähnt, in das sehr viel staatliches Geld investiert werde, dessen Geschichtsbild aber eigentlich eine Geschichtsfälschung darstelle. Zum Abschluss wurden auch Fragen aus dem Publikum diskutiert.

„Ungarnbilder im 17. Jahrhundert“ – eine Buchpräsentation mit Podiumsdiskussion

Am 3. Dezember 2013 fand in der Bibliothek des Österreichischen Kulturforums an der AUB die Präsentation des Buches „Ungarnbilder im 17. Jahrhundert“ statt. Der beim Eötvös Verlag publizierte Band vereint edierte Texte von Jacob Vogel (Vngerische Schlacht, 1626), Martin Zeiller (Neue Beschreibung des Königreichs Ungarn, 1664), Salomon Schweigger (Gezweyte neue nutzliche und anmuthige Reiß-Beschreibung, 1664) und Eberhard Werner Happel (Thesaurus Exoticorum, 1688) mit dem Ziel, ein Schlaglicht auf die Ungarnbilder einer von Krie-

gen heimgesuchten Epoche zu werfen. Nach der Eröffnungs- und Begrüßungsrede durch den Dekan der Fakultät für Mitteleuropäische Studien, Georg Kastner, wurde der Band von Universitätsprofessor Gábor Tüskés, dem Leiter der Abteilung für die Literatur des 18. Jahrhunderts an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, vorgestellt. Tüskés reflektierte auf den forschungshistorischen Kontext des Bandes, der an eine lange Reihe von Monographien, Dissertationen, Anthologien, Tagungsbänden und selbstständigen Beiträgen anschließt, was das anhaltende wis-

enschaftliche Interesse an dem Thema bezeugt. Er betonte die Wichtigkeit des vorliegenden Bandes, der Texte aus allen drei Haupttypen der Ungarnbilder, die in der deutschen Literatur des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit entstanden sind, enthält.

An der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen die HerausgeberInnen des Bandes, András F. Balogh (ELTE), Kinga Barbara Hajdú (ELTE) und Orsolya Lénárt (AUB-MES) teil. Während der von Dekan Kastner moderierten Diskussionsrunde wurden drei Fragekomplexe besprochen. Zuerst wur-

de über die Kriterien der Auswahl der bearbeiteten Texte reflektiert, wobei vor allem die Vielfalt ihrer Gattung und die unterschiedlichen Zugänge der Autoren zum Thema Ungarn zur Sprache kamen. Da die behandelten Texte jeweils eine bestimmte Phase der Ungarnrezeption des 17. Jahrhunderts repräsentieren, richtete sich die nächste Frage auf die Mechanismen bei der Konstruktion von Fremdbildern, die auf der Grundlage der vorgestellten Werke nachvollziehbar sind. Die TeilnehmerInnen waren sich darin einig, dass die Konstruktion eines Ungarnbildes sowohl von einer bestimmten narrativen Tradition als auch von dem jeweiligen Zustand der Selbstbetrachtung der betroffenen Völker und Länder abhängig ist. Als Beispiel wurde die historische Entwicklung des propugnaculum-Topos („Ungarn ist ein Bollwerk des Christentums“) erwähnt, der die Ungarnrezeption des 17. Jahrhunderts prägte. Eine weitere Frage richtete sich auf die Bedeutung der Texte für die spätere Rezeption Ungarns, wobei betont



Georg Kastner, Dekan der Fakultät für Mitteleuropäische Studien (Mitte) eröffnete den Abend, mit ihm am Tisch vor dem Publikum v.l.n.r. Kinga Barbara Hajdú (ELTE), András F. Balogh (ELTE), Gábor Tüskés (MTA) und Orsolya Lénárt (AUB/MES)

wurde, dass die besprochenen Werke entweder in ihrer Zeit als Quellen für andere Autoren dienten, oder eine bestimmte Sichtweise oder Annäherungsweise transportierten und so als Vorbilder für spätere Reisebeschreibungen herangezogen wurden. Abschließend wurden die im Band aufgenommenen

Werke im Kontext der in der Binnen germanistik als eine wichtige Ausgangsquelle der Ungarnbildforschung thematisierte Simpliziade des schlesischen Schriftstellers Daniel Speer gedeutet. Nach der Besprechung der Publikumsfragen fand der Abend mit einem Weinempfang seinen Ausklang.

Präsentation des Buches von David Schriffel über die österreichisch-slowakischen Beziehungen im Zeitraum von 1945 bis 1968

Am 10. Dezember 2013 in der Bibliothek des Österreichischen Kulturforums (ÖKF) an der AUB die Präsentation des Buches von David Schriffel mit dem Titel „Tote Grenze oder lebendige Nachbarschaft? Österreichisch-slowakische Beziehungen 1945–1968“ statt. In dem jüngst erschienenen Buch von David Schriffel, das vor kurzem mit dem Preis des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die beste Publikation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) des Jahres 2013 ausgezeichnet worden ist, zeichnet der Autor ein bisher durch die Einbettung der Slowakei in den tschechoslowakischen Staat unbeachtet gebliebenes Bild der Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei. Nach der Vorstellung des Autors durch Dekan Georg Kastner von der Fakultät für Mitteleuropäische Studien an der AUB, der darauf hinwies, dass mit dieser Arbeit die fraglos vorhandene Lücke in der Beschäftigung mit slowakischen Themen verkleinert werden konnte, präsentierte der Schriffel in Wort und Bild die teils komplexen Verhältnisse der österreichisch-slowa-



Georg Kastner, Dekan der Fakultät für Mitteleuropäische Studien (links) am Tisch mit David Schriffel während der Buchpräsentation

kischen Nachbarschaft. Dabei wurde ein umfassendes Spektrum abgedeckt, das von den politisch-diplomatischen Beziehungen – Österreich verfügte in Pressburg (Bratislava) über ein eigenes Generalkonsulat –, über den kleinen Grenzverkehr und wirtschaftliche Beziehungen bis zu den Verhältnissen an den technischen Grenzsperrern des „Ei-

sernen Vorhangs“ reichte. Unter anderem anhand des Beispiels des nie realisierten Kraftwerksprojektes Wolfsthal wurde in der Präsentation der Einfluss der politischen Großwetterlage auf die Nachbarschaftspolitik anschaulich dargestellt. Dabei konnte in wesentlichen Bereichen gezeigt werden, dass sich die Beziehungen Österreichs zu den bei-

den Landesteilen der Tschechoslowakei zum Teil durchaus stark unterschieden. Der Autor führt dies unter anderem auf die unterschiedlichen historischen Erfahrungen zurück, die Tschechen und Slowaken mit Wien und vice versa während der Zeit der Monarchie gemacht

hatten. Die vom Österreichischen Kulturforum Budapest geförderte Veranstaltung fand ihren gemütlichen Ausklang bei einem kleinen Buffet mit Wein und Gebäck, der zum weiteren Gedankenaustausch zwischen den Besuchern und dem Autor genutzt wur-

de. Das vorgestellte Werk ist ab sofort in der Bibliothek des ÖKF in der AUB verfügbar.



Symposium zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Binder

Fakten kritisch reflektieren, Entwicklungen wissenschaftlich hinterfragen, Perspektiven anders denken – kurz, „gegen den Strich lesen“. Unter diesem Motto kann das Wirken von Ao.Univ.-Prof. Dr. tit.Univ.-Prof. Dieter A. Binder zusammengefasst werden und es ist auch Titel eines Symposiums, das anlässlich des 60. Geburtstags des renommierten Zeithistorikers am Freitag, dem 15. November 2013, stattfand. Ein ambitioniertes Programm befasste sich mit dem Spannungsfeld von Gesellschaft und Individuum in der österreichischen (Zeit-)Geschichte.

Die Organisatorinnen der Tagung, Ass.-Prof. Dr. Heidrun Zettelbauer vom Institut für Geschichte der Uni Graz und Dr. Ursula Mindler von der

AUB, wählten aus den unzähligen Forschungsschwerpunkten Binders – wie etwa jüdische Identitäten, Heimatkonstruktionen, Antisemitismus, Freimaurertum, Bürgerlichkeiten oder religiöse und kulturelle Sinnstiftungsprozesse – die biographische Erzählung als Leitthema für die Tagung aus.

Der aktuelle „Hype“ um geschriebenes Leben lässt sich in Zeiten der zunehmenden gesellschaftlichen Pluralisierung durch ein größeres Verlangen nach einer Stabilisierung der eigenen Identität erklären, fasste Zettelbauer zusammen. Das Bedürfnis nach Selbstpräsentation war auch ein Thema der Keynote Speech von Prof. Dr. Jürgen Straub von der Ruhr-Universität Bochum.

Zuvor hatten Univ.-Prof. Dr. Arne Ziegler und Ao.Univ.-Prof. Dr.h.c.mult. Dr. Harald Heppner Dieter A. Binders Kompetenzen als Forscher par excellence sowie seine persönlichen Qualitäten hervorgehoben: Kritisch, fleißig, humorig, stilvoll und verlässlich sei er nicht nur an der Universität Graz ein besonders geschätzter Kollege. Das Symposium war in Zusammenarbeit mit der AUB organisiert worden, da Binder dort eine Professur für Kulturgeschichte und Kulturanthropologie innehat.

Wir gratulieren Herrn Professor Binder zum Geburtstag!

Gerhild Kastrun, Universität Graz

Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften

Prof. Riedel über die zweite Generation der Menschenrechte

Am 11. September 2013 begrüßte die AUB Prof. Dr. Eibe Riedel zu einem Vortrag mit dem Thema „Endlich Erwachsen? Die zweite Generation der Menschenrechte“. Die Veranstaltung war eingebettet in die 22. Konrad-Adenauer-Vorlesung, die Herr Prof. Dr. Riedel in dieser Woche an der AUB hielt. Mit dieser Vorlesungsreihe ermöglicht die Konrad-Adenauer-Stiftung der AUB, in jedem Semester renommierte Professoren für sich als Gastdozenten zu gewinnen.

Prof. Dr. Riedel gilt als einer der anerkanntesten Menschenrechtsexperten in Deutschland, und es gelang ihm als emeritiertem Professor für Deutsches und Ausländisches Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht der Universität Mannheim und langjährigem Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen in Genf mühelos, seinen Zuhörern sowohl die theoretischen



Menschenrechtsexperte Prof. Dr. Eibe Riedel referierte über das neue Individualverfahren im Bereich des Sozialpaktes der UN

Aspekte als auch die praktischen und politischen Folgen des neu institutionalisierten Individualverfahrens im

Bereich des Sozialpaktes der UN näher zu bringen.

Nach der Begrüßung durch den Dekan

der Vergleichenden Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Hendrik Hansen, den Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn, Frank Spengler, und den Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht an der AUB, Prof. Dr. Michael Anderheiden, nahm Prof. Dr. Riedel seine Zuhörer mit auf eine Reise in die Historie der Menschenrechte. Dabei betonte er vor allem die folgenschwere Teilung der Menschenrechte, die weltpolitisch bedingt 1968 mit der Verabschiedung des Zivilpaktes und des Sozialpaktes durch die UNO-Generalversammlung manifestiert wurde. Riedel hob in der Folge vor allem die unterschiedlichen Umsetzungs- und Verfahrenswirklichkeiten hervor, die sich nach 1968 aus den zwei Pakten für die freiheitlichen Menschenrechte und die sozialen Menschenrechte entwickelt hatten. Als Hauptproblem identifizierte der erfahrene Völkerrechtler dabei die Weigerung der westlichen Staatengemeinschaft, eine völkerrechtliche Garantie und Einklag-

barkeit von sozialen Menschenrechten zuzulassen. Konsequenterweise bewertete er deshalb die Entwicklung und Verabschiedung des Fakultativprotokolls für den Sozialpakt im Mai 2013 als großen Erfolg und als Meilenstein, der die seit 1968 herrschende Zweiklassengesellschaft im Bereich der Menschenrechte aufhebe, die sozialen Menschenrechte mit den Freiheitsrechten gleichstelle und sie vor allem verstärkt in das Licht der Öffentlichkeit rücken werde. Mit seinen Schlussworten verband er die Hoffnung, dass das Fakultativprotokoll eine hohe Zustimmung bei den Mitgliedsstaaten finden möge und bat vor allem die junge Generation um Geduld: Menschenrechte bräuchten Zeit... In der anschließenden Diskussion verteidigte Riedel noch einmal das Konzept der Einheitlichkeit der Menschenrechte und betonte, dass die Garantie von Freiheitsrechten ohne eine Garantie von sozialen Rechten nicht möglich sei. Außerdem äußerte er sich komparativ zu Problemlösungsmechanismen

oder Entwicklungsmöglichkeiten, die der Überlastung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg entgegenwirken könnten. Er zeigte sich hier angesichts der Haltung der Mitgliedsstaaten pessimistisch. Im Anschluss an den Vortrag nahmen viele Zuhörer die Möglichkeit wahr, die Diskussion bei einem Empfang fortzusetzen.

Simone Blunck



Rechtsangleichung in der EU und international – Fakultätsabend der Fakultät VSR mit Dr. Katalin Kiszely

Am 19. November 2013 fand der Fakultätsabend der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften (VSR) der AUB statt, der einmal im Semester von Studierenden der Fakultät organisiert wird. Es war eine große Ehre für die Fakultät, dass Dr. Katalin Kiszely, die stellvertretende Staatssekretärin für EU und internationale justizielle Zusammenarbeit im Ministerium für Öffentliche Verwaltung und Justiz, die Einladung angenommen hatte.

Zu Beginn der Veranstaltung leitete Prof. Dr. Hendrik Hansen, Dekan der Fakultät VSR, den Abend ein. Dr. Kiszely, Experte in europäischen Angelegenheiten, gab den Zuhörern mit ihrem Vortrag „Die Rechtsangleichung und die Nachwirkungen der nicht entsprechenden Rechtsangleichung, oder die Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Ungarn“ einen eingehenden und umfassenden Überblick über die europäischen Rechtsharmonisierungsprozesse. In ihrer Einführung wies Dr. Kiszely darauf hin, wie sich ihr Leben mit den internationalen und europäischen Angelegenheiten

verflochten hat. Neben ihrem parlamentarischen Mandat war sie bereits in Ungarn Mitglied des ungarischen Parlamentsausschusses für Europäische Integrationsangelegenheiten und im Ausland Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO gewesen. Nach einer kurzen Vorstellung ging Dr. Kiszely auf ihr Thema ein, wobei sie den Vortrag mit der Darstellung der grundlegenden Begriffe des Themas begann: Sie stellte die Rechtsquellen, die Rechtsordnung der EU und die Beziehung zwischen dem EU-Recht und der Rechtsordnung der Mitgliedstaaten vor. Danach kam Dr. Kiszely zur Rechtsharmonisierungspflicht der Mitgliedstaaten und erläuterte den Zusammenhang zwischen der Rechtsharmonisierungspflicht und den Rechtsquellen: Diese betrifft sowohl die nicht verbindlichen EUNormen als auch die verbindlichen Akten. Im Folgenden stellte sie die Etappen des Harmonisierungsprozesses dar und spannte dabei den Bogen vom Rechtsharmonisierungsvorschlag bis zur Überwachung der Harmonisierung.

Im zweiten Teil des Vortrages wurden die rechtlichen Folgen der nicht entsprechenden Harmonisierung behandelt. Da die EU über ein vielfältiges Sanktions- und Haftungssystem verfügt, können sowohl öffentlich-rechtliche als auch privatrechtliche Folgen ausgelöst werden. Im Besonderen ging Dr. Kiszely hierbei auf das Vertragsverletzungsverfahren ein. Sehr interessant waren im Hinblick darauf die ungarischen Fälle vor dem Europäischen Gerichtshof: Von herausragender Bedeutung sind die Fälle über die Unabhängigkeit der Datenschutzstelle, die Herabsetzung des Pensionsalters von Richtern und die Befreiung der Schnapsherstellung von der Verbrauchssteuer.

Die Studierenden der Fakultät, welche die ganze Veranstaltung organisiert hatten, richteten im Anschluss an den Vortrag einen kleinen Empfang aus.

Péter Dudoma

„Die Mitgliedsstaaten müssen sich entschulden, bevor sie durch ihre Schulden entstaatlicht werden“

Quo vadis, Unio Europaea? – um Antworten auf diese Frage zu erörtern, folgten die beiden Referenten Prof. Dr. Ulrich Hufeld von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und Prof. Dr. Michael Potacs von der Wirtschaftsuniversität Wien der Einladung des Donau-Instituts der AUB im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Desintegrationsprozesse in Europa“ am 27. November 2013 nach Budapest. Beide Vortragenden hatten sich vorgenommen, die zentrifugalen Wirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise aus einer europarechtlichen Perspektive einzuordnen.

Professor Hufeld knüpfte mit seiner These sogleich an die einleitenden Worte von Dr. Attila Vincze an, dass desintegrative Prozesse auch ein Quell neuer Integrationsimpulse sein können. Konkret erkannte er dieses Potenzial in einer „verrechtlichten Verdichtung“ in der Koordination der öffentlichen Finanzen der EU-Mitgliedstaaten. Diese durch die verschiedenen institutionellen Novellierungen bereits erkennbare Verdichtung sei aus zwei Gründen geboten. Zunächst untergrabe eine überbordende Staatsschuld die Souveränität eines Staates, dessen staatstheoretische Raison es sein sollte, seinen Haushalt primär aus steuergespeisten Eigenmitteln zu bestreiten, weswegen exzessive Kreditaufnahmen an Kapitalmärkten eher eine Ausnahme bleiben sollten. Dieser im europäischen Vertragswerk im Geiste anerkannte Grundsatz sei allerdings durch eine butterweiche Formulierung und durch die zunehmende „Politisierung“, der jetzigen Schuldenmisere folgend, der betreffenden Vertragsbestimmungen jeglicher faktischen Geltung entbunden worden: Artikel 126 Absatz 6 AEUV ließ die Defizitfeststellung nämlich zu einer binären Frage politischer Natur verkümmern. Das Vertragswerk nun durch völkerrechtliche Abkommen – eine Änderung des supranationalen Primärrechts sei durch die Konsenspflicht bedeutsam schwieriger – wie „Fiskalpakt“, „Six-Pack“ und „Schuldenbremse“ zu flicken, sei zum anderen damit eine logische Notwendigkeit. Nur durch ein umfassendes wirtschaft-

liches „Notstandsrecht“ könnten die Glutnester der Staatsschuldenkrise – Spekulation durch Kapitalmarktakteure und Glaubwürdigkeitsprobleme in der angestrebten Schuldentilgung – erstickt werden.

Eine scharfe Trennlinie müsse aber zu den institutionellen Instrumenten der „finanziellen Nothilfe“ gezogen werden. Diese „dürften nicht zum Dauerzustand werden“, denn der de facto etablierte Leitsatz „Solidarität durch Bonität“bürde sowohl den Regierungen der Geber- als auch der Nehmerstaaten eine zermürbende politische Last auf. Umso dringlicher sei es also für die Mitgliedstaaten, „sich zu entschulden, bevor sie durch ihre Schulden entstaatlicht“würden. Die Verdichtung der finanzpolitischen Koordination



Europäischen Union begründen würde.

Im zweiten Vortrag des Abends griff Professor Potacs den seit dem Ausbruch der Schuldenkrise omnipräsenten Begriff der „Solidarität“ auf. Würde man dem Tenor vieler Politiker und Medien folgen, so könne man den Eindruck gewinnen, dass die derzeit beobachtbare finanzielle Solidarität unter den Mitgliedsstaaten „wesentliches Element der europäischen Integration“ sei. Dieser Fehlinterpretation wollte Professor Potacs dann aber mit Hilfe einer „tour d’horizon“ durch die be-



Prof. Dr. Ulrich Hufeld (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) verteidigte den Standpunkt, dass ein Staat seinen Haushalt aus Steuern selbst finanzieren sollte

durch „hartes“ Recht ist daher – so Hufeld – Mittel zum Zweck. Die neu aufbrechende Trennlinie zwischen den dieser Verrechtlichung beitretenden und den völkerrechtlichen Bestimmungen gegenüber distanziert bleibenden Mitgliedstaaten – sprich zwischen der Eurozone und den Nichtmitgliedern der Währungsunion – würde dadurch relativiert, wenn ein gesundes und wettbewerbsfähigeres Kerneuropa Anziehungskraft auf die peripheren Mitgliedstaaten ausüben könne und somit reintegrative Anreize innerhalb der

treffenden Klauseln des europäischen Primärrechts entgegneten. Klipp und klar sei es, dass die öffentlichen Finanzen eines jeden Mitgliedsstaates eigenverantwortlich zu bestreiten und zu beherrschen seien. Artikel 123 AEUV drücke sich diesbezüglich unmissverständlich aus: ein unmittelbares Beispringen der Europäischen Zentralbank ist schlichtweg verboten. Der Staatengemeinschaft sei es zwar grundsätzlich erlaubt, ihre Finanzen untereinander solidarisch zu stützen, jedoch ließe sich der hierfür maßgebliche Arti-

kel 122 AEUV, der gemeinschaftlichen Beistand nach exogenen Schocks gebietet, kaum auf die faktischen Umstände der Staatsschuldenkrise projizieren. Unbedingt differenziert werden müsse darüber hinaus zwischen Mitgliedern der Eurozone und Nichtmitgliedern. Die in Artikel 139 ff AEUV enthaltenen Bestimmungen zur Regelung von Zahlungsbilanzkrisen – die in der Tat gemeinschaftliche Finanzhilfen ermöglichen – würden zweifelsfrei für Mitgliedsstaaten außerhalb des Euro-Raumes gelten. Und dieser getrennte Geltungsbereich sei auch unstrittig sinnvoll, denn haben sich die Euro-Mitglieder beim Beitritt zur Eurozone nicht bereits zu einer besonders vorausschauenden Haushaltspolitik verpflichtet? Die Bestimmungen in den Artikeln 139 ff AEUV machten im Umkehrschluss also deutlich, dass eine uneingeschränkte Eigenverantwortlichkeit der Grundpfeiler der Währungsunion sei, wie es auch das deutsche Bundesverfassungsgericht in seiner Beurteilung der europäischen Rettungspolitik der Bundesregierung feststellte.

Aus dieser Perspektive müsse der Begriff der „Solidarität“ folglich auch ganz anders interpretiert werden: innereuropäische Solidarität hieße für jeden EU-Mitgliedsstaat zuallererst die Einhaltung der Eigenverantwortung in seiner Haushaltspolitik. Eine Missachtung gerade dieser Eigenverantwortung destabilisiere nämlich den Zusammenhalt in der Union, und erodiere somit gemeinschaftlich gehegte Solidaritätsgedanken. Aus der Analyse des europäischen



Prof. Dr. Michael Potacs (Wirtschaftsuniversität Wien) bemerkte, dass die Eigenverantwortlichkeit in Finanzfragen der Mitgliedsstaaten rechtlich festgelegt sei

Primärrechts ließe sich zusammenfassend also keinerlei Anhaltspunkt für eine alternative Interpretation des Solidaritätsgedankens ableiten als genau diese solidarische Einhaltung einer eigenverantwortlichen und stabilen Haushaltspolitik. Versuche man weiterhin, transferorientiertere Auffassungen des Solidaritätsbegriffes, wie zum Beispiel die Idee der „Euro-Bonds“, in der Praxis zu etablieren, hätte dies zwei folgenschwere Effekte. Zum einen würde ein Grundsatzwechsel in der europäischen Gemeinschaftspolitik vollzogen. Zum anderen käme es durch diesen Paradigmenwechsel zu einer erheblichen Strapazierung der nationalen Verfassungen der Mitgliedsstaaten. Unvermeidliches Produkt dieses Prozesses

könnten dann genau die desintegrativen Fliehkräfte sein, die die Europäer mit ihrer aktuellen Politik eigentlich einzudämmen versuchen.

Torben Otte



DONAU-INSTITUT
FÜR INTERDISZIPLINÄRE FORSCHUNG BUDAPEST

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujszechenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015

Ernennung von Dr. Hendrik Hansen zum Professor

Dr. Hendrik Hansen wurde vom ungarischen Staatspräsidenten János Áder in feierlichem Rahmen der Professorentitel verliehen. Laut des ungarischen Amtsblattes Nr. 152 vom 19. September 2013 wurde Dr. Hendrik Hansen, Dekan der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften sowie Inhaber der Professur für Politikwissenschaft II der AUB, zum 20. September 2013 zum Professor ernannt. Während der Ernennungsfeier am 8. Oktober 2013 erhielt er persönlich die Ernennungsurkunde.

Wir gratulieren Prof. Dr. Hendrik Hansen herzlich zu seiner Ernennung!



Dr. Hendrik Hansen (links) erhielt während der feierlichen Zeremonie die Ernennungsurkunde zum Professor vom ungarischen Minister für Humanressourcen Zoltán Balog

Nachrichten der Doktorschule

Doktorandenworkshop zu „Macht – Medien – Mitteleuropa. Dimensionen der Macht und mediales Spektakel“

Im Rahmen der internationalen Konferenz „Macht – Medien – Mitteleuropa. Dimensionen der Macht und mediales Spektakel“ von 19. bis 20. September 2013 fand an der AUB am 18. September ein Doktorandenworkshop zum gleichen Thema statt (für den Bericht über die Tagung siehe S. 20 dieser Ausgabe). Organisiert wurde der Workshop von DoktorandInnen der AUB aus den Fachbereichen Geschichts- und Politikwissenschaft (Timea Djerdj, Fabienne Gouverneur, Patrick Jajko und Tim Kraski), die Leitung des Workshops übernahm Prof. Dr. Hendrik Hansen, Dekan der Fakultät für vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften.

Im Rahmen des Workshops wurde der Zusammenhang von Macht und Medien in Mitteleuropa mit Hilfe dreier Themenschwerpunkte behandelt. Als Einstieg und Diskussionsgrundlage diente für jeden Themenblock ein ausgewählter Text, der in Form eines Impulsreferates für den Workshop aufbereitet und

vorgetragen wurde. Der erste Block beschäftigte sich, ausgehend von Ernst Fraenkel's Text „Demokratie und öffentliche Meinung“, mit der grundsätzlichen Bedeutung der Öffentlichkeit für die Demokratie. Im zweiten Abschnitt wurden anhand Barbara Zehnpfennig's Feuilletonbeitrag „Strukturlose Öffentlichkeit. Warum mehr Transparenz per Internet zu weniger Demokratie führen kann“ die Machtpotenziale des Mediums Internet kritisch thematisiert. Der abschließende Block widmete sich am Beispiel Ungarns dem Veränderungsprozess der Medienlandschaft in Transformationsländern. Grundlage dafür war das von Marc Stegherr und Kerstin Liesem verfasste Buchkapitel „Ungarn: Medien zwischen Altkommunisten und Nationalisten“.

In den einzelnen Themenblöcken wurde kontrovers und produktiv diskutiert, insbesondere bezüglich der im zweiten Block thematisierten Frage, ob mehr Internet zu mehr Demokratie führe



bzw. unter welchen Voraussetzungen das Internet demokratiefördernd wirken könne. Nach der Diskussion zu diesem Thema stellte Prof. Dr. Hansen abschließend heraus, dass es für eine sinnvolle Nutzung des Internets neben eines gesunden Menschenverstandes und technischen Kenntnissen nicht zuletzt einer gewissen Bildung bedürfe, was im Zeitalter von „digital natives“ allerdings manchmal in Vergessenheit gerate.

*Friederike Gollmann
Tim Kraski*

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujszechenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015

Jean-Monnet-Workshop in Passau

Vom 13. bis zum 15. Dezember 2013 fand unter dem Titel „Ein Europa der Bürger: Herausforderungen von der regionalen bis zur globalen Ebene“ an der Universität Passau der Jean-Monnet-Workshop statt, der gemeinsam von der Universität Passau, der Babeş-Bolyai Universität Cluj-Napoca und der AUB veranstaltet wurde. Als Ausdruck der trinationalen Zusammenarbeit zwischen Cluj-Napoca, Passau und Budapest wird einmal im Jahr an einer der beteiligten Universitäten solch ein Workshop organisiert, in dessen Rahmen einerseits Professoren in Panelvorträgen ihre Arbeit vorstellen, andererseits Doktoranden die Gelegenheit bekommen, ihre Dissertationsprojekte

zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen. Themenschwerpunkte der Panelvorträge in diesem Jahr waren „Verfassungsrecht und Menschenrechtsschutz als interne Herausforderungen der europäischen Integration“ (Panel I) sowie „Normative und ethische Rahmenbedingungen zum Einsatz militärischer Mittel“ (Panel II). Die von den Doktoranden vorgestellten Projekte befassten sich bspw. mit der Fragestellung, inwiefern die Auslagerungspraxis der EU im Politikfeld Migration sicherheitspolitische Risiken mit sich bringt (Alexandra Schmid, Universität Passau) oder mit der Frage „Wie viel institutionalisierte Religion verträgt der Staat im Rahmen der europäischen

Union?“, die am Beispiel der engen Kooperation zwischen rumänisch-orthodoxer Kirche und rumänischem Staat behandelt wurde (Raul Rognean, Universität Cluj-Napoca). Vonseiten der AUB nahmen Adrian Ebner und Tim Kraski (beide im Ph.D.-Teilprogramm Politikwissenschaft) an dem Workshop teil und stellten ihre Dissertationsprojekte vor. Insgesamt fand im Rahmen des Jean-Monnet Kolloquiums ein sehr anregender interdisziplinärer und interuniversitärer Austausch statt, den die beteiligten Universitäten auch in Zukunft fortsetzen werden.

Tim Kraski

Akkreditierung der Interdisziplinären Doktorschule der AUB

Die Ungarische Hochschulakkreditierungskommission (MAB) hat die Interdisziplinäre Doktorschule der AUB mit den Teilprogrammen Geschichtswissenschaften, Politikwissenschaften, Staats- und Rechtswissenschaften und

Wirtschaftswissenschaften bis zum 31. Dezember 2018 akkreditiert.

In der Begründung des Beschlusses wird festgehalten, dass die Interdisziplinäre Doktorschule die rechtlichen und akkreditierungsspezifischen wis-

senchaftlichen Anforderungen in vollem Umfang erfüllt und wird daher von der MAB – für den Fall des dauerhaften Fortbestehens der festgestellten Betriebsvoraussetzungen – für weitere fünf Jahre akkreditiert.

Nachrichten des Donau-Instituts

Österreich-Ungarn 1918: Zerfall und Kontinuität — Ein Vortrag von Prof. Dr. Wilhelm Brauneder

Der vierte Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe des Donau-Instituts „Desintegrationsprozesse in Europa“ wurde von Univ. Prof. Dr. Wilhelm Brauneder (Universität Wien) mit dem Titel „Österreich-Ungarn 1918: Zerfall und Kontinuität“ am 11. Dezember 2013 im Andrássy-Saal der AUB gehalten. Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin des Donau-Instituts, begrüßte die Gäste und wies auf die Aktualität der Vortragsreihe im Hinblick auf den Integrationsprozess der EU hin. Der Zerfall der Donau-Monarchie stellt im Donauraum ein zentrales Fallbeispiel für einen Desintegrationsprozess dar.

Prof. Dr. Brauneder erläuterte in seinem Vortrag den staatsrechtlichen Desintegrationsprozess der Donau-Monarchie und stellte dabei die Frage nach Elementen der Kontinuität und der Diskontinuität. Österreich-Ungarn existierte bis zum Oktober 1918 als Realunion zweier Staaten (mit Bosnien und der Herzegowina als Gebieten mit Sonderstellung), die von einem Monarchen in Personalunion regiert wurde. Die gesamtstaatlichen Agenden der beiden Länder blieben dabei auf die Außenpolitik, das Finanzwesen und das Kriegswesen beschränkt, welche von den gemeinsamen Ministerien geregelt wurden.

Der eigentliche staatsrechtliche Zerfall begann mit dem „Völkermanifest“ Kaiser Karls I. vom 16. Oktober 1918, in dem eine Verfassungsänderung für Cisleithanien angekündigt wurde. Dabei sollte der Einheitsstaat in einen Bundesstaat umgebaut werden, in dem jede Nationalität in ihrem Siedlungsgebiet Autonomie erhalten sollte. Die Idee einer Föderalisierung der Habsburgermonarchie war bereits in der Vergangenheit mehrfach propagiert worden, erwies sich jedoch im Oktober 1918 als ungeeignet, den staatlichen Zusammenhalt Österreich-Ungarns zu retten. So sah Ungarn, obwohl von der Maßnahme nicht betroffen, in dem Schritt eine formalrechtli-

che Begründung für eine Auflösung der Realunion zwischen den beiden Reichshälften.

Ende Oktober, Anfang November wurden auf dem Gebiet von Cisleithanien kurz hintereinander mehrere neue Staaten ausgerufen, darunter die Tschechoslowakische Republik, die Republik Deutschösterreich und der SHS-Staat (das Königreich Jugoslawien). In Ungarn, das als Einheitsstaat formell weiter bestand und die Königsherrschaft beibehielt, existierte trotz erheblicher Gebietsverluste eine staatsrechtliche Kontinuität zu Transleithanien. Deutschösterreich hingegen ging als neuer Staat aus der Erbmasse Cisleithaniens hervor.

Mit der Konstituierung der Nachfolgestaaten wurden neue Grenzen gezogen und neue Währungen eingeführt. Darüber hinaus begann durch den Zerfall der Monarchie ein wirtschaftlicher Desintegrationsprozess in Zentraleuropa, der eine wirtschaftliche Krise sowie umfangreiche Restrukturierungsmaßnahmen mit sich brachte, so etwa auch im Bereich des Verkehrswesens.

In jenen Gebieten, die bereits bestehenden Nationalstaaten zugeschlagen wurden (Südtirol, Siebenbürgen), hob man die österreichische Rechtsordnung auf, somit kann von einer formellen Diskontinuität zum Habsburgerreich gesprochen werden. Gleichzeitig lehnten sich mehrere neue Nationalstaaten (Tschechoslowakei, Deutschösterreich, Ungarn) erheblich an die früheren österreichisch-ungarischen Rechtsnormen an, wodurch hier zumindest in Teilbereichen (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch) von einer Kontinuität zu sprechen ist. Eine Diskontinuität ist jedoch in allen Staaten im Zusammenhang mit den Minderheitenschutzartikeln festzustellen, diese wurden von den meisten Nachfolgestaaten trotz gegenteiliger Bestimmungen in den Friedensverträgen nicht zum Grundrecht erhoben.

Was das Staatswesen und die Staatsformen anbelangt, gab es in der Re-



gel in keinem der Nachfolgestaaten eine Kontinuität: Die Staatsform der demokratischen Republik, die von den meisten Nachfolgestaaten gewählt wurde, hatte in der Region keine Tradition und wurde von den einzelnen Nationen in Folge unterschiedlich weiterentwickelt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass mit der Auflösung des Habsburgerreiches im Oktober, November 1918 keine derart klare Trennung der Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnung einherging, wie sie im Sinne der erfolgten territorialen Neuordnung Mitteleuropas notwendig gewesen wäre. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, wie etwa die Trennung Tschechiens und der Slowakei im Jahr 1993, zeigen deutlich, dass man aus diesen Fehlern gelernt hat.

Dem Vortrag schloss sich eine rege Diskussion zwischen Prof. Dr. Brauneder und dem Publikum über Desintegrationsprozesse im Allgemeinen sowie über ausgewählte Fragen rund um die Auflösung Österreich-Ungarns im Speziellen an.

Henriett Kovács
Richard Lein



DONAU-INSTITUT
FÜR INTERDISZIPLINÄRE FORSCHUNG BUDAPEST

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujszechenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015

Personalia

Im November 2013 verließ Dr. David R. Wenger die Fakultät VSR und hat eine Stelle an dem Schweizerischen Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen angetreten. Er wird als Gastdozent weiterhin in jedem Semester an der AUB tätig sein. Zum Ende des Wintersemesters 2013/2014 verabschiedete sich Prof. Dr. Reinhard Rode von der Fakultät VSR, der als Herder-Dozent zwei Semester lang die Professur Politikwissenschaft I vertreten hat. Wir danken den beiden Dozenten für ihr bisheriges Engagement an der AUB!

Dr. Attila Vincze wurde zum Universitätsdozenten ernannt und ist neuer

Prodekan der Fakultät VSR. Wir gratulieren zur Wahl und wünschen viel Erfolg bei der Arbeit!

Das Donau-Institut verabschiedete sich zum Ende Dezember 2013 von der langjährigen Mitarbeiterin Dr. Enikő Dác. Sie führt ihre wissenschaftliche Karriere an dem Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München fort, wobei wir ihr viel Erfolg wünschen!

Das Studienreferat begrüßte Mitte August 2013, als neuen Referent für Studienangelegenheiten, Herrn János

Bednárík. Frau Katalin Nagy ist aus ihrem Mutterschaftsurlaub zurückgekehrt und arbeitet seit Oktober 2013 als Referentin im Referat für Marketing und Kommunikation.

Frau Mónika Urbányi ist seit Oktober 2013 als Hauptreferentin im Finanzreferat tätig. Ebenfalls wurde Herr Peter Schützhold (Referat für Marketing und Kommunikation) zum Hauptreferent ernannt. Wir gratulieren zu ihren Ernennungen, danken ihnen für die bisherige gute Zusammenarbeit und wünschen weiterhin viel Erfolg!





University
of National
Excellence

EMBERI ERŐFORRÁSOK
MINISZTERVIA



Swiss
Contribution

DAAD

Baden-
Württemberg
University